

J.publ.G.

897

C

pub. by

C. S. Pachanae

897^c



<36628256500010

<36628256500010

Bayer. Staatsbibliothek



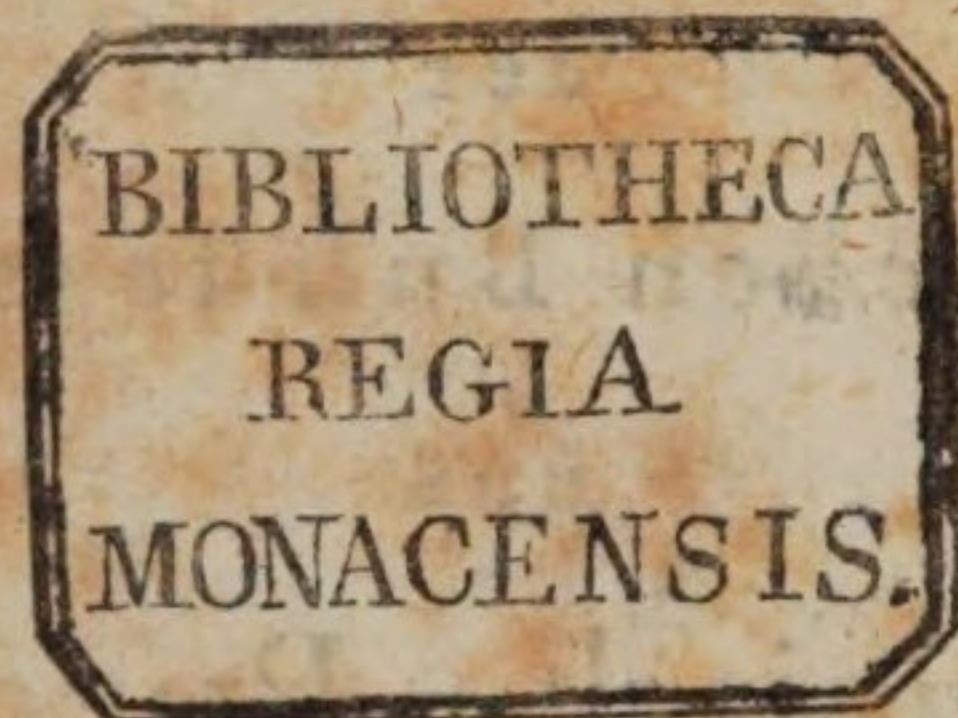
Mr. Branca geheimer Referendar.

Das
S t a a t s r e c h t
der
Rheinischen Bundesstaaten
und
das Rheinische Bundesrecht
erläutert
in
einer Reihe Abhandlungen

von
Dr. Karl Salomo Zachariä,
öffentl. ord. Rechtslehrer auf der Universität in
Heidelberg.

Heidelberg,
bey Mohr und Zimmer.

1810.



BIBLIOTHECA

REGIA

MONACENSIS.

Dem
Herrn von Dungen

Fürstl. Nassau-Weilburgischen

Oberstallmeister

Hochachtungsvoll

zugeeignet

von dem

Verfasser.

Dem

Herrn von Dünitz

Fürst Nassau-Weilburg

Oberstallmeister

Hochachtungsvoll

angenehm

von dem

Verfasser

V o r r e d e.

Wohl ist es ein gewagter Schritt, in einer Periode, wie die gegenwärtige, mit Abhandlungen über die rechtlichen Verhältnisse der Rheinischen Bundesstaaten hervorzutreten, — zu einer Zeit, wo man von Tage zu Tage

der endlichen Bestimmung dieser
Verhältnisse entgegensieht. Zur Ver-
theidigung meines Unternehmens ge-
gen diese Bedenklichkeit hier nur so
viel, daß ich solche Gegenstände, für
die folgenden Abhandlungen gewählt
zu haben glaube, deren Interesse ent-
weder gerade in einer solchen Perio-
de erheblich oder von der endlichen
Entscheidung über die Verfassung des

Rheinischen Bundes unabhängig zu seyn schien. Mehrere andere Gegenstände, zu derer Bearbeitung ich Stoff gesammelt hatte, z. B. das Kirchenrecht, liefs ich hingegen unberührt, um eine andere und für publicistische Untersuchungen günstigere Zeit abzuwarten.

Mehrere in den folgenden Abhandlungen enthaltene Gegenstände lassen

so verschiedene Ansichten zu, daß
ich für die meinige keinesweges auf
allgemeine Zustimmung rechne oder
Anspruch mache. Ein jeder Wider-
spruch wird mir willkommen seyn.
Nur wünsche ich mir Gegner, die die
Sache von der Person zu unterschei-
den und einen Streit über wissenschaft-
liche Gegenstände, so wie es Gelehrten
ziemt, zu führen wissen.

Als einen Nachtrag zur 5ten Abhandlung führe ich hier noch an, daß durch eine Großherz. Badische Verordnung v. 21. März 1810. der Sequester auf die aus Großh. Badnischen Landen nach den Kayserlich-Oestreichischen, besonders in Folge von Erbschaften zu leisten gewesenen Zahlungen und auf Güter und Gefälle der in Großherzogl. Landen angesessenen

Grundherren, unbedingt und mit Rück-
wirkung, für aufgehoben erklärt wor-
den ist.

Heidelberg im Monat April 1810.

Zachariä.

Inhalt.

I. Von dem rechtlichen Gesichtspunct, aus welchem die den Standesherrn durch die Rheinische Bundesacte zugesicherten Rechte zu betrachten sind. S. 3.

II. Die Einführung des Code Napoléon in den Staaten des Rheinischen Bundes, betrachtet aus dem Gesichtspuncte des Staatsrechtes. S. 43.

III. Ueber die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens in den Gerichten der Rheinischen Bundesstaaten. S. 100.

IV. Ueber die auswärtigen rechtlichen Ver-
hältnisse des Rheinischen Bundes. . . S. III.

V. Ueber die französischen Majorate in
Deutschland, zur Erläuterung des K. K. De-
cretes vom 28ten October 1808. . . S. 181.

VI. Ueber die heutige Anwendbarkeit des
deutschen Privat-Fürsten-Rechts. . . S. 237.

STAATSWISSENSCHAFTLICHE
ABHANDLUNGEN

ÜBER DAS

STAATSRECHT

DER

RHEINISCHEN BUNDESSTAATEN

UND DAS

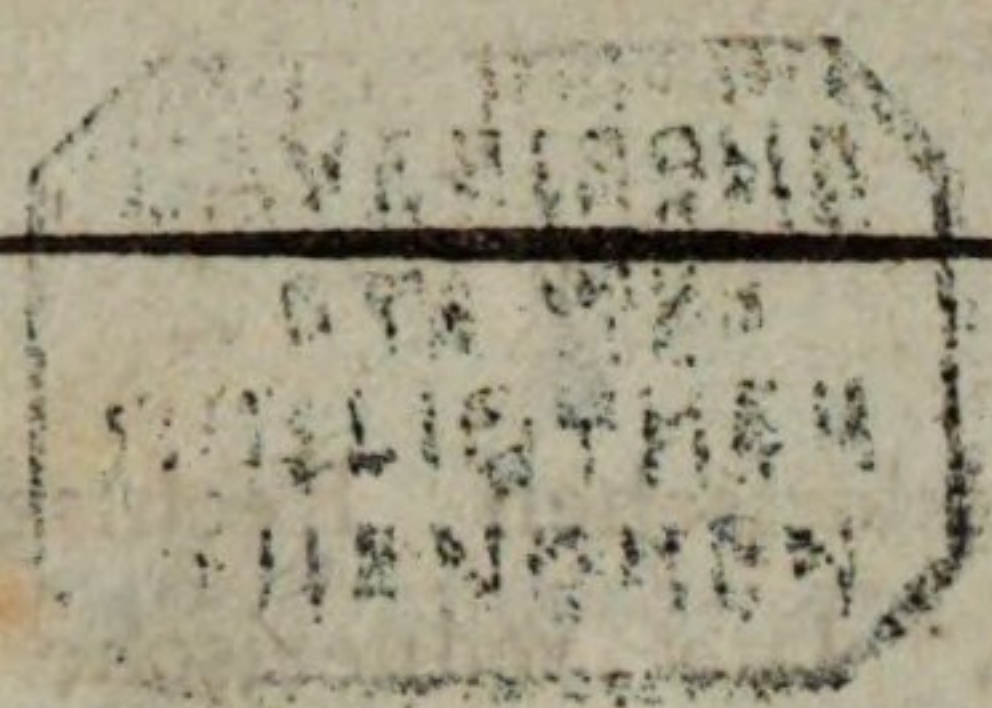
RHEINISCHE BUNDESRECHT.

STAATSWISSENSCHAFTLICHE
ABHANDLUNGEN

STAAATSRRECHT

DER
RHEINISCHEN BUNDESSTAATEN

UND DAS
RHEINISCHE BUNDESRECHT



I.

Von dem rechtlichen Gesichtspuncte, aus welchem die den Standesherrn durch die Rheinische Bundesacte zugesicherten Rechte zu betrachten sind.

Kaum ein Gegenstand des Rheinischen Bundes-Rechtes hat Veranlassung zu so vielen gelehrten Erörterungen gegeben, als das rechtliche Verhältniß der Standesherrn (d. h. der deutschen Fürsten und Grafen, die einst Landesherren und Reichsstände, jetzt Unterthanen sind,) zu ihren Souverainen. Kein Wunder! Die Artikel der Rheinischen Bundes-Acte, die von diesem Gegenstande handeln, (der 26. 27. 28. 30 und 31. Art. gehören zu den wenigen Stellen dieser Urkunde, über welche sich doch nach deutscher Art und Sitte, d. h. nach allgemei-

nen und historischen Rechtsgrundsätzen streiten läßt. Die rednerische Figur der Aposiopese, die in dem einen von jenen Artikeln vorkömmt, („et autres semblables“ Art. 27.), die Neuheit einiger darin gebrauchten Ausdrücke, (z. B. „les droits de basse et moyenne jurisdiction“) die Vieldeutigkeit anderer, (z. B. „prestations féodales“) enthielt einen reichen Stoff für das Talent oder für die Gelehrsamkeit des Auslegers. So viele deutsche Männer, gebildet in der guten alten Zeit, und nicht Neulinge in dem Gebiete der Literatur, hatten wegen der bürgerlichen Verhältnisse, in welchen sie standen, ein unmittelbares Interesse an dem Resultate dieser Untersuchungen.

So sehr nun auch die Bearbeiter dieser Lehre, theils in den Principien, von welchen sie ausgingen, theils in der Deutung, die sie einzelnen Stellen der Rheinischen Bundes-Acte gaben, von einander abwichen, so kommen sie doch ohne Ausnahme in dem Hauptsatze miteinander überein: Die Rechte, die die Rheinische Bun-

des - Acte den Standesherrn zusichert — läßt oder vorbehält, — sind als vertragsmäßig bestellte Rechte zu betrachten, die eben so heilig und unverletzlich sind, als der Rheinische Bund selbst, zu dessen Bedingungen sie eben so, wie die übrigen in der Bundesnote enthaltenen Stipulationen, gehören. — Freylich war es eine auffallende Erscheinung, die sich mit jenem Grundsatz nicht so leicht vereinigen liefs, dafs die Rheinische Bundes - Acte in den Staaten, in welchen es Standesherrn giebt, bald so, bald anders, — durch Gesetze ausgelegt wurde. Indessen blieb doch noch immer die Heiligkeit jener Rechte wenigstens im Allgemeinen unangetastet. Als eben Se. Majestät der König von Würtemberg unter dem 10. May 1809, verordneten:

„Dafs die Criminal-, Civil-, Polizey- und Forst-Gerichtsbarkeit der Standesherrn von nun an gänzlich aufgehoben seyn solle; — dafs ihre Besitzungen und Gefälle nach den allgemeinen Grundsätzen der Königli-

chen Steuerverordnungen besteuert werden sollten;“

da sahen sich alle jene Bearbeiter dieser Lehre von den standesherrlichen Rechten, in ein verzweifelttes Dilemma verwickelt. „Obmutuerunt,“ [sagt POMPONIUS (in der l. 2. D. de origine juris,)] „Jureconsultorum oracula.“

Denn so viel ist gewiß, entweder man muß den oben angeführten Hauptsatz als falsch verwerfen, oder die nur gedachten Königlich Württembergischen Verordnungen einer Ungerechtigkeit beschuldigen. So viel ist gewiß, daß die letztere Annahme in einem grellen Widerspruche mit den Hofnungen stehen würde, die man so gern zu dem Rheinischen Bunde fassen möchte. Wo blieben denn die Verheissungen der Schriftsteller, um nicht von officiellen Erklärungen zu sprechen?

Jedoch schon längst hätte man auch in dieser Hinsicht die Praxis zur wiederholten Prüfung der Theorie benutzen sollen, und man würde längst von dem Irrthume zurückgekommen seyn, als ob die standes-

herrlichen Rechte, so wie sie durch die Rheinische Bundes-Acte bestimmt werden, als vertragsmässig bestellte Rechte zu beurtheilen wären. Diesen Irrthum aufzudecken, eine richtigere Ansicht an die Stelle desselben zu setzen, und einige der vorzüglichsten Folgerungen einzuführen, die sich aus dieser neuen Ansicht der Sache ableiten lassen, — soll der Gegenstand der vorliegenden Abhandlung seyn.

Dafs jene Rechte in dem Sinne vertragsmässig bestellte Rechte sind, dafs von denselben in einem Vertrage die Rede ist, diess zu bezweifeln kann Niemanden, der nur sehen und lesen kann, beyfallen. Aber davon ist hier die Rede nicht. Die Frage ist vielmehr die: Ist die Gültigkeit, die Unverletzlichkeit dieser standesherrlichen Rechte nach denselben rechtlichen Grundsätzen, wie die Heiligkeit der Verträge, zu beurtheilen? Können, mit andern Worten, diese Rechte von einem jeden einzelnen deutschen Souverain einseitig bestimmt oder schlechthin aufgehoben werden, — oder ist dazu die Einwilligung der sämmtlichen

Verbündeten, ja die Genehmigung der Standesherrn selbst erforderlich? Nimmt man die Aufgabe in diesem Sinne, so wird dadurch, daß von den standesherrlichen Rechten in der Rheinischen Bundes-Acte, und mithin in einem Vertrage, die Rede ist, noch gar nichts über die rechtliche Beschaffenheit dieser Rechte entschieden. Ein Vertrag kann gar manche Erklärungen und Verordnungen enthalten, die entweder der Natur der Sache nach, oder nach Rechtsprincipien nicht als Bedingungen des Vertrages, nicht als rechtlich verpflichtend für die Paciscenten betrachtet werden können.

Um sich nun zu überzeugen, daß die Stellen der Rheinischen Bundes-Acte, die von den standesherrlichen Rechten handeln, wirklich von der Art sind, daß sie nicht als Stipulationen des Vertrages, nicht als auf einer wechselseitigen Einwilligung der Verbündeten beruhend betrachtet werden können, — mit einem Worte, daß dem Souveraine, der diese Rechte, was die seiner Machtvollkommenheit unterworfenen Standesherrn betrifft, einseitig beschränkt

oder aufhebt, nicht der Vorwurf, einen Vertrag dadurch verletzt zu haben, gemacht werden könne, — braucht man nur die bekanntesten Grundsätze von der verbindenden Kraft der Verträge überhaupt, auf den vorliegenden Fall anzuwenden. Denn das thut nichts zur Sache, daß der Vertrag, von welchem hier die Rede ist, (die Rheinische Bundes-Acte) dem Völkerrecht angehört. Die Grundsätze des Naturrechtes, (des allgemeinen Privatrechtes) in dessen Gebiet die Lehre von den Verträgen gehört, sind dieselben, es mag nun von dem gegenseitigen rechtlichen Verhältnisse einzelner Menschen oder ganzer Völker die Frage seyn. Wenn ich übrigens, indem ich jetzt zur Darstellung jener Grundsätze, in so fern sie in dem vorliegenden Falle einschlagen, fortgehe, auch die Vorschriften des Römischen und französischen Rechts, die mit unserer Aufgabe in Verbindung stehen, beyläufig anführen werde, so geschieht dieses nur zur Erläuterung, nicht zur Bestätigung dieser Grundsätze.

Also ein jeder Vertrag ist nur unter den Partheyen verpflichtend, d. h. Niemand kann durch einen Vertrag einem Dritten, der nicht Mitpacificent ist, Rechte erwerben oder Verbindlichkeiten auferlegen*); ein Vertrag, der einem Dritten gewisse Rechte einräumt oder gewisse Verbindlichkeiten auferlegt, ist in sofern auch unter denen, die ihn eingegangen haben, ungültig **). Es geht dieser Satz unmittelbar aus dem Wesen eines Vertrages hervor. Niemand kann einem Dritten durch einen Vertrag gewisse Rechte erwerben; — denn der Verpflichtungsgrund der Verträge beruht darauf, daß ein Jeder einen jeden äussern Gegenstand erwerben (und so die Sphäre seiner äussern Freiheit erweitern)

*) Mit diesem Satze stimmt das Römische und französische Recht vollkommen überein. Vgl. l. 27. §. 4. D. l. 25. C. de pactis. l. 74. D. de R. J. — C. N. art. 1119.

**) L. 11. D. de O. et A. l. 38. §. 17. l. 126. §. 2. D. de V. O. — C' N. arg. art. 1119.

kann, in so fern diese Erwerbung nicht mit den Rechten anderer im Widerspruche steht. In dem vorliegenden Falle nun hat der, welcher das Versprechen annahm, nichts erworben, und eben so wenig der Dritte, da dieser nicht Mitpacificent war. Der Vertrag ist mithin ungültig. Niemand kann ferner einen Dritten durch einen Vertrag verpflichten; — denn eine solche Verpflichtung würde mit der Freyheit dieses Dritten im Widerspruche stehen. Der eine und der andere Satz ist mit dem Wesen eines Vertrages überhaupt so unzertrennlich verbunden, daß die Ausnahmen, die man schon nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen von der einen oder von der andern Regel machen zu können glaubte, in der That keine wahren Ausnahmen, sondern nur nähere Bestimmungen des Grundsatzes oder richtiger, Folgerungen aus demselben sind. Denn daß ein Pacificent im Namen oder zum Besten desjenigen einen Vertrag schliessen könne, mit welchem er in rechtlicher Rücksicht eine und dieselbe Person ist, (z. B. des Erben, des Mündels, vgl.

l. un. C. ut act. et ab herede, l. ult. C. quando ex facto tutoris. C. N. art. 1122.) dafs man dafür gut sagen könne, dafs ein Dritter etwas thun oder leisten werde, (C. N. art. 1120.) dafs ein Vertrag alsdann für die Partheyen verpflichtend sey, wenn das einem Dritten dadurch bestellte Recht zugleich als ein Recht des Acceptanten betrachtet werden kann *), — alles das sind

*) Si stipulantis interest. l. 38. §. 20. l. 118. §. 2.

D. de V. O. §. 19. J. de inutil. stipulationibus. — Nur eine Ausnahme von der Regel kommt im Römischen Rechte vor, die eine wahre Ausnahme zu seyn scheint, — in der l. 3 C. de donat. quae sub modo. Jedoch es handelt dieses Gesetz von einer Schenkung, bey welcher der Geber die Bedingung gemacht hat: Ut post tempus id, quod donatum est, alii restituatur. Es kann also dieser Fall entweder als eine letzte Willenserklärung, oder als eine Anwendung des Satzes: Si stipulantis interest, betrachtet werden. — Schwieriger ist die Auslegung des Art. 1121. des C. N. besonders wenn man ihn theils mit der l. 3. C. tit. laud. aus welcher er entlehnt zu seyn scheint, theils mit dem Art. 896. des C. N. vergleicht.

nicht Ausnahmen von der Regel, sondern nur Folgerungen, die aus der Regel mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Fälle, die darunter gehören oder nicht gehören, gezogen werden können.

Wendet man nun den aufgestellten Grundsatz auf den vorliegenden Fall, d. h. auf die Rechte an, die den Standesherrn durch die Rheinische Bundesacte zugesichert worden sind, so folgt von selbst, daß diese Rechte nicht in dem Sinne als vertragsmässig bestellte Rechte betrachtet werden können, daß entweder die Bundesgenossen gegenseitig, (der Protector des Rheinischen Bundes oder die Mitglieder desselben) oder die Standesherrn selbst die Gewährung dieser Rechte, weil und in wie fern sie in einem Vertrage, in der Rheinischen Bundesacte, enthalten sind, zu verlangen berechtigt wären. In Beziehung auf die Verbündeten sind die Stellen der Rheinischen Bundesacte, die von den Rechten der Standesherrn handeln, Stipulationen zum Vortheile eines Dritten, — wenn man sie auch einstweilen Stipulationen nennen

will. Die Standesherren aber waren nicht Mitcontrahenten; für sie ist der Rheinische Bund eine *res inter alios acta*.

Gegen diese Anwendung des allgemeinen Grundsatzes auf den vorliegenden Fall kann man jedoch folgende zwey Fragen aufwerfen: 1) Tritt hier nicht der Fall ein, daß die Verbündeten, die sich von den zukünftigen Souverainen der Standesherren das Versprechen geben liessen, den leztern gewisse Vorrechte zu lassen oder einzuräumen, ein besonderes Interesse an der Erfüllung dieses Vertrages haben? 2) Sind nicht die Souveraine, in deren Gebiet es Standesherren giebt, mit diesen in rechtlicher Rücksicht als eine und dieselbe Person zu betrachten, so daß ein von jenen eingegangener Vertrag zugleich als ein Vertrag, an welchem die leztern mittelbar Antheil nehmen, zu beurtheilen ist?

Die Beantwortung der erstern Frage, die Beseitigung der Einwendung, die durch diese Frage ausgedrückt wird, hat allerdings ihre grossen Schwierigkeiten. Denn welcher Privatmann vermag es, in

die Geheimnisse der Politik einzudringen, die zur Aufnahme der ofterwähnten Artikel in die Rheinische Bundesacte Veranlassung gab? Wer getraute sich wohl zu behaupten, daß weder Frankreich, noch einer der verbündeten Souveräne bey der Erfüllung der in diesen Artikeln enthaltenen Stipulationen besonders und unmittelbar interessirt seyn könne? Wissen wir doch nicht einmal, ob der Antrag, den Standesherrn gewisse Vorrechte durch die Rheinische Bundesacte zuzusichern, von französischer Seite, oder von den deutschen Fürsten selbst, und namentlich von denen, deren Gebiet durch die Länder reichsunmittelbarer Fürsten und Grafen vergrößert wurde, zuerst gemacht worden ist. Und gleichwohl müßten wir diese und noch manche andere Dinge wissen, wenn wir über jene Einwendung unbedingt entscheiden wollten. Jedoch von dem Ausleger einer öffentlichen Urkunde läßt sich nur so viel mit Billigkeit fordern, daß er theils die öffentlich bekannten Thatfachen, die Zeitumstände, unter welchen der Vertrag

abgeschlossen wurde, benutzt, theils die einzelnen Stellen des Vertrages unter einander vergleicht, um in den wahren Sinn und Geist desselben einzudringen. Aus der einen und aus der andern Quelle aber scheinen sich folgende Resultate für die Beantwortung der hier in Frage stehenden Einwendung zu ergeben:

1) Es ist wenigstens möglich, sich die Aufnahme jener Artikel in die Rheinische Bundesacte zu erklären, ohne daß man dem Protector des Rheinischen Bundes, oder den verbündeten Königen und Fürsten die Absicht zuschreibt, durch diese Artikel den Souveränen der Standesherrn eine Vertragsverbindlichkeit aufzulegen. Man braucht ja zu diesem Ende nur anzunehmen, daß die zukünftigen Souveraine der Standesherrn selbst, und nur diese die Veranlassung und Ursache waren, daß jene Artikel der Rheinischen Bundesacte einverleibt wurden, und man sieht bald, daß man unter dieser Voraussetzung dem Inhalte dieser Artikel nicht die Deutung geben kann, als ob jene Souveräne ihrer eigenen politischen Selbststän-

digkeit auch für alle Zukunft hätten Fesseln anlegen wollen, wenn man anders nicht gegen die allgemein bekannte Regel der Auslegung verstossen will, daß eine Verzichtleistung im Zweifel nicht zu vermuthen sey. — Daß eine solche Annahme wenigstens nicht durch directe historische Zeugnisse widerlegt werden kann, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Aber noch mehr! Es lagen in den Zeitumständen, in der rechtlichen und politischen Beschaffenheit der Begebenheit, durch welche mehrere bisher reichsunmittelbare Fürsten und Grafen der Souveränität der verbündeten Könige und Fürsten unterworfen wurden, so manche Aufforderungen für diese, die neue Ordnung der Dinge mit Schonung anzukündigen und einzuführen. Mußten sie sich nicht, eingedenk des Wechsels menschlicher Dinge, von selbst geneigt fühlen, den Standesherrn ihres Gebietes, die noch vor kurzem als deutsche Reichsstände und Landesherren gleiche Rechte mit ihnen gehabt hatten, den Unterschied zwischen der Vergangenheit und Gegenwart so wenig,

als möglich, empfinden zu lassen? War es nicht in einem hohen Grade billig, diesen Fürsten und Grafen das grosse und schwere Opfer, das sie dem allgemeinen Besten bringen mußten, möglichst zu erleichtern? War es nicht mit dem Geiste der deutschen Landesverfassungen, so wie diese seit Jahrhunderten bestanden hatten, und noch damals bestanden, recht wohl vereinbar, daß auch Unterthanen gewisse Hoheitsrechte ausüben könnten? Wünscht nicht ein jeder Souverän, über zufriedene Menschen zu herrschen, ein jeder Monarch, die angesehensten im Volk in sein Interesse zu ziehen?

2) Man kann selbst zugeben, daß der Protector des Rheinischen Bundes und die Mitglieder desselben bey der Aufnahme der oftgedachten Artikel in die Rheinische Bundesacte ein besonderes Interesse hatten, ohne deswegen zugestehen zu müssen, daß durch den Inhalt dieser Artikel den Souveränen der Standesherrn eine bleibende Vertragsverbindlichkeit auferlegt wurde, daß diese Artikel insbesondere noch gegenwärtig für sie verpflichtend sind. Die Auf-

lösung der deutschen Reichsverfassung und die Begründung des Rheinischen Bundes war eine, wenn auch nicht unerwartete, dennoch so rasch ausgeführte Mafsregel, sie griff so tief und so mannigfaltig in die ganze politische Lage von Europa ein, dafs man von Seiten derjenigen Regierungen, die nicht in das Geheimnifs gezogen worden waren, mit Gewifsheit auf Widerspruch rechnen konnte. Man konnte voraussehen, dafs besonders der Theil der Rheinischen Bundesacte, der das Gebiet der verbündeten Fürsten auf Kosten ihrer bisherigen Mitstände vergrösserte, zu diesem Widerspruche auffordern und benutzt werden würde. Denn in der That beruhte gerade dieser Theil der Rheinischen Bundesacte auf einer Maxime, die, allgemein angewandt, die Ruhe von ganz Europa bedrohte. Es rieth daher die Klugheit, besonders diese Seite des Bundes in ein milderes Licht zu stellen, d. h. den Standesherrn gewisse Hoheitsrechte durch die Rheinische Bundesacte vorzubehalten, bis dafs die Existenz des Bundes im Wege der Güte

oder durch die Gewalt der Waffen gesichert seyn würde. So lange dieser Zustand der Ungewissheit dauerte, liefs sich allerdings behaupten, dafs ein Eingriff in die den Standesherrn vorbehaltenen Rechte eine Verletzung des Bundesvertrags sey. Aber mit diesem Zustande, d. h. seit dem Tilsiter Frieden, und noch mehr seit dem letzten Wiener Frieden, ist der Grund verschwunden, aus welchem man wohl ursprünglich jene Vorrechte als vertragsmässig bestellte Rechte betrachten konnte. Man wende nicht dagegen ein, dafs die Rheinische Bundesacte selbst die Gültigkeit der, die Rechte der Standesherrn betreffenden Artikel nirgends blofs auf eine gewisse Zeit beschränke. In einem jeden Vertrag unter unabhängigen Staaten, der nicht einen blofs privatrechtlichen Gegenstand betrifft, ist die Clausel: *Rebus sic stantibus*, stillschweigend enthalten. Denn ein jeder Vertrag dieser Art kann und soll nur ein vorübergehendes Verhältnifs begründen.

3) Wenn es wenigstens möglich ist, die Rheinische Bundesacte, so viel den vorlie-

genden Fall betrifft, zu erklären, ohne daß man annimmt, es lege diese Acte den Souveränen der Standesherrn entweder überhaupt, oder eine noch fortdauernde Vertragsverbindlichkeit auf; so folgt auch aus andern Stellen dieser Urkunde, und aus dem ganzen Geiste derselben, daß diese Erklärungsart vor einer jeden andern den Vorzug verdiene. Das Grundprincip des Rheinischen Bundes ist die vollkommene Souveränität der einzelnen verbündeten Könige und Fürsten. (Vgl. d. 4. Art. der Rheinischen Bundesacte und die Note des französischen Geschäftsträgers an die Reichsversammlung zu Regensburg, v. 1. Aug. 1806.) Die Deutung, die den in Frage stehenden Artikeln der Rheinischen Bundesacte von mir gegeben worden ist, steht mit diesem Princip mehr, als eine jede andere, in Uebereinstimmung.

Die zweyte oben berührte Einwendung läßt sich sehr kurz abfertigen. Wenn die Rheinische Bundesacte Zusicherungen zum Vorthelle der Standesherrn enthielte, die die Souveräne dieser Standesherrn von den

andern Mitgliedern des Bundes erhalten und angenommen hätten, so würde es allerdings keinem Zweifel unterworfen seyn, daß diese Versprechungen eben so unverbrüchlich gehalten werden müßten, als wenn sie den Standesherrn selbst unmittelbar gegeben worden wären. Aber hier ist der Fall anders. Die Souveräne der Standesherrn selbst sind es, die diesen gewisse Rechte zugesichert haben. Wenn also, wie oben gesagt wurde, der Souverän und das Volk in rechtlicher Rücksicht als eine und eben dieselbe Person betrachtet werden können, so folgt ja gerade aus diesem Satz, auf welchem eine Einwendung beruht, daß die Erklärungen, die die ofterwähnten Artikel der Rheinischen Bundesacte zum Vortheile der Standesherrn enthalten, nicht aus dem Gesichtspunct einer Vertragsverbindlichkeit beurtheilt werden können. Denn [kann wohl Jemand mit sich selbst einen Vertrag schliessen?

Das Resultat der ganzen Untersuchung — daß die standesherrlichen Rechte, in wie fern sie auf der Rheinischen Bundesacte

beruhen, nicht als vertragsmässig bestellte Rechte zu beurtheilen sind — läßt sich noch auf einem andern Wege bestätigen, — durch die authentische Auslegung der Rheinischen Bundesacte. Ich will mich zu diesem Ende nicht auf die Gesetze berufen, die in den einzelnen deutschen Staaten, in welchen es Standesherrschaften giebt, zur Bestimmung der standesherrlichen Rechte erschienen sind. Es ist mir nicht unbekannt, was man gegen dieses Beweismittel einwenden könnte. Aber eingreifender und zugleich weniger bekannt dürfte die Thatsache seyn, daß der Protector des Rheinischen Bundes eine standesherrliche Familie, die eine Beschwerde bey ihm über die Verletzung der ihr durch die Rheinische Bundesacte verliehenen Vorrechte gegen ihren Souverän anbrachte, mit dieser Klage, als eine für ihn nicht gehörige Sache, abwies. Für die Richtigkeit dieser Thatsache kann ich mich verbürgen, ob es mir wohl nicht erlaubt ist, die Namen der Partheyen zu nennen. Höchst wahrscheinlich haben sich mehrere Fälle dieser Art ereignet.

Jedoch — wenn die Rechte, die die Rheinische Bundesacte den Standesherrn zusichert, nicht als Vertragsrechte zu betrachten sind, unter welche Classe von Rechten gehören sie denn sonst? — Die Antwort auf diese Frage ist leicht, und schon durch die bisherige Ausführung vorbereitet worden. — Die Rechte, die die Rheinische Bundesacte den Standesherrn zusichert, lassen sich auf zwey Classen oder Gattungen von Rechten zurückführen. Es sind theils Rechte, auf die ein jeder Unterthan, dem allgemeinen und positiven Privatrechte nach, Anspruch machen kann, z. B. das Eigenthumsrecht an Grundstücken; theils Vorrechte, die sich auf die Verfassung und Verwaltung des Staates beziehen, z. B. die Gerichtsbarkeit der Standesherrn, mithin Ausnahmen von der rechtlichen Gleichheit aller Unterthanen. Beyde Arten beruhen auf einem Gesetze, dieses Wort in der weitern Bedeutung genommen, einem Gesetze, das zufällig in die Rheinische Bundesacte aufgenommen worden ist, ob es wohl an sich nur aus der gesetzgebenden Gewalt eines jeden ein-

zelnem Souveränes, in dessen Gebiet es Ständesherrschaften giebt, abgeleitet werden kann. Der näher bestimmte Rechtsgrund der erstern Gattung ist das Gesetz in der engern Bedeutung, der Rechtsgrund der letzteren ist ein Privilegium. Die erstere Gattung von Rechten ist durchgängig nach den Rechtsgrundsätzen, die von den Privatrechten der Unterthanen überhaupt gelten, zu beurtheilen. Die Rechte hingegen, die unter die zweyte Gattung gehören, stehen unter denselben Rechtsregeln, nach welchen alle und jede Privilegien zu würdigen und auszulegen sind.

Nach dem, was oben ausgeführt worden ist, wird man kaum noch einen besondern Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht verlangen. Ein jedes Recht muß am Ende entweder auf einem Vertrage, oder auf einem letzten Willen, oder auf dem Gesetze beruhen. Die erstere Annahme ist, wie sich aus der oben geführten Untersuchung ergiebt, in dem vorliegenden Falle nicht zulässig. An die zweyte Annahme, an einen letzten Willen zu denken, kann hier Niemanden im Ernste beyfallen. (Der

Rheinische Bund war ja der Geburtstag der Souveränität!) Es bleibt also nur der dritte Fall, d. h. das Gesetz, als Grund der standesherrlichen Rechte, übrig.

Wie fruchtbar diese Ansicht der standesherrlichen Rechte an politischen und rechtlichen Folgerungen sey, darauf brauche ich den Leser nicht erst aufmerksam zu machen. Nur eine von den Folgerungen, die sich aus diesen Vordersätzen ergeben, wie mir scheint, die wichtigste unter allen, will ich hier besonders herausheben, — die Folgerung, daß die standesherrlichen Rechte der zweyten Gattung, mithin die standesherrlichen Privilegien, insgesamt widerruflich sind.

Die Lehre von den Privilegien und insbesondere von der Widerruflichkeit derselben, so wie sie in den Handbüchern deutscher Rechtsgelehrten vorgetragen zu werden pflegt, verdient noch gar sehr eine genauere Prüfung, als die ist, die ihr bisher zu Theil wurde. Man legt dabei gewöhnlich das Jus canonicum zum Grunde, und allerdings ist dieses Recht in der Lehre

von den Privilegien weit vollständiger, als das Römische. Allein kann denn das Jus canonicum in dieser Lehre überall noch als eine für die deutschen Staaten gültige Rechtsquelle betrachtet werden? Ist nicht gerade der Hauptsatz, den dieses Recht aufstellt, — daß Privilegien in der Regel unwiderruflich sind — ein Irrthum, der durch die Ausnahme, die eben dieses Recht hinzufügt, — ausser wenn es das Beste der Kirche (oder Beziehungsweise des Staates) fordert, — so umfassend auch diese Ausnahme zu seyn scheint, dennoch nicht weniger, als wieder gut gemacht wird?

Es ist überhaupt ein eigenes Wagestück, wenn man den Rechtsbegriff auf das Verhältniß zwischen dem Souverän und zwischen den Unterthanen anwendet. Ein Recht ohne Zwang ist ein Unding. Aber ein Zwangsrecht gegen den Souverän ist ebenfalls ein Unding; denn [der Souverän ist dasjenige Subject, dem ein unbedingtes Zwangsrecht zusteht. Dieses Dilemma ist besonders in den neuesten Zeiten, als man in Deutschland das Recht der Souveränität

mit den Rechten der Landstände u. s. w. zu vereinigen versuchte, recht fühlbar geworden. Das einzige Mittel, sich gegen dieses Dilemma zu retten, dürfte wohl dieses seyn, daß man zwischen der Souveränität in der Idee und in der Wirklichkeit unterschiède, daß man im erstern Falle das unbedingte Zwangsrecht des Souveräns auf eine Rechtspflicht, im leztern Falle aber, theils auf diese Rechtspflicht, theils auf eine Pflicht der Moral (auf die Pflicht, eher das äusserste zu tragen, als den Stand der Natur mit allen seinen Gräueln zurückzuführen) gründete, mithin zwar in den wirklich bestehenden Staaten auch den Unterthanen gewisse Rechte gegen den Souverain einräumte, jedoch die Gültigkeit derselben theils von ihrer Rechtmässigkeit nach allgemeinen Principien, theils von der Pflicht, dem öffentlichen Ruhestande auch Opfer zu bringen, abhängig machte.

Geht man nun von dieser Unterscheidung aus, so ist die Frage: Ob Privilegien widerruflich sind? allerdings noch nicht dadurch beantwortet, daß alle Privilegien auf

der gesetzgebenden Gewalt des Staates, und mithin auf demjenigen Rechte der Staatsgewalt, das vorzugsweise der Character der Souveränität ist, beruhe. Sondern die Frage muß so gestellt werden: ob Privilegien an sich oder unter gewissen Umständen — d. h. nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, oder in Nothfällen, (dem sogenannten Nothrechte nach) — gerechtfertiget werden können? Nur in so fern, als der eine oder der andere Fall eintritt, sind sie dem Rechte nach unwiderruflich.

Dafs nun Privilegien nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, und abgesehen von der Erfahrung, nicht gerechtfertiget werden können, das liegt schon in dem Begriff eines Privilegiums. Denn dieses ist (in der engern und eigentlichen Bedeutung des Worts, von welcher hier allein die Rede zu seyn braucht, d. h. in wie fern es sich von den rechtmässigen *juribus singularibus* unterscheidet) eine Ausnahme von der allgemeinen Rechtsregel, ohne dafs die Ausnahme auf einem Rechtsgrunde, (auf der Beschränkung einer Rechtsregel durch die andere)

beruhte. An sich sind also alle Privilegien dem Rechte nach widerruflich. Die Widerruflichkeit ist eine stillschweigende Bedingung eines jeden Privilegii.

Betrachtet man hingegen die Privilegien aus dem Standpuncte der Erfahrung, d. h. ist die Frage davon: Ob nicht Privilegien unter gewissen in der wirklichen Welt gegebenen Umständen als das einzig mögliche Mittel, sich der Darstellung eines rechtlichen Zustandes zu nähern, gerechtfertigt werden können? so ist die Frage allerdings zu bejahen. So kann z. B. ein Erbadel nothwendig seyn, um die monarchische Verfassung, und diese, um einen fortdauernden Friedenszustand bei einem Volke zu erhalten. Sobald dieser Fall eintritt, ist die Einführung eines Erbadeis rechtlich verstatet. Denn das Rechtsgesetz fordert die Darstellung einer Idee in der Aussenwelt. Die Möglichkeit, dieser Forderung ein Genüge zu thun, hängt daher von Naturgesetzen ab. Gleichwohl kann man nicht sagen, daß Privilegien dieser Art schlechthin unwiderruflich sind. Sie sind blos hypothetisch,

blos empirisch nothwendig. Mit dieser Nothwendigkeit fällt auch der Grund weg, auf welchem sie beruhten. Man kann nicht einmal sagen, daß sie wenigstens so lange dem Rechte nach unwiderruflich sind, als dieser Grund ihrer Ertheilung dauert. Denn die Noth gewährt kein Recht, sondern nur die Vergünstigung, vom Rechte abzuweichen; mit andern Worten, die Frage: Ob ein solcher Nothfall wirklich eintrete oder nicht? bleibt lediglich und allein dem Ermessen des Souveränes überlassen, so wie diesem auf der andern Seite die Pflicht obliegt, die Erfahrung mit der Idee möglichst in Uebereinstimmung zu setzen.

Man kann das bisher Gesagte kurz so zusammenfassen: Privatrecht und Staatsrecht sind in so fern von einander wesentlich verschieden, als das erstere von den Rechten, das letztere von den Pflichten der Einzelnen ausgeht. Im Privatrechte fragt es sich: Welche Rechte hat der Einzelne im Verhältnisse zu seinen Mitunterthanen? Der Heiligkeit dieser Rechte muß eine jede andere Rücksicht weichen. Im Staatsrechte

hingegen ist die Frage die: Was fordert der Zweck des Staates an sich, was fordert er in Beziehung auf die innere und äussere Lage des Staates? Diesem Interesse des Ganzen muß ein jedes Privatinteresse weichen. Veränderlichkeit ist daher der Character einer jeden öffentlichen Einrichtung, Ewigkeit der Character der Privatrechte. Allerdings wäre es widersinnig, das Interesse des Ganzen dem Interesse des Einzelnen entgegenzusetzen, oder dieses von jenem schlechthin zu trennen. Denn das Ganze besteht aus dem Einzelnen. Aber der Sinn des Satzes, daß das Interesse der Einzelnen dem Interesse der Gesamtheit untergeordnet seyn müsse, ist nur der, daß das erstere nur in so fern, als es den Character der Allgemeinheit hat, im Staate geltend gemacht werden kann, daß man im Staatsrechte nicht von dem, was der Souverän thun darf, oder nicht darf, sondern von dem, was er zu thun oder zu unterlassen verpflichtet ist, ausgehen sollte.

Wenn aber alle Privilegien schon ihrem Wesen nach widerruflich sind, so folgt von

selbst, daß der Privilegirte, der sein Privilegium durch Widerruf verliert, wegen dieses Verlustes schlechterdings keinen Anspruch auf Entschädigung an den Staat machen kann. Wer sich seines Rechtes bedient, thut Niemanden Unrecht. Der Privilegirte konnte und mußte in einem jeden Augenblicke der Widerrufung der ihm ertheilten Vergünstigung entgegen sehen. Mag der Schade, der ihn durch den wirklichen Widerruf trifft, auch noch so groß seyn, dieser Schade ist doch immer nur als eine Vereitelung der Hofnungen zu beurtheilen, die er zu der Freygebigkeit des Souveränes hegte, und mithin nicht ein Rechtsgrund, einen Schadenanspruch gegen den Staat zu erheben. — Es ist jedoch diese Regel in zwey Fällen einer Einschränkung unterworfen. a) Ist dem Staate irgend ein Preis — in Diensten oder in Gelde — für das Privilegium entrichtet worden, so ist es recht und billig, daß der Privilegirte, wenn sein Privilegium widerrufen wird, für den Kaufpreis verhältnißmässig, d. h. nach Massgabe des von dem Privilegio ge-

zogenen Nutzens entschädiget werde. Denn es würde sich sonst der Privilegirte über eine ihm unrechtmässiger Weise auferlegte Abgabe beschweren können *) b) hat der Souverän das Privilegium ausdrücklich auf ewige Zeiten ertheilt, so kann der Inhaber desselben, wenn es dennoch widerrufen wird, von dem Staat Ersatz für alle die Auslagen fordern, die er, um das Privilegium von dem vorigen Besitzer zu erwerben, oder das erworbene Privilegium zu benutzen, gemacht hat, in so fern er dafür nicht durch die von dem Privilegio bereits gezogenen Vorthelle entschädiget worden ist. Denn, wenn schon durch eine Erklärung von der nurgedachten Art das Recht zum Widerrufe selbst keinesweges aufgehoben wird, so kann doch dieser Widerruf nicht die Folge haben, daß der Privilegirte der Auslagen verlustig wird, die

*) Der, welcher das Privilegium ursprünglich erhielt, und seine Nachfolger sind in Beziehung auf die hier gemachte Ausnahme als eine und dieselbe Person zu betrachten.

er, ehe der Widerruf geschah, im Vertrauen auf die ihm ertheilte Zusicherung, daß sein Vorrecht von ewiger Dauer seyn sollte, gemacht hat. Hier kann sich der Staat nicht auf die Rechtsregel berufen: „*Damnum, quod quis sua culpa sentit, non sentire videtur.*“ Er hat vielmehr die rechtlichen Folgen einer Erklärung zu vertreten, die zwar an sich, aber nicht relativ ungültig war. — Derselbe Fall tritt übrigens auch dann ein, wenn das Privilegium auf eine bestimmte Zeit ertheilt worden ist, und vor dem Ablaufe dieser Zeit widerrufen wird.

So viel über die Widerruflichkeit der Privilegien im allgemeinen. Die weitere Ausführung dieser Lehre gehört nicht in eine Abhandlung, die diese Untersuchung nur beziehungsweise zu berücksichtigen hat. — Beurtheilt man nun die standesherrlichen Privilegien nach den Grundsätzen, die in dem Obigen über die Widerruflichkeit der Privilegien überhaupt aufgestellt worden sind, so folgt von selbst, daß ein jeder deutsche Souverän die Privilegien, die die

Rheinische Bundesacte den Standesherrn zusichert, so viel die seiner Souveränität unterworfenen Standesherrn betrifft, willkürlich aufheben, mithin auch einseitig bestimmen oder beschränken kann. Der Umstand, daß diese Vorrechte vor der Abschliessung des Rheinischen Bundes keinesweges als bloße Privilegien, wenigstens nicht in Beziehung auf die dermaligen Souveräne dieser Standesherrn, betrachtet werden konnten, thut hier nichts zur Sache. Denn ein jedes staatsrechtliche Verhältniß ist nach der in der Erfahrung wirklich bestehenden Verfassung zu beurtheilen, wäre diese Verfassung auch bloß nach den Grundsätzen des Kriegesrechtes eingeführt worden. Nur so viel läßt sich behaupten, daß es unbillig seyn würde, wenn ein deutscher Souverän jene Rechte der Standesherrn aufheben oder beschränken wollte, ungeachtet sie mit dem Geiste der Verfassung und mit dem Interesse des Staates, den er beherrscht, vollkommen vereinbar wären. Aber selbst in diesem Falle würde von Seiten der Standesherrn kein Recht auf Ent-

schädigung eintreten, da sie jene Vorrechte, weder titulo oneroso, noch auf ewige Zeiten, von dem Souverän erworben haben. Ich sage: Nicht titulo oneroso, — denn die Verzichtleistung auf die Rechte, die die Standesherrn durch die Rheinische Bundesacte verloren haben, kann weder historisch noch rechtlich als der Grund der ihnen durch eben diese Acte zugesicherten Vorrechte betrachtet werden. Nicht historisch — denn der Rheinische Bund wurde ohne Zuziehung der Standesherrn geschlossen; nicht rechtlich — denn nach demselben Rechte, nach welchem sie der Souveränität der verbündeten Fürsten überhaupt unterworfen wurden, konnten sie auch den übrigen Unterthanen schlechthin gleichgestellt werden.

Zum Schlusse dieser Abhandlung noch einige politische Bemerkungen. Es kann nicht fehlen, daß man die Ansicht, die in dieser Abhandlung von den Rechten der deutschen Standesherrn gegeben worden ist, der Härte, um nicht einen noch stärkern Ausdruck zu gebrauchen, beschuldigen wird. Sie scheint die standesherrlichen

Rechte der Willkür schlechthin Preis zu geben. Sie scheint auf Grundsätzen zu beruhen, die wenigstens dem ehemaligen deutschen Staatsrechte fremd waren. Man könnte sogar, wenn man auch die Richtigkeit dieser Ansicht an sich nicht in Zweifel ziehen wollte, doch gegen die Aufstellung derselben die Bedenklichkeit zu erheben geneigt seyn, daß es gewisse Wahrheiten gebe, die wegen des Mißbrauches, der davon gemacht werden kann, besser im Schatten gelassen werden.

Ich antworte darauf: 1) Unter den tausend Ursachen, die die Auflösung der deutschen Reichsverfassung herbeygeführt haben, nimmt der Geist, in welchem das deutsche Staatsrecht wissenschaftlich bearbeitet wurde, nicht gerade die unterste Stelle ein. So wie die deutschen Reichsstände über ihre landesherrlichen Rechte unaufhörlich das Ganze vergassen, eben so hatten sich die meisten deutschen Publicisten nicht zu einer klaren Einsicht des Unterschiedes zwischen dem öffentlichen und Privatrecht erhoben. In der Schule des Rö-

mischen Rechtes erzogen, vertheidigten sie nach den Grundsätzen dieses Rechtes die Vorrechte der Einzelnen, die sogenannte deutsche Freyheit, uneingedenk der Maxime, daß in Staatsangelegenheiten das Interesse des Ganzen entscheidet, daß in Nothfällen die Rechte der Einzelnen dem Bestehen des Ganzen aufzuopfern sind, daß das positive Staatsrecht auch aus der Politik seine Grundsätze und Ansichten entlehnen muß. Und diese Methode, das deutsche Staatsrecht als eine Wissenschaft des strengen Rechts zu behandeln, hatte auch auf die Praxis einen sehr bedeutenden Einfluß. — In den Schriften, die seit der Auflösung der deutschen Reichsverfassung besonders über die Rechte der Standesherrn erschienen sind, scheint sich von neuem dieser Geist zu regen. Betrachtet man aber diese Rechte nicht aus dem Gesichtspuncte des standesherrlichen Interesses, sondern des allgemeinen, so läßt sich in der That wenig, oder nichts für ihre Fortdauer sagen. Sie begründen, streng durchgeführt, einen Staat im Staate. Sie veranlassen Reibungen

zwischen den standesherrlichen und Souveränitätsbeamten, die für das Interesse des Ganzen und der Einzelnen im gleichen Grade nachtheilig sind. Sie stehen auf das genaueste mit der Ansicht in Verbindung, welche den Staat in eine Haushaltung, die öffentlichen Angelegenheiten in Privathandel, die Staatsbeamten in Privatdiener verwandelt. So lange in einem Staate eine Patrimonialgerichtsbarkeit besteht, oder irgend ein anderes Regierungsrecht in den Händen von Privatpersonen ist, so lange ist der Anspruch der Standesherrn auf die Fortdauer ihrer Privilegien billiger, als ein jeder andere. Aber unabhängig von dieser Bedingung vermehren diese Privilegien nur das Grundübel der deutschen Staatsverfassungen — den Mangel an Einheit.

2) Nicht alle Zeiten sind einander gleich. Eine jede fordert ihre eigenen Mafsregeln. In gewöhnlichen Zeiten, in Zeiten der Ruhe, kann Erhaltung der bestehenden Verfassung der höchste oder der einzige Zweck der Politik seyn. In ausserordentlichen Fällen aber, wenn sich z. B. die aus-

wärtigen Verhältnisse des Staates plötzlich verändern, wenn diese Veränderung eine Umgestaltung der Verfassung oder Verwaltung des Staates im Innern dringend gebietet, — ist es die heiligste Pflicht der Regierung, dem Laufe der Begebenheiten zu folgen, und mit dem Geiste der Zeit fortzuschreiten, gerade so, wie der einzelne Mensch Kleidung und Lebensart nach dem Wechsel der Jahreszeiten zu verändern hat. Brauche ich nun erst zu erinnern, oder zu beweisen, daß die Zeiten, in welchen wir leben, nicht zu den gewöhnlichen gehören?

3) Man erweist den Standesherrn einen sehr schlimmen Dienst, wenn man immer von ihren Rechten und von der Heiligkeit dieser Rechte spricht, ohne daß man ein Mittel anzugeben vermag, diese Rechte gegen Eingriffe zu sichern. So entwickelt oder befestiget sich eine Stimmung zwischen dem Souverän und den Standesherrn, die den letztern in mehr als einer Hinsicht nachtheilig seyn muß. Wäre ich der Rath eines Standesherrn, ich würde ihm mit gutem Gewissen nur zwey Maxi-

men an die Hand geben können. Die erste: Freywillig auf die Hoheitsrechte Verzicht zu leisten, die die Rheinische Bundesacte den Standesherrn zusichert. Die zweyte: Wenn er eine solche Verzichtleistung nicht annehmlich finden sollte, sich im Verhältnisse zu den Souveränen nicht auf Rechte, als Rechte, zu berufen, sondern diese Rechte nur durch Gründe der Billigkeit und des öffentlichen Interesses zu unterstützen. Im erstern Falle könnte er auf eine Entschädigung rechnen, die ihm unter jeden Umständen bliebe; nach der zweyten Maxime ergreift er wenigstens das einzige Mittel, das, wenn auch nicht auf die Dauer, zum Ziele führen kann.

II.

Die Einführung des Code Napoléon
in den Staaten des Rheinischen
Bundes, betrachtet aus dem Ge-
sichtspuncte des Staatsrechtes.

So sehr man sich auch bey der Abfassung
des Code Napoléon bemüht hat, alles das,
was dem Verfassungs- und Regierungsrecht
angehört, von dem Gebiete der Civilgesetz-
gebung zu scheiden, und in dem Civilge-
setzbuch unberührt zu lassen, so steht doch
dieses Gesetzbuch in mehr als einer Rück-
sicht mit der Organisation der französischen
Staatsverfassung, und insbesondere mit der

Organisation der französischen Gerichtsverfassung in einer sehr genauen Verbindung, er enthält ferner mehrere Grundsätze, die entweder schon an sich in das Staatsrecht gehören, oder sich doch näher oder entfernter auf dieses Recht beziehen. Es wäre ungerecht, die Verfasser des Gesetzbuches in der einen oder in der andern Hinsicht der Inconsequenz zu beschuldigen. Die Verbindung zwischen dem Staats- und Civilrechte ganz aufzuheben, gehört zu den Unmöglichkeiten. Aber eben so gewiss ist es, daß wegen dieser Verbindung die Aufnahme eines jeden fremden Gesetzbuches besonders Schwierigkeiten unterworfen ist, daß gerade diese Verbindung, wenn von der Aufnahme eines fremden Civilgesetzbuches die Rede ist, eine vorzügliche Aufmerksamkeit verdient. Die vorliegende Abhandlung wird daher diesen Gesichtspunct, was die Aufnahme des Code Napoléon in den Rheinischen Bundesstaaten betrifft, weiter verfolgen.

Ich müßte Leser voraussetzen, die mit dem Code Napoléon gänzlich unbekannt wären, wenn ich den ersten oben aufgestellten Satz, daß dieses Gesetzbuch mit der Art, wie die französische Staatsverfassung organisirt ist, und insbesondere mit der Organisation der Gerichte und der Behörden der gerichtlichen Polizey in Frankreich, in der genauesten Verbindung steht, — noch erst beweisen wollte. Man erinnere sich nur z. B. der Friedensrichter, die der Code Napoléon so oft erwähnt, der kaiserlichen Procuratoren, der Beamten des Civilstandes, des Familienrathes, der Hypothekenbewahrer, der französischen Notariatsverfassung, u. s. w. und man wird gewiß an der Richtigkeit jenes Satzes, und an der Unmöglichkeit, den Code Napoléon ohne weiters in den deutschen Staaten einzuführen, nicht einen Augenblick zweifeln. Die Frage kann also nur die seyn, wie eine Regierung den Schwierigkeiten begegnen könne und solle, die von dieser Seite der Einführung des Code Napoléon in Deutschland entgegenstehen? Im allgemeinen giebt

es nur drey verschiedene Wege, die zu diesem Ziele führen. Entweder kann eine Regierung den Code Napoléon ganz so, wie er in Frankreich bekannt gemacht worden ist, einführen, und zugleich die Verfassung des Staates, in so fern sie mit diesem Gesetzbuch in Verbindung steht, durchgängig nach dem Muster der französischen organisiren. (Dieser Weg ist in dem Königreiche Westphalen gewählt worden.) Oder es kann eine Regierung den Code Napoléon in dieser Beziehung abändern, und die Stellen des Gesetzbuches, die sich auf die französische Staatsverfassung beziehen, so fassen, daß sie mit der bisherigen Verfassung des Staates, allenfalls mit einigen Modificationen dieser Verfassung, in Einklang stehen. (Diese Maxime scheint man im Königreiche Bayern befolgen zu wollen.) Oder es kann endlich die Regierung einen Mittelweg einschlagen, und zwar den Code Napoléon im Ganzen so aufnehmen, wie er ist, jedoch die bisherige Verfassung des Staates möglichst beyzubehalten, und nur durch Accommodationen und einzelne Verän-

derungen mit dem Inhalte des Gesetzbuches in Uebereinstimmung zu setzen suchen. (Die Ausführbarkeit dieser Mafsregel hat die Großherzogliche Badische Regierung durch die That bewiesen. Die Art, wie der Code Napoléon in Baden eingeführt worden ist, verdient daher gar sehr von den Freunden und Feinden dieser Mafsregel studirt zu werden.) So viel liegt also am Tage, daß eine Regierung nur den einen oder den andern von diesen Wegen wählen kann, wenn sie dem Code Napoléon gesetzliche Kraft in dem ihr unterworfenen Staatsgebiet ertheilt. Jedoch der eigentliche Streitpunct ist der, welcher von diesen Wegen den Vorzug verdiene. Die deutschen (und auswärtigen) Staaten, in welchen der Code Napoléon bereits eingeführt ist, haben bald dem einen, bald dem andern den Vorzug gegeben. Die Rechtsgelehrten, die ihre Stimmen über diese Fragen abgegeben haben, (ich will hier nur v. ALMENDINGEN und GÖNNERN nennen,) sind ebenfalls in ihren Meinungen getheilt. Auf welcher Seite ist nun das Recht? Die Antwort

scheint mir sehr nahe zu liegen. Keiner von den angegebenen Wegen verdient unbedingt den Vorzug. Ein jeder derselben kann nach Verschiedenheit der Umstände der beste und zweckmässigste seyn. Der Regierung bleibe die Wahl zwischen diesen Wegen überlassen, rechtskundigen Männern die Ausführung der gewählten Mafsregel. Zwar will ich zugeben, dafs der Werth der französischen Civilgesetzgebung zum Theil gerade auf den Beziehungen beruht, in welchen sie mit der Verfassung des französischen Reiches steht. Ich will ferner zugeben, dafs diese Verfassung, gerade in wie fern sie in das Civilrecht eingreift, sehr wesentliche Vorzüge vor der bisherigen Verfassung der deutschen Staaten hat. Aber eine Regierung kann ihre guten Gründe haben, die bisherige Verfassung des Staates, (und gerade was die Gerechtigkeitspflege betrifft) so viel als möglich unangetastet zu lassen, oder wenigstens eine Veränderung nicht theilweise, nicht in dem gegenwärtigen Augenblicke, mit derselben vorzunehmen. Ich will ferner zu-

geben, daß es besser ist, den Code Napoléon (wie in dem Königreiche Bayern und Holland,) ganz umzuarbeiten, als Altes und Neues zu vereinigen, ein Versuch, der niemals ganz gelingen kann. Aber eine Regierung kann Rücksichten zu nehmen haben, die sie nöthigen, die Fortdauer der bisherigen Verfassung mit der Einführung des unveränderten Code Napoléon möglichst in Uebereinstimmung zu setzen. — Nur ein einziges französisches Institut, das Notariat, scheint mir von der Art zu seyn, daß es in einem jeden Staate zugleich mit dem Code Napoléon angenommen werden muß, wenn nicht die französische Civilgesetzgebung gleichsam in ihrem innersten Leben angegriffen werden soll.

Der Code Napoléon enthält zwey-
 tens einige Sätze, die unmittelbar aus dem Staatsrecht entlehnt sind. Ich werde nicht alle Sätze dieser Art, die in dem Code Napoléon vorkommen, hier anführen; son-

dern nur diejenigen, die theils, verglichen mit dem bisherigen deutschen Staatsrechte, neu, theils von besonderer Wichtigkeit für die Rheinischen Bundesstaaten sind *). Eben so wenig ist es meine Absicht, diese Sätze für sich zu prüfen oder zu erläutern **); nur beziehungsweise, als Grundsätze des deutschen Staatsrechtes, sollen sie hier in Erwähnung gezogen werden.

Also: a) Ein Hauptsatz in dieser Beziehung ***) ist folgende Vorschrift des

*) Ich übergehe daher z. B. die im 1. 2. 4. 5. 6. und 545. Art. des Code Napoléon enthaltenen Sätze.

**) Den Leser, der eine weitere Erläuterung derselben zu haben wünscht, kann ich unter andern auf SCHMIDS kritische Einleitung in das gesammte Recht des Französischen Reichs (1. B. 2. Abth.) verweisen, wo die hier einschlagenden Titel des Code Napoléon sehr gut erklärt worden sind.

***) Ich nehme den folgenden Satz zu den staatsrechtlichen; denn die Rechtsfähigkeit in Civilsachen ist die Bedingung und der erste

Code Napoléon: Fremde, die sich in Frankreich — auf kürzere oder auf längere Zeit — aufhalten, haben nicht alle Civilrechte eines Franzosen, sondern nur diejenigen, die den Franzosen von der Nation, zu welcher der Fremde gehört, vertragsmässig zugestanden worden sind. (C. N. Art. 11. vgl. Art. 2. 3. 726. 912.) Es besteht daher in Frankreich das Heimfallsrecht — droit d'aubaine — so wie vor der Revolution; es kann ein Franzose einem Fremden nur in so fern eine gültige Schenkung machen, als der Fremde einem Franzosen eine Schenkung zu machen berechtigt ist, u. s. w. — Dieser Grundsatz war dem bisherigen öffentlichen Rechte der deutschen Staaten fremd. Zwar unterschied man zwischen Einheimischen (Inländern) und Fremden auch in Beziehung auf das Civilrecht, und zwar in so fern, als die letztern in gewissen Fällen nach den Gesetzen ihrer Heimath zu

Grad des Staatsbürgerrechtes; er bestimmt ferner die Bedingungen der Anwendbarkeit der Gesetze.

beurtheilen waren *). Aber diese Unterscheidung hatte, in so fern sie dem Civilrecht angehörte, nicht, so wie jener Grundsatz den Sinn, daß Fremde schlechthin unfähig wären, gewisse Civilrechte auszuüben, (z. B. das Recht auf den Todesfall zu verfügen, zu erben, Schenkungen anzunehmen,) sondern nur den Sinn, daß sie in gewissen Beziehungen nach den Gesetzen ihrer Heimath beurtheilt werden müßten. Ferner bestand zwar (und besteht zum Theil noch) in einigen deutschen Staaten ein sogenanntes Indigenatrecht, vermöge dessen die Eingebornen auch in civilrechtlicher Hinsicht gewisse Vorrechte vor den Fremden hatten: z. B. das Vorrecht, ausschliessend Grundstücke im Lande zu erwerben. Allein, wenn schon dieses Indigenatrecht dem Vorrechte, das der oben aufgestellte Grundsatz den Franzosen vor den Fremden einräumt, sehr nahe kommt **),

*) Ein Unterschied, der auch im franz. Rechte vorkommt. vgl. C. N. art. 6.

**) Ich sage nicht: Ganz auf demselben Princip,

so ertheilte es doch den Eingebornen nur gewisse, durch die positiven Gesetze eines jeden Staates bestimmte bürgerliche Vorrechte vor Fremden, anstatt daß das französische Recht die allgemeine Regel aufstellt, daß alle und jede Civilrechte in der engern Bedeutung, d. h. alle Civilrechte, die nicht aus dem Naturrechte, sondern nur aus den positiven Gesetzen abgeleitet werden können, das ausschliessende Eigenthum der Franzosen seyn sollen,*)— so erstreckte es sich doch nie auf das Recht, letzte Willenserklärungen zu errichten, oder

wie dieses, beruht. Denn der Grundsatz des französischen Staatsrechtes bezieht sich auf die Idee eines persönlichen Staatsvereines, das Indigenatrecht auf die Idee einer Verfassung, die auf dem Grundeigenthume beruht. Das franz. Recht nennt diejenigen, die im vollen Genusse der bürgerlichen Rechte sind, Franzosen, das deutsche Pecht, Eingeborne, Landeskinder.

*) Vgl. mein Handbuch des franz. Civilrechts, §. 11. Zusatz.

zu erben, oder Schenkungen anzunehmen. Das *droit d'aubaine* wurde in den deutschen Staaten nur nach dem Rechte der Wiedervergeltung, d. h. nur gegen diejenigen Staaten ausgeübt, die es in ihrem Gebiete gegen die Unterthanen eines deutschen Staates bestehen liessen. — Mit der Aufnahme des Code Napoléon in den Staaten des Rheinischen Bundes wird nun das rechtliche Verhältniß, das bisher in den deutschen Staaten zwischen Inländern und Fremden bestand, gänzlich umgeändert. Nach dem bisherigen Rechte war die Regel die: Inländer und Fremde sind in Beziehung auf das Civilrecht einander gleich; es giebt zwar Fälle, in welchen Fremde nach den Gesetzen ihres Wohnsitzes zu beurtheilen sind, (in welchen die *Statuta personalia* zur Anwendung zu bringen sind,) gleichwohl sind die Fremden von keinem Civilrechte schlechthin ausgeschlossen, in so fern nicht das Indigenat- oder das Wiedervergeltungs- (*Re-torsions-*) Recht eine Ausnahme von dieser Regel macht. Nach dem Code Napoléon hingegen ist die Regel die: Fremde

können auf die Civilrechte in der engern Bedeutung innerhalb des Staatsgebietes keinen Anspruch machen, in so fern sie nicht entweder mit Einwilligung des Souveräns*) ihren Wohnsitz im Lande genommen haben, oder zu einer Nation gehören, mit welcher deshalb besondere Verträge geschlossen worden sind. (Art. 11. und 13.) Also nicht das Retorsionsrecht allein begründet im allgemeinen die civilrechtliche Ungleichheit zwischen Inländern und Fremden; sondern ihre Rechte sind schon dem Gesetze nach, schon von Rechts wegen verschieden. Das Indigenatrecht, wenn es bisher in einem deutschen Staat eingeführt war, mildert oder verändert nichts in dieser Regel. Die bürgerlichen Vorrechte, die zu Folge dieses Rechtes den Inländern zugestanden,

*) Auch das ist eine Abweichung von dem bisherigen deutschen Staatsrechte, nach welchem auch die untern Behörden, z. B. die Stadträthe, Fremden die Aufnahme unter die Inländer zu verstatten berechtiget waren. Auch diese Abweichung ist bey der Aufnahme des Code Napoléon nicht ausser Acht zu lassen.

können von nun an nur als eine (durch das Gesetz ausdrücklich bestimmte) Art dieser Vorrechte betrachtet werden. Weit eher wird der Fall eintreten, daß durch ein solches Indigenatrecht, wenn es bey der Einführung des Code Napoléon nicht ausdrücklich aufgehoben wird, die Strenge des französischen Rechtes noch vergrößert wird. Denn so dürfte z. B. die Erwerbung einer Liegenschaft nach dem Code Napoléon nicht zu den Civilrechten in der engern Bedeutung zu rechnen seyn *); das Indigenatrecht hingegen erhebt sie gewöhnlich zu einem Vorrechte der Eingebornen.

*) Vgl. C. N. art. 3. und 16. Allerdings kann man diesen Art. (da sie nicht schlechthin sagen, daß ein jeder Fremder Grundstücke in Frankreich erwerben könne, sondern nur den Fall, daß ein Fremder Grundstücke in Frankreich besitzt, als gegeben voraussetzen,) auch eine andere Deutung geben; jedoch die Praxis stimmt mit dem im Text aufgestellten Satz überein. Vgl. auch die Einleitung zu dem Entwurf des bürgerl. Gesetzbuches von PORTALIS.

Jedoch, ehe ich weiter gehe, muß ich eine Einwendung beantworten, die gegen die Behauptung, daß das Recht der Wiedervergeltung nach dem Code Napoléon nicht als Maassstab für die Civilrechte der Fremden zu betrachten sey, gemacht werden könnte. Der II. Art. des Code Napoléon sagt zwar allerdings: „L'étranger jouira en France des mêmes droits civils, que ceux, qui sont accordés aux Français par les traités de la nation à laquelle cet étranger appartiendra. Hingegen der 726. Art. und noch mehr der 912. Art. scheinen die Rechtsfähigkeit des Fremden, gerade in den beiden wichtigsten Fällen, in welchen dieser Gegenstand zur Sprache kommen kann, nicht von einem deshalb geschlossenen Staatsvertrag, sondern nur von dem Rechte, das in der Heimath des Fremden gilt, abhängig zu machen. Denn der 726. Art. lautet so: „Un étranger n'est admis à succéder aux biens que son parent, étranger ou Français, possède dans le territoire de l'Empire, que dans les cas et de la manière dont un Français succède à

son parent possédant des biens dans le pays de cet étranger, conformément aux dispositions de l'article 11." Und der 912. Art. sagt: „On ne pourra disposer au profit d'un étranger, que dans les cas où cet étranger pourrait disposer au profit d'un Français." Also weder der eine noch der andere Artikel sagt, daß der Fremde nur dann ein Recht zu erben u. s. w. haben soll, wenn ein Staatsvertrag den Franzosen ein gleiches Recht von Seiten der Nation einräumt, zu welcher der Fremde gehört; sondern beyde berufen sich nur auf das Recht, das in der Heimath des Fremden gilt; und wenn schon der erstere Artikel noch besonders auf den 11. Art. verweist, so kann doch durch diese Verweisung, wie es scheint, nicht die ausdrückliche Vorschrift des Artikels selbst entkräftet werden. — Diese scheinbare Inconsequenz hebt oder erklärt sich wenigstens durch die Geschichte des 11. Artikels. Ursprünglich war er so gefaßt: „L'étranger jouit en France des mêmes droits civils, que ceux accordés aux Français par la nation à laquelle cet

étranger appartient.“ Er stellte also das Wiedervergeltungsrecht als Princip für die Beurtheilung der Civilrechte der Fremden auf. Allein auf die Bemerkung des Tribunats, (die man wohl nicht ohne Grund auffallend nennen kann,) daß man die französische Gesetzgebung nicht von der Gesetzgebung anderer Staaten abhängig machen dürfe, erhielt der Art. seine gegenwärtige Fassung. Nun hätte man allerdings auch den 726. und 912. Art. anders, als in dem Entwurfe geschehen war, fassen und mit der Veränderung, die man im 11. Art. gemacht hatte, in Uebereinstimmung setzen sollen. Denn der 726. und 912. Art. beruhten auf einem Princip, das bey der Berathung über den 11. Art. verworfen worden war. Gleichwohl blieben jene beyden Artikel so, wie sie in dem Entwurfe, dem in diesem Entwurf aufgestellten Princip gemäß, abgefaßt worden waren, ohne daß sich aus den öffentlichen Verhandlungen über diese beyden Artikel ergibt, daß man für die darin enthaltenen Fälle eine Ausnahme von der Regel machen wollte. — Sieht man also

bloß auf die Worte des 726. und 912. Artikels, so ist der oben aufgestellte Grundsatz allerdings nicht seinem ganzen Umfange nach richtig; sieht man hingegen auf die Absicht des Gesetzgebers, bleibt man der Regel treu, daß die Vorschriften, die ein Gesetzbuch über besondere Fälle enthält, mit den allgemeinen Grundsätzen, die es aufstellt, durch die Auslegung in Uebereinstimmung gesetzt werden müssen, so läßt sich der öfterwähnte Grundsatz uneingeschränkt rechtfertigen. Unerschütterlich fest steht freylich diese Auslegung nicht, besonders wenn man erwägt, daß sich gegen den Grundsatz des 11. Artikels von Seiten des philosophischen Rechts so manches einwenden läßt. Aber der Fehler liegt in der Gesetzgebung selbst.

Es ist hier der Ort nicht, den Grundsatz, den der 11. Artikel aufstellt, aus dem Gesichtspuncte des allgemeinen Staatsrechtes und des Weltbürgerrechtes zu prüfen, oder die politischen Gründe zu würdigen, aus welchen man in Frankreich wieder zu dem Rechte zurückkehrte, das vor der Revolu-

tion in diesem Reiche bestand, so wenig es auch meine Absicht ist, meine Privatmeinung über diesen Gegenstand — die Ueberzeugung, daß die Rückkehr zu dem ehemaligen Rechte, (denn während der Revolution waren die Franzosen und Fremden in civilrechtlicher Hinsicht einander gleichgesetzt worden,) von Seiten des Rechts auf keine Weise gerechtfertiget werden könne, — zu verfehlen. Aber in einer andern Beziehung, in Beziehung auf das Rheinische Bundesrecht, gehört die Prüfung jenes Grundsatzes allerdings in das Gebiet der vorliegenden Abhandlung. Nun kann man freylich sagen, wenn man blos an dem Buchstaben des Bundes hängt, daß der oftgedachte Grundsatz mit dem Zwecke des Rheinischen Bundes, als eines Vereines zu Schutz und Trutz gegen auswärtige Feinde, ganz wohl vereinbar sey. Aber läßt sich ihm nicht noch ein höherer Zweck, die Erhaltung der deutschen National - Einheit zum Grunde legen? Soll nicht ein jeder Völkerbund, soll nicht insbesondere der Rheinische Bund, man mag nun auf die

Entstehung desselben, oder auf sein Verhältniß zu den übrigen mit Frankreich verbündeten Staaten Rücksicht nehmen, eine nähere Vereinigung unter den Mitgliedern der einzelnen Staaten, die Begründung einer weltbürgerlichen Gemeinschaft unter ihnen zum Endzwecke haben? Und wie wäre es möglich, alle diese Zwecke zu erreichen, wenn die Gesetzgebung eines jeden einzelnen Staates den Mitgliedern der übrigen den vollen Genuß der bürgerlichen Rechte verweigerte, sie in einem gewissen Grad als Feinde behandelte? Selbst für den unmittelbaren Zweck des Rheinischen Bundes würde eine solche Maxime nichts weniger als gleichgültig seyn. Denn wie können mehrere Völker im Kriege für einen Mann stehen, wenn sie nicht im Frieden an diese Ansicht gewöhnt sind? Immerhin mag die Unterscheidung zwischen den Civilrechten der Inländer und der Fremden vertheidiget werden können, wenn die ganze Verfassung eines Staates auf die Belebung des Nationalstolzes berechnet ist. Aber wenn wir Deutsche, als Nation, auf etwas stolz

seyn können, so ist es nur die weltbürgerliche Gesinnung, die man wohl nicht ohne Grund als einen Hauptzug in dem Character der Deutschen betrachten kann, was uns zu diesem Stolze berechtigt.

Ein Vertrag, wodurch die verbündeten Souveräne ihren Unterthanen gegenseitig den vollen Genuß der Civilrechte in allen Staaten des Rheinischen Bundes versicherten, würde den hier geäußerten Bedenklichkeiten am besten abhelfen. Da jedoch vor der Hand die Abschliessung eines solchen Vertrages manchen Schwierigkeiten unterworfen seyn mögte, so läßt sich nur von einer jeden einzelnen Regierung, die den Code Napoléon in ihrem Gebiete einführt, erwarten, daß sie eine billige Rücksicht auf das Interesse des Ganzen nehmen werde *).

*) In diesem Geiste ist auch die Großherzoglich-Bad. Regierung verfahren. Vgl. des Herrn Staatsrathes BRAUER Erläuterungen über den Code Napoléon. 1. Th. (Carlsruhe, 1803.) S. 70. ff. Ebenso hat das allg. bürgerliche Gesetzbuch für das Königreich Bayern den Satz,

2) Ein anderer für den Zweck der vorliegenden Abhandlung wichtiger Grundsatz des französischen Staatsrechtes, den der Code Napoléon zwar nicht seinem ganzen Umfange nach aufstellt, jedoch durch einige besondere Vorschriften, die Folgerungen aus diesem Grundsatz sind, mittelbar bestätigt, ist der: Nur die von den französischen Gerichten gesprochenen Urtheile sind in Frankreich rechtskräftig. Die Ur-

den der 11. Art. des C. N. aufstellt, auf folgende Weise verändert: „Dem Ausländer wird nur die Ausübung derjenigen bürgerlichen Privatrechte zugestanden, die der Staat, zu welchem der Ausländer gehört, dem bayerischen Unterthanen zugesteht. Werden in einem auswärtigen Staate durch Gesetz oder besondere Verfügungen entweder Fremde im allgemeinen, oder bayerische Unterthanen insbesondere, von dem Vortheile gewisser Privatrechte ausgeschlossen, welche nach dort geltenden Gesetzen den Einheimischen zustehen; so ist in Bayern derselbe Grundsatz anzuwenden.“ (Art. 18.)— Dieses Retorsionsrecht kann indessen nicht anders, als nach besonders eingeholter königlicher Genehmigung von den Gerichten ausgeübt werden. (Art. 19.)

theile auswärtiger Gerichte hingegen haben an sich in Frankreich gar keine rechtliche Wirkung, d. h. a) es kann ein solches Urtheil in Frankreich nicht schlechthin, sondern nur, wenn es von einem französischen Gerichte bestätigt worden ist, vollstreckt werden; b) es entsteht daraus nicht die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache, (*exceptio rei judicatae*,) vielmehr kann eine auswärts rechtskräftig entschiedene Sache, in welcher ein Franzose Parthey war, von diesem, er mag nun Kläger oder Beklagter gewesen seyn, nochmals vor die französischen Gerichte gebracht werden, gleich als ob sie noch gar nicht vor Gericht anhängig gewesen wäre. Wenn also z. B. bey einem französischen Gericht auf die Vollstreckung eines auswärtigen Erkenntnisses gegen einen Franzosen angetragen wird, so hat dieser das Recht, den Rechtsstreit wieder von neuem anhängig zu machen, die schon abgeurtheilten oder neuen Einreden der Forderung entgegen zu setzen, u. s. w.*).

g) Mit diesem Satz ist ein anderer Satz des fran-

ser Grundsatz wurde zuerst in der Ordonnance v. J. 1629. Art. 121. aufgestellt: „Les jugemens rendus, (contrats ou obligations reçues) à souverainetés étrangères,“ heisst es in dieser Ordonnance, „pour quelque cause que ce soit, n'auront aucune hypothèque, ni exécution en notre royaume; (ains tiendront les contrats lieu de simple promesse;) et nonobstant les jugemens, nos sujets contre lesquels ils auront été rendus, pourront, de nouveau, débattre leurs droits,

zösischen Staatsrechtes: dafs die Instrumente auswärtiger Notarien in Frankreich nicht vollstreckbar sind, sehr nahe verwandt. In Frankreich nämlich hat der Notar das Recht, die Vollstreckung eines vor ihm eingegangenen Vertrages unmittelbar, d. h. ohne, dafs hierzu ein richterliches Erkenntniß erforderlich ist, anzubefehlen. (Nur wenn über die Auslegung des Vertrages Streit entsteht, gelangt die Sache an den Richter.) Vgl. C. N. Art. 2127. 2128. Eine auswärtige Notariatsurkunde hat diese Rechtskraft nicht. — Ich erwähne jedoch diesen Satz nur beyläufig, weil in den deutschen Staaten die Notariatsinstrumente ohnehin nicht die Gültigkeit eines rechtskräftigen Urtheiles haben.

comme entiers, pardevant nos officiers.“ Nun verordnet ferner der Code Napoléon art. 2123. nur so viel: „L'hypothèque ne peut résulter des jugemens rendus en pays étrangers, qu'autant qu'ils ont été déclarés exécutoires par un tribunal Français.“ (Vgl. C. de P. art. 546.) Allein die französischen Gerichte, und insbesondere der Cassationsgerichtshof zu Paris, wenden noch jetzt, wie sich aus einer grossen Anzahl bekannt gewordener Fälle ergibt, den oben aufgestellten Grundsatz in seinem ganzen Umfang und in seiner ganzen Strenge an *).

*) Ich führe nur einen Fall dieser Art an, den ich selbst den 19. Oct. 1809. von dem Cassationsgerichtshof in Paris (Chambre des requêtes) nach diesem Princip entscheiden hörte. Ein Algierischer Caper nimmt einen französischen Kauffahrer, der jedoch, wegen der Engländer, unter Sardinischer Flagge und mit Sardinischen Papieren segelte. Der Eigenthümer der Fracht, ein französischer Kaufmann, reclamirt in Algier die Schiffsladung, wird aber mit seinem Suchen (in Ermangelung Beweises) rechtskräftig abgewiesen. Die Waaren kommen in der Folge wieder nach Frank-

Und in der That enthält der nun angeführte Artikel des Code Napoléon (so wie der 546. Art. des C. de P.) eine mittelbare Bestätigung dieses Grundsatzes.

Betrachtet man aber jenen Grundsatz aus dem Standpuncte des allgemeinen Staats- und Völkerrechtes, so lassen sich allerdings sehr erhebliche Zweifel dagegen aufstellen. Wenn es auch richtig ist, daß Gesetze nicht ausserhalb des Staatsgebietes verpflichten, daß mithin die Rechtskraft eines Urtheiles, d. h. diejenige Eigenschaft eines Urtheiles, vermöge welcher es, als eine Anwendung des allgemeinen Gesetzes auf den einzelnen Fall, für die Partheyen ein Gesetz ist, sich nicht über die Grenzen des Staatsgebietes, in welchem es gefällt worden ist, erstreckt, so kann doch einem Urtheil im Auslande nicht die Gültigkeit

reich und werden hier von neuem (nach der Ordnung vom Jahr 1618.) von jenem Kaufmann in Anspruch genommen. Der Cassationsgerichtshof entschied, daß dem Kläger jenes Urtheil nicht entgegenstehe. Der Entscheidungsgrund war die Ord. v. J. 1629.

eines schiedsrichterlichen Ausspruches versagt werden, so ist es doch billig in diesem Fall eine Ausnahme von dem strengen Rechte zu machen, und auswärtigen Erkenntnissen, wenn anders die Gerichtsbarkeit des auswärtigen Gerichts gehörig, d. h. nach Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechtes begründet war, dieselbe Gültigkeit, wie den Entscheidungen der inländischen Gerichte, beyzulegen *).

Diese Maxime der Billigkeit wurde bisher fast in allen deutschen Staaten anerkannt. Auswärtige Urtheile wurden eben so vollzogen, begründeten eben so die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache, wie

*) Ausführlicher habe ich diesen Gegenstand in folgender Abh. erörtert: Ueber die Rechtskraft eines, in einer Civilsache von einem auswärtigen Gerichte gesprochenen Urtheiles. In der Zeitschrift: Germania. II. B. 2. H. S. 229. ff. Auf die Bemerkungen, die der Herr R. A. G. A. von KAMPTZ in eben dieser Zeitschrift, III. B. 2. H. S. 231, mit eben so viel Scharfsinn als Humanität gegen jene Abhandlung gemacht hat, werde ich zu einer andern Zeit antworten.

inländische. Man konnte sogar, so lange die deutsche Reichsverfassung bestand, die Allgemeingültigkeit rechtskräftiger Erkenntnisse, in so fern diese von einem deutschen Gerichte gefällt worden waren, als einen Rechtssatz vertheidigen, der sich aus dem Wesen der deutschen Reichsverfassung ergab.

Es fragt sich nun, welchen Einfluss hat die Einführung des Code Napoléon in den Staaten des Rheinischen Bundes auf die Rechtskraft auswärtiger Erkenntnisse in diesen Staaten? oder, ich will die Frage noch allgemeiner aufstellen, was ist jetzt in dieser Hinsicht in den Staaten des Rheinischen Bundes Rechtens? Sind nun a) in einem deutschen Staat ausdrückliche Gesetze über diesen Gegenstand bekannt gemacht worden, so versteht es sich von selbst, daß es bey diesen Gesetzen sein Bewenden hat*). Sollten auch diese Gesetze mit dem

*) Im Königr. Bayern ist der oben aufgestellte Grundsatz des franz. Rechts durch eine Verordnung v. 9. Oct. 1809. angenommen worden. Vgl. Rhein. Bund. XIII, 13. und: Germania, a. a. O.

Code Napoléon nicht übereinstimmen, und dieser erst später in einem solchen Staat eingeführt werden, so würde ich dennoch annehmen, daß sie, den Fall des 2123. Artikels ausgenommen, ihre Gültigkeit unverändert behielten, in so fern nicht der Gesetzgeber ausdrücklich ein anderes festsetzt. Denn theils gehört die vorliegende Frage nicht in das Civilrecht, theils handelt der nurgedachte Artikel nur von einem einzelnen Falle. Wenn b) in einem deutschen Staate keine Gesetze dieser Art vorhanden sind, und der Code Napoléon in einem solchen Staat eingeführt wird, ohne daß der Souverän über die Rechtskraft auswärtiger Urtheile eine besondere Vorschrift macht, so scheint mir der oben aufgestellte Grundsatz des französischen Staatsrechtes, als das Princip, auf welchem der 2123. Artikel beruht, von den Gerichten dieses Staates schlechthin in Anwendung zu bringen zu seyn. (Dieser Fall tritt im Königreiche Westphalen ein.) Denn ein jedes Gesetzbuch ist in dem Geiste auszulegen, in welchem es abgefaßt worden ist. c) Ist in

einem deutschen Staate weder ein ausdrückliches Gesetz über diesen Gegenstand gegeben worden, noch der Code Napoléon eingeführt, so bleibt es billig bey dem bisherigen Rechte, das insbesondere auch, was das gegenseitige Verhältniß unter den Gerichten der verschiedenen Bundesstaaten betrifft, durch den Geist und Endzweck des Rheinischen Bundes dringend empfohlen wird. Jedoch leidet die aufgestellte Regel eine Ausnahme, wenn dem auswärtigen rechtskräftigen Erkenntniß entweder die Einrede des nicht gehörig begründeten Gerichtsstandes, oder der Einwand der Retorsion *) entgegengesetzt werden kann **).

*) Ob im letzteren Falle zuvörderst an die Regierung Bericht zu erstatten ist? hängt von der Verfassung eines jeden einzelnen Staates ab. Im Zweifel ist die Frage wohl allerdings zu bejahen.

**) Der oben aufgestellte Grundsatz des französischen Rechts ist also wenigstens, was die Erkenntnisse französischer Gerichte betrifft, (vgl. auch C. N. Art. 14.) für die deutschen Gerichte von der größten Wichtigkeit. —

— Uebrigens brauche ich nicht erst zu er-

Ich will hier noch einige practische Bemerkungen hinzufügen: 1) Es ist in Deutschland üblich, daß man den Richter, vor welchem die Sache geführt worden ist, um Requisitoriales an das auswärtige Gericht bittet, von welchem das rechtskräftig gewordene Erkenntniß vollstreckt werden soll. Ist dieses auswärtige Gericht ein französisches, oder verfährt es in dieser Hinsicht nach denselben Grundsätzen, wie die fr. Gerichte, so ist jenes Gesuch aus mehr als einem Grund unzweckmässig und verwerflich. Das inländische Gericht hat vielmehr der ansuchenden Parthey das Urtheil blos in forma probante zuzustellen. Diesen Weg würde ich schon dann vorziehen, wenn es blos zweifelhaft ist, ob das auswärtige Gericht der Requisition Folge leisten werde. 2) Eben dieses gilt, unter derselben Voraussetzung, von der Insinuation gerichtlicher Vorladungen oder Beseheide, d. h. es ist die Bewirkung dieser Insinuation ganz allein der Gegenparthey zu überlassen. 3) Bisher konnte man sich zu einer solchen Insinuation auch der Notarien bedienen. Allein nach dem Geiste des oben aufgestellten Grundsatzes scheinen mir die Notarien weiter nicht zu einer solchen Handlung befugt zu seyn. Wenn auch das auswärtige Gericht,

innern, daß ein Vertrag, wodurch der Kayser der Franzosen und die verbündeten Souveräne die Rechtskraft der von ihren Gerichten gesprochenen Urtheile gegenseitig anerkannten, einem wichtigen Bedürfnis abhelfen würde *), daß es wenigstens in keinem Staat an einem ausdrücklichen Gesetz über den vorliegenden so verwickelten Gegenstand fehlen sollte.

3) Ueber den Gerichtsstand der Fremden stellt der Code Napoléon unter andern folgenden Grundsatz auf: „L'étranger, même non résidant en France, pourra être

vor welchem die Sache anhängig ist, eine solche Insinuation für hinreichend halten kann, so würde doch der Notar von der Regierung, unter welcher er steht, deshalb mit Recht zur Verantwortung gezogen werden können.

*) Zwischen Frankreich und der Schweiz besteht ein solcher Vertrag. — Durch die allgemeine Einführung des C. N. scheint eine Hauptschwierigkeit, die sonst die Abschliessung dieses Vertrages verhindern könnte, gehoben zu werden.

cité devant les tribunaux français, pour l'exécution des obligations par lui contractées en France avec un Français; il pourra être traduit devant les tribunaux de France, pour les obligations par lui contractées en pays étranger envers des Français.“ Art. 14. Also: Ein Fremder kann vor den französischen Gerichten wegen eines jeden Anspruches belangt werden, den ein Franzose an ihn zu machen hat, er mag sich in Frankreich aufhalten oder nicht, er mag Grundstücke oder sonst Vermögen in Frankreich besitzen oder nicht*).

- *) Der Satz, den ich hier aus dem Art. ableite, scheint in zwey Puncten nicht mit den Worten des Art. übereinzustimmen. 1) Der Art. spricht nur von obligations, nicht von Ansprüchen überhaupt. — Allein seinem Grunde nach muß er von einer jeden Art von Ansprüchen verstanden werden; und so wird er auch von den franz. Gerichten wirklich ausgelegt. Vgl. SCHMID a. a. O. S. 404. 2) Der Art. scheint die beyden Fälle, die er enthält, durch die Worte: cité und traduit, zu unterscheiden. Einige deutsche Rechtsgelehrte nehmen daher an, daß in dem zweyten Falle die Gerichtsbarkeit nur in so fern

So wie dieser Satz schon an sich mit den Grundsätzen des Völkerrechtes im Widerspruche steht, so erhält er dadurch eine noch feindlichere Gestalt, daß er, zu Folge des unter N. 2. erläuterten Grundsatzes, mit welchem er in einer unmittelbaren Verbindung steht, auch dann anwendbar ist, wenn die Sache, die ein Franzose, zu Folge des 14. Artikels des *Code Napoléon*, vor die französischen Gerichte bringt, schon vor einem auswärtigen Gericht anhängig gemacht, oder von diesem selbst rechtskräf-

begründet sey, als sich der Fremde in Frankreich aufhalte. Bey den französischen Auslegern finde ich diesen Unterschied nicht erwähnt. Vielmehr sagt MALEVILLE ausdrücklich: Diesen Artikel hätte man wohl kürzer abfassen und sagen können, daß selbst der Fremde, der sich nicht in Frankreich aufhält, vor den fr. Gerichten belangt werden könne, um Verbindlichkeiten zu erfüllen, die er gegen einen Franzosen im In- oder Ausland übernommen hat. — Uebrigens vgl. m. noch den C. de P. art. 69. n. 9. und l'éprit des ordonnances de LOUIS XIV. par Pallé. (Par. 1755. 4.) S. 18.

tig entschieden worden ist. Es kann also z. B. der, ich mögte sagen, höchst ärgerliche Fall eintreten, daß wegen eines und eben desselben Gegenstandes zu derselben Zeit zwey verschiedene Rechtshändel, der eine vor einem französischen, der andere vor einem auswärtigen Gerichte, geführt werden, daß beyde Gerichte die Sache auf eine ganz entgegengesetzte Weise (in contumaciam) entscheiden, wenn selbst der Fall von beyden nach denselben Gesetzen zu beurtheilen seyn sollte! Fälle dieser Art sind in den Staaten, die an Frankreich gränzen, öfters vorgekommen. —

Dem deutschen Staatsrechte war bisher jener Grundsatz, in so fern er von der allgemeinen Rechtsregel, daß sich die Gerichtsbarkeit des Staates nur über seine Unterthanen erstreckt, abweicht, — fremd*);

*) Das forum arresti und contractus, so wie letzteres durch das Jus canonicum richtig beschränkt worden ist, enthielt keine Ausnahme von dieser Rechtsregel.

und man kann den Wunsch nicht unterdrücken, daß er ihm auch ferner fremd bleiben möge *).

4) Der Code Napoléon betrachtet einige Rechte, die nach der bisherigen deutschen Territorialverfassung zu den Regalien gerechnet werden, als blosse Privatrechte. Dahin gehört namentlich das Recht, Bergbau zu treiben, (Art. 552.) das Recht, Mühlen anzulegen, (Art. 552.) das Recht zu jagen und zu fischen, (Art. 715.) jedoch verweist er, was das erste, dritte und vierte dieser Rechte betrifft, auf besondere Gesetze. Wird der Code Napoléon in einem deutschen Staat eingeführt, so wird es nothwendig seyn, wegen aller dieser Gegenstände besondere gesetzliche Verfügungen zu treffen,

*) In dem C. N., der als Landrecht für das Großherz. Baden bekannt gemacht worden ist, kommt zwar dieser Art. ohne Einschränkung oder Zusatz vor. Man vgl. jedoch des Herrn Staatsr. BRAUER Erläuterungen, a. a. O. — Das allg. bürgerl. Gesetzbuch für das Königreich Bayern übergeht den 14. Art. des C. N. ganz.

wenigstens das bisherige Recht ausdrücklich auch für die Zukunft zu bestätigen.

Der Code Napoléon enthält endlich drittens mehrere Sätze, und sogar ganze Lehren, die ungeachtet sie in dem Gebiete des Civilrechtes liegen, dennoch mit dem französischen Staatsrechte, theils als Folgen, theils als Stützen dieses Rechtes, in der genauesten Verbindung stehen. Und gerade diese Sätze und Lehren sind es, die von dem bisherigen deutschen Privatrecht am meisten abweichen, so wie sie ihrem Princip nach mit der bisherigen Verfassung der deutschen Staaten in dem auffallendsten Widerspiele sind. Gerade in dieser Hinsicht dürften sich aus der Einführung des Code Napoléon in den Staaten des Rheinischen Bundes die wichtigsten politischen Folgen, wenn auch nur mit der Zeit und gleichsam im Stillen, entwickeln.

Der Gegenstand, den ich hier berühre, ist von einem so grossen Umfange, daß ich

nur die Grundlinien dieser Untersuchung ziehen kann. Ich müßte sonst alle Lehren des Code Napoléon einzeln durchgehen. Kaum eine derselben ist ohne alle Beziehung auf das öffentliche Recht. Ich müßte den Geist der französischen Staatsverfassung und der deutschen Landesverfassungen characterisiren, und jene mit diesen vergleichen. Ich beschränke mich daher auf folgende Bemerkungen:

Dafs allemal das Civilrecht einer Nation durch ihr öffentliches Recht in einem gewissen Grade modificirt werden muß, ergiebt sich schon daraus, dafs die Privat- und die öffentlichen Rechte der Einzelnen nur als verschiedene Beziehungen eines und eben desselben Gegenstandes, — der Rechte, die der Mensch, als Mensch, hat — zu betrachten sind, dafs der, welcher nicht bürgerlich-selbstständig ist, auch in politischer Hinsicht nicht auf diese Eigenschaft Anspruch machen kann, dafs politische Vorrechte nur als dingliche Vorrechte, d. h. nur in so fern, als sie mit dem Grundeigenthume verbunden sind, auf die Dauer

gesichert werden können, daß zu einer jeden Verschiedenheit der Civilrechte eine Verschiedenheit des Verhältnisses der Staatsgewalt zu den verschiedenen Classen der Unterthanen vorausgesetzt wird, daß Einheit der Gesetzgebung durch das Interesse des Staates dringend geboten wird. Die Civilgesetze aller Nationen bestätigen diesen Satz. Nur dann, wenn man die Civilgesetze einer frühern Periode beybehielt, ungeachtet sich die Verfassung des Staates verändert hatte, — ein Fall, der am besten durch die Geschichte des Römischen Civilrechtes erläutert werden kann — wurde die Verbindung zwischen dem öffentlichen und Privatrechte ganz, oder doch grossen Theils aufgehoben.

Als Frankreich im Jahr 1803 und 1804 sein neues Civilgesetzbuch erhielt, hatte dieser Staat noch eine demokratisch-republicanische Verfassung. Das Princip, das sich aus dieser Art der Staatsverfassung für die Civilgesetzgebung ergiebt, ist unmittelbar nur negativ. Es ist das Princip der rechtlichen Gleichheit der Unterthanen vor

dem Gesetze, — der Grundsatz, daß alle Privilegien, d. h. alle Ausnahmen von einer allgemeinen Rechtsregel, die nicht durch eine andere Rechtsregel begründet werden, widerrechtlich sind, daß also z. B. Geburt, Reichthum, und Religion keine Verschiedenheit der Privatrechte zur Folge haben können. Die positiven Principien der Civilgesetzgebung sind, zu Folge dieses Grundsatzes, an sich nur aus dem philosophischen bürgerlichen Rechte zu entnehmen. Die demokratisch - republicanische Verfassung sichert, mit andern Worten, an sich nur die Selbstständigkeit des Civilrechtes und die Gültigkeit der einheimischen Principien dieser Wissenschaft. In wie fern jedoch das philosophische bürgerliche Recht gewisse privatrechtliche Verhältnisse unbestimmt läßt, (wie z. B. die Erbfolgeordnung) oder in wie fern durch die bürgerliche Freyheit selbst, die es den Einzelnen verstattet, die rechtliche Gleichheit aller Unterthanen gefährdet werden könnte, in so fern wird aus dem Geiste der demokratisch - republicanischen Verfassung die

positive Maxime hervorgehen, theils dieser Gefahr vorzubeugen, theils jene Verhältnisse auf eine die rechtliche Gleichheit aller Unterthanen begünstigende Weise zu bestimmen.

Das französische Civilgesetzbuch ist durchgängig in diesem Geist abgefaßt. Dem nur angegebenen negativen Grundsatzes gemäß giebt es z. B., dem französischen Civilgesetzbuche nach, keine privatrechtlichen Privilegien, (vgl. Art. 638. 2227.) keine Verschiedenheit der Stände in Beziehung auf das Privatrecht*). Das Grundeigenthum kann nicht mit positiven Dienstbarkeiten beschwert werden; das Eherecht ist für alle Unterthanen des Staates, sie mögen sich zu einer Glaubensparthey halten, zu welcher sie wollen, dasselbe, u. s. w. Ferner die obengedachte positive Maxime findet man unter andern im 896. Art. der alle Substitutionen verbietet, in der Beschränkung des Rechts zu testiren durch den

*) Die Ausnahme von dieser Regel, die der 896. Art. enthält, ist erst in der zweyten Ausgabe hinzugekommen.

Pflichttheil, in der Art, wie das Gesetz die Erbschaft (unter die Verwandten von väterlicher und mütterlicher Seite) vertheilt, und in dem Verbot, ein blofs nutzbares Eigenthum, mit Vorbehalt des Obereigenthums, zu bestellen, angewendet.

Die Staatsverfassung, die in den einzelnen zum Rheinischen Bunde gehörenden Staäten besteht, ist, mit wenigen Ausnahmen *), gerade das Gegentheil von derjenigen Verfassung, die Frankreich bey der Bekanntmachung des neuen Civilgesetzbuches hatte, und mit einigen Modificationen noch jetzt hat. Ich gründe diese Behauptung nicht darauf, daß Frankreich, als es sein Civilgesetzbuch erhielt, eine demokratisch-republicanische Verfassung hatte, die Rheinischen Bundesstaaten hingegen insgesamt Monarchien sind. Denn auch mit einer monarchischen Verfassung ist das Princip

*) Unter diese Ausnahmen gehört die Verfassung des Königreiches Westphalen und Bayern. Das, was in der Folge von der deutschen Territorialverfassung gesagt wird, ist also nicht von diesen Staaten zu verstehen.

der Gleichheit der Unterthanen in Beziehung auf das Civilrecht im Allgemeinen recht wohl vereinbar. Sondern ein Unterschied zwischen der französischen und der deutschen Territorialverfassung, der hier weit mehr eingreift, ist zuvörderst der, daß die letztere nicht auf dem Princip der rechtlichen Gleichheit, sondern gerade umgekehrt, auf dem Princip der Ungleichheit der politischen Rechte (auf der politischen Verschiedenheit der Stände und der im Staat aufgenommenen Glaubenspartheyen) beruht. Man kann oder konnte wenigstens bisher einen jeden deutschen Staat gleichsam in mehrere Staaten auflösen. Die Geistlichkeit, (wenigstens die Geistlichkeit der katholischen Kirche,) die Ritterschaft und die Städte bildeten drey verschiedene politische Partheyen; und eben so waren die im Staat aufgenommenen Glaubensgesellschaften als verschiedene Bestandtheile des bürgerlichen Gemeinwesens zu betrachten. Das Amt des Fürsten bestand nicht darin, den Unterthanen Gleichheit des Rechts zu gewähren, sondern darin, die verschiedenen

Bestandtheile des Staates in gleichem Grade zu begünstigen und so das Gleichgewicht unter ihnen zu erhalten. Dieses politische Gleichgewicht vertrat die Stelle der rechtlichen Gleichheit der Unterthanen. — Ein zweyter wesentlicher Unterschied zwischen der französischen Verfassung und zwischen der Verfassung der deutschen Staaten, ist dieser, daß jene eine National- diese aber eine Territorial- (Landes-) Verfassung ist. Man kann nämlich, dem allgemeinen Staatsrechte nach, den Souverän im Verhältnisse zu den Unterthanen aus einem doppelten Gesichtspuncte — theils als Oberherrn der Nation, theils als Eigenthümer des Staatsgebietes — betrachten. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen bezeichnen jedoch beyde Benennungen nicht den Grund und noch weniger zwey verschiedene Gründe der Staatsgewalt, sondern nur zwey verschiedene Beziehungen, in welchen die Staatsgewalt steht. Die zweyte Benennung bezeichnet namentlich nur die Rechte, die der Souverän in Beziehung auf das Staatsgebiet und das Privatvermögen der Unterthanen,

zu Folge des Rechtsgesetzes, hat. Man kann ferner, nach allgemeinen Rechts-Grundsätzen nicht den ersten Gesichtspunct dem zweyten unterordnen, man kann, mit andern Worten, nicht sagen, daß der Souverän der Herr der Nation ist, weil und wie fern er ein Eigenthum an dem Staatsgebiet hat, (gleich als ob die Menschen bloß ein Accessorium des Grundes und des Bodens wären;) sondern der Souverän ist vielmehr deswegen Eigenthümer des Staatsgebietes, weil und in wie fern er der Herr der Nation ist. — Gleichwohl darf es nicht befremden, daß man in den wirklich bestehenden Staaten nicht selten die wahre Bedeutung und das wahre gegenseitige Verhältniß dieser Begriffe verkannt, und namentlich das Eigenthum des Souveräns an dem Staatsgebiet, als den Rechtsgrund der Oberherrschaft über die Nation und der Staatsgewalt selbst, betrachtet hat. Nicht nur sind jene Begriffe an sich sehr nahe mit einander verwandt, sondern es konnte auch die Art, wie sich ein Staatsverein bildete oder entwickelte, (wenn sich z. B. die

freyen Grundeigenthümer zu einer Nation vereinigten,) die Folge haben, daß man das wahre Wesen der Staatsverbindung übersah, den historischen Ursprung der Staatsgewalt mit dem Rechtsgrunde derselben verwechselte, und das öffentliche Recht aus den Grundsätzen des Privatrechtes ableitete *). — Die deutsche Territorialverfassung beruht nun offenbar auf einer Umkehrung des wahren Verhältnisses zwischen den nur aufgestellten Begriffen. (Staatsgewalt, Oberherrschaft, Obereigenthum.) In dem Geiste dieser Verfassung wird das Oberhaupt des Staates nicht Oberherr oder Regent, sondern Landesherr, der Inbegriff der Regierungsrechte nicht Oberherrlichkeit oder Staatsgewalt, sondern Landeshoheit

*) Haben sich doch selbst philosophische Rechtsforscher nicht vor diesem Fehler bewahren können. Das ganze Werk des Herrn von HALLER (Handbuch der allgemeinen Staatenkunde,) ist ein Fehlschluß dieser Art, so bedeutend auch sein Werth ist, wenn man es als eine Philosophie der politischen Geschichte betrachtet.

genannt. In den deutschen Staaten giebt es keine Abgeordnete der Nation, sondern Landstände, d. h. physische oder moralische Personen, deren Stimmrecht in öffentlichen Angelegenheiten auf dem Grundeigenthume beruht. Die Versammlungen dieser Stände führen den Namen der Landtage. Die Standesherrn, die Rittergutsbesitzer, die Städte, die Stifter, die Klöster und andere Gemeinheiten sind in dem Besitze gewisser Regierungsrechte, z. B. der Patrimonialgerichtsbarkeit, die auf dem ihnen gehörenden Grundeigenthum haften. Alle diese Eigenthümlichkeiten der deutschen Territorialverfassung aber, die sich leicht noch mit mehreren ähnlichen vermehren liessen, sind in so fern, und nur in so fern vollkommen erklärbar, als man von dem Princip ausgeht, daß das Eigenthum an dem Lande der Rechtsgrund der Staatsgewalt sey. Daß die französische Staatsverfassung in einem andern Geist organisirt sey, brauche ich nicht erst weitläufig auszuführen *).

*) Schon der Titel: Empereur des Français (nicht

Die zwey Grundprincipien der deutschen Territorialverfassung, — daß sie auf Privilegien und auf dem Grundeigenthume beruht — haben nun auf das Privatrecht der deutschen Staaten den wesentlichsten und ausgebreitetsten Einfluß. Das erstere — in wie fern theils ein jeder der verschiedenen politischen Stände des Staates auch in Beziehung auf das Civilrecht bald gewisse Vorrechte hat, bald gewissen Einschränkungen unterworfen ist, theils das Privatrecht durch den Glauben und die Kirchenverfassung der im Staat aufgenommenen Religionsgesellschaften mannichfaltig modificirt wird. Das zweyte — in wie fern z. B. die Theilung des Eigenthumsrechtēs unter mehrere, (ein dominium directum und utile,) die Bestellung positiver Grunddienstbarkeiten und selbst die Leibeigenschaft nach diesem Princip vollkommen vertheidiget werden kann. Beyde in Verbindung

Em. de France) ist characteristisch, wenn man ihn mit den Titeln der deutschen Fürsten, die jederzeit von dem Land entlehnt sind, vergleicht.

mit einander—in wie fern die Eintheilung des Landes in mehrere kleinere Gebiete, eine Eintheilung, die dem Geiste dieser Principien vollkommen entspricht, und den deutschen Landesverfassungen unverkennbar zum Grunde liegt, die Entstehung einer Menge statutarischer Privatrechte zur Folge haben mußte. Mit einem Worte: Wenn das französische Civilrecht auf dem Grundsätze beruht, einem jeden das zuzutheilen, was er dem Rechtsgesetze nach zu verlangen berechtigt ist, so geht hingegen das einheimisch deutsche Privatrecht von dem Grundsatz aus, den einzelnen Ständen und Unterthanen diejenigen Rechte zu gewähren, die mit dem Privatinteresse derselben an sich, oder dem Staatsrechte nach am besten übereinstimmen. Aus dem ältern deutschen Rechte spricht dieser Grundsatz noch entschiedener, als aus dem neueren. Denn mit der Aufnahme des Römischen Rechtes in Deutschland begann ein Kampf zwischen diesem und dem einheimisch-deutschen Rechte, durch welchen das letztere nach und nach sehr viel von seinem

ursprünglichen Wesen und von seinem alten Gebiete verlor.

Ich muß jedoch hier einem Mißverständnisse vorbeugen, zu welchem das bisher Gesagte leicht Veranlassung geben könnte. Wenn ich behauptete, daß das französische Civilrecht auf dem Princip der bürgerlichen Freyheit und Gleichheit beruhe, so darf man diesem Satze nicht etwa die Deutung geben, als ob die bürgerlichen Rechte der Franzosen schlechterdings keinen andern Einschränkungen unterworfen wären, als denen, die aus dem allgemeinen bürgerlichen Rechte selbst hervorgehen. Dieses ist keinesweges der Fall. Denn so ist z. B. das Recht des Grundeigenthümers, auf seinem Grund und Boden zu jagen oder Bergbau zu treiben, (vgl. Code Napoléon, Art. 715. 752.) das Recht, ein Handwerk oder eine Kunst auszuüben, allerdings durch besondere Gesetze beschränkt; es sind ferner gewisse Handlungen des bürgerlichen Verkehrs, z. B. die Uebertragung des Eigenthumes an Grundstücken und die Bestellung einer Hypothek, ein Gegenstand der Besteuerung. Sondern

jener Satz hat nur den Sinn, daß diese Beschränkungen der bürgerlichen Freyheit theils nicht auf Privilegien, sondern auf den Grundsätzen des allgemeinen Regierungsrechtes beruhe*), theils von dem bürgerlichen Gesetzbuch, als ein dem Civilrechte fremder Gegenstand, ausgeschlossen sind.

Das Resultat der ganzen Untersuchung ist also dieses: Das französische Civilrecht steht mit dem einheimisch-deutschen Civilrecht in dem auffallendsten Widerspruch, und dieser Widerspruch gründet sich auf die Verschiedenheit der politischen Principien, von welchen das eine und das andere

*) Z. B. es giebt in Frankreich keine Zünfte; die Jagd- und Bergwerksgerechtigkeit wird nicht als ein Regal verliehen, sondern nur nach polizeylichen Grundsätzen behandelt. — Die französischen Juristen handeln von diesen und andern Beziehungen, in welchen das Regierungsrecht auf das Civilrecht steht, in einer besondern Wissenschaft. (*Le droit administratif dans ses rapports avec le droit civil.*)

Recht ausgeht. Die unbedingte Einführung des Code Napoléon in den Staaten des Rheinischen Bundes, und die strenge Beybehaltung der bisherigen deutschen Territorialverfassung sind daher zwey schlechterdings unvereinbare Aufgaben. Vorausgesetzt also, daß die Aufnahme des französischen Civilgesetzbuches jetzt oder in Zukunft nothwendig, oder rathsam seyn sollte, so kann die Frage nur die seyn: Soll die bisherige deutsche Territorialverfassung schlechthin beybehalten, oder in so fern sie mit dem französischen Civilrecht im Widerspruche steht, schlechthin aufgehoben werden, oder kann und soll man einen Mittelweg einschlagen, und bald in jener Verfassung, bald in dem französischen Civilrechte gewisse Modificationen anbringen, um sie miteinander in Einklang zu setzen? Ich will jetzt eine jede von diesen Maximen einer besondern Prüfung unterwerfen; ich will theils die Art, wie eine jede derselben ausgeführt werden kann, theils die Vortheile oder Nachtheile, die von einer jeden derselben zu erwarten seyn dürften, in möglichster Kürze anführen,

ohne mir ein Urtheil über den relativen Werth dieser Einführungsarten zu erlauben.

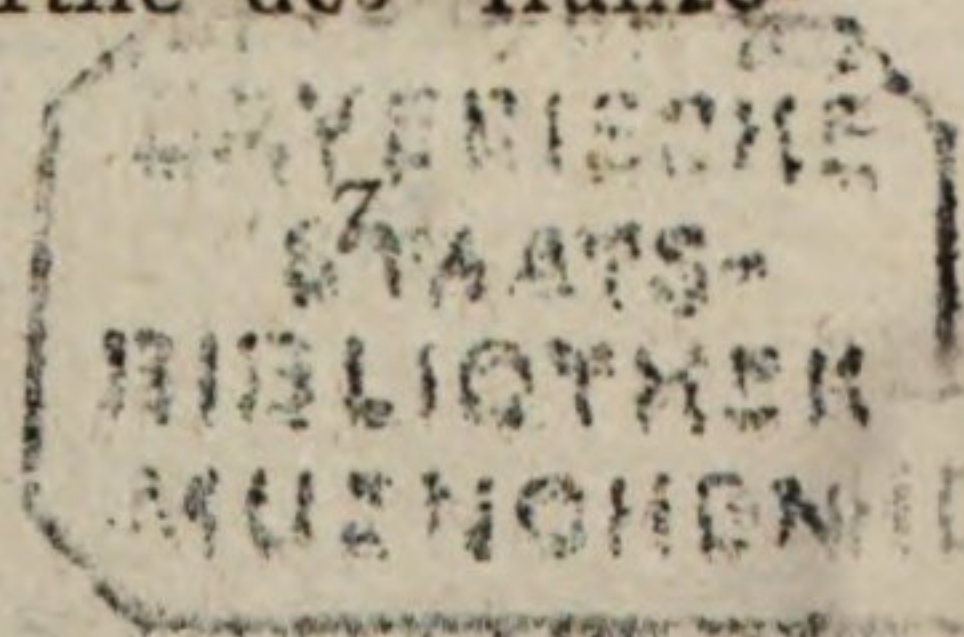
Also: 1) Will man den Code Napoléon in einem deutschen Staat einführen, und dennoch die bisherige deutsche Territorialverfassung in ihrem ganzen Umfang unverändert beybehalten, so muß man entweder dem Code Napoléon nur das Ansehen eines subsidiarischen Rechtes ertheilen, oder das Gesetzbuch so umarbeiten, daß es, in vollkommener Uebereinstimmung mit der Verfassung, als ein einheimisches Gesetzbuch betrachtet werden kann. Wählte man den erstern Weg, so würde es sich von selbst verstehen, daß das Ergänzungsverhältniß, in welchem der Code Napoléon zu dem einheimischen Rechte stehen sollte, nicht bloß im Allgemeinen, sondern für eine jede einzelne Lehre gesetzlich bestimmt werden müßte. Allemal würde jedoch der zweyte Weg vor dem erstern in so fern den Vorzug behaupten, als ein ergänzendes Recht, als Auslegungsprincip für das einheimische, dem letztern mehr oder weniger gefährlich werden muß. — Beyde Wege aber trifft der

Vorwurf in gleichem Grade, daß der eigenthümliche Geist und Werth des Code Napoléon geradezu verloren geht, so bald man ihn nur so, wie es die erste Maxime fordert, in einem deutschen Staat einführt.

2) Will man bey der Einführung des Code Napoléon die zweyte Maxime in ihrer ganzen Consequenz befolgen, so muß man nicht nur den Code Napoléon, so wie in Frankreich, für das einzige Civilgesetzbuch des Staates erklären, sondern auch alle diejenigen Civilrechte, die nach diesem Gesetzbuche zu Recht nicht beständig sind, z. B. Frohnen, unablösliche Zinsen, Lehne und Majorate, in so fern die letztern nicht unter die im 896. Art. des Code Napoléon enthaltene Ausnahme gehören, entweder schlechthin aufheben, oder doch so, daß sie mit dem Code Napoléon bestehen können, verändern. Ja man kann selbst aus dieser Maxime die Folgerung ziehen, daß die ganze Verfassung des Staates nach dem Muster der französischen umgestaltet werden müsse, wenn das französische Civilrecht ganz das seyn und bleiben soll, was es in

und für Frankreich ist. — Ueber den Werth dieser Maxime werden die Stimmen schon in so fern getheilt seyn, als sie der französischen Verfassung vor der deutschen Territorialverfassung entschieden den Vorzug giebt. Die bedenklichste Seite aber, die diese Maxime hat, mögte wohl die seyn, daß sie die Regierung nöthigen würde, in die wohlerworbenen Rechte der Einzelnen einen gewaltsamen Eingriff zu thun. Es hat sich daher selbst die Westphälische Regierung, ungeachtet sie im Allgemeinen von jener Maxime ausgieng, genöthiget gesehen, gewisse Ausnahmen von der Regel zuzulassen, und namentlich die Frohnen mit gewissen Einschränkungen zu erhalten.

3) Man sieht leicht ein, daß die dritte oben angegebene Maxime wiederum auf mehr als eine Weise zur Ausführung gebracht werden kann, je nachdem man sich z. B. mehr die bisherige Verfassung zu erhalten, oder mehr das französische Recht in seinem ursprünglichen Wesen einzuführen vornimmt. Geht man, — entweder überzeugt von dem innern Werthe des franzö-



sischen Rechts, oder in der Erwägung, daß es vor allen Dingen nothwendig sey, der Gesetzgebung Einheit zu geben, — von der letztern Ansicht aus; will man jedoch diese Ansicht mit dem Interesse des Staates und mit der Achtung für die Rechte der Einzelnen möglichst in Uebereinstimmung setzen, so dürften bey der Aufnahme des Code Napoléon hauptsächlich folgende Regeln zu beobachten seyn: a) Man führe den Code Napoléon nicht eher in einem Staat ein, als bis man die gesammte Verfassung des Staates mit dem Geiste des französischen Civilrechtes in Uebereinstimmung setzen kann oder will. (Es versteht sich daher von selbst, daß die erstere Ansicht den Vorzug verdient, in so fern man diesen Zeitpunkt nicht abwarten kann oder will.) b) Man hebe diejenigen Grundsätze des deutschen Rechtes sofort und schlechthin auf, die aufgehoben werden können, ohne in die Rechte der Einzelnen einen Eingriff zu thun, z. B. den Grundsatz, daß das Eherecht von der Glaubensverschiedenheit der Unterthanen abhängig ist, ferner die lehnsherrlichen

Rechte des Staates *). c) Die wohlerworbenen Rechte der Einzelnen, die nach dem Code Napoléon nicht bestehen können, lasse man zwar noch ferner bestehen, (in so fern sie nicht, wie die Leibeigenschaft, schlechthin widerrechtlich sind,) jedoch so, daß das Gesetz einen Weg vorzeichne, wie diese Befugnisse rechtmässig aufgehoben werden können, und mithin alle Frohnen, Zinsen und Rechte des Obereigenthumes für loskäuflich erkläre. Endlich d) darf von dem Augenblick an, in welchem der Code Napoléon gesetzliche Kraft erhält, die Bestellung eines solchen Rechtes weiter nicht gestattet seyn. Auch eine, in diesem Zeitpunkt noch nicht vollendete Verjährung wird, in wie fern der Gegenstand derselben nach dem Code Napoléon nicht erworben werden kann, für unterbrochen durch die Einführung dieses Gesetzbuches zu erklären seyn.

*) In so fern diese nicht mit Art. 896. des C. N. in Uebereinstimmung stehen, oder gesetzt werden können.

III.

Ueber die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens in den Gerichten der Rheinischen Bundesstaaten *).

Die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens in den Gerichten des Königreiches Westphalen ist eine Begebenheit, die in der Geschichte der deutschen Gerechtigkeitspflege (und vielleicht noch in

*) Vgl. Germania, eine Zeitschrift, herausg. von CROME und JAUP. I, 2, 12. II, 3, 22. III, 2, 9. — Ich hielt es für erlaubt, über einen so wichtigen Gegenstand auch eine Stimme, in möglichster Kürze, abzugeben.

manchen andern Beziehungen) Epoche machen wird. Man denke sich den Fall, daß ein Mensch, der bisher seine Gedanken Andern nur schriftlich mittheilen konnte, auf einmal den Gebrauch der Sprache erhält — wird er nicht zu einem andern und neuen Leben erwachen? Und kann die Vertauschung des schriftlichen Vortrages mit dem mündlichen in gerichtlichen Angelegenheiten nicht mit diesem Falle verglichen werden?

Zwey Partheyen in dem deutschen juristischen Publico dürfen geneigt seyn, sich ohne weiteres, die eine gegen, die andere für diese Neuerung zu erklären. Zu der erstern, die wohl die stärkere seyn mögte, rechne ich alle diejenigen, die entweder unbedingt an dem Alten hängen, oder in dem Wahne stehen, daß man nicht ein Deutscher seyn könne, wenn man sich für ein Verfahren französischen Ursprungs erkläre; zu der leztern aber diejenigen, die der — unter gewissen Einschränkungen sehr gegründeten — Meinung sind, daß man in den deutschen Staaten den unveränderten

Code Napoléon nicht ohne den französischen Proceß (nach welchem bekanntlich ein öffentliches und mündliches Verfahren in allen Gerichtshändeln statt findet,) einführen kann. Ich antworte den erstern: Das, was an sich gut ist, loben und nachahmen, ist männlich und deutsch. Den letzteren: Die Aufnahme des Code Napoléon erfordert zwar allerdings mehr, als eine Veränderung in dem bisherigen Rechtsgang; aber nicht gerade die Einführung des mündlichen Verfahrens in den deutschen Gerichten.

Könnte man über den relativen Werth der schriftlichen und mündlichen Verhandlung gerichtlicher Angelegenheiten nach dem Zeugnisse der Geschichte entscheiden, d. h. käme es bey dieser Streitfrage darauf an, welcher Art des gerichtlichen Verfahrens die meisten und gebildetsten Völker den Vorzug gegeben haben, so würde der Vortheil unstreitig auf der Seite des mündlichen Verfahrens seyn. Die Griechen und Römer, und in den neuern Zeiten die Engländer, die Franzosen und Italiener, also

die cultivirtesten Völker, die die Geschichte kennt, stimmen insgesamt gerade in diesem Punct miteinander überein, so verschieden auch übrigens die Staatsverfassungen dieser Nationen waren oder sind. Und wurden nicht ehemals auch in Deutschland alle Rechtssachen öffentlich und mündlich verhandelt? Erst seitdem das Römische und canonische Recht in Deutschland die Oberhand gewann, verliess man auch in dieser Hinsicht die Sitte der Väter*), und

*) Noch fehlt unserer Literatur ein Werk, das die Geschichte des deutschen Processes, und namentlich jener Veränderung, vollständig abhandelte. Mehrere schätzbare Data und Bemerkungen über den leztern Gegenstand findet man jedoch in: J. G. HEINECCII Elementa juris Germanici. T. II. §. 78 — 83. und §. 154 — 159. ferner in: L. PH. KOPPS ausführ. Nachricht von der ältern und neuern Verfassung der geistl. und Civilgerichte in den Fürstl. Hessen - Casselischen Landen. Th. I. §. 337 — 347. — Zur Einführung des schriftlichen Verfahrens trug vorzüglich die Aufnahme des Römischen Rechtes bey, wodurch die Rechts-

es blieben nur noch hin und wieder einzelne Spuren von dem ursprünglich deutschen Rechtsgang übrig*). Es wäre eine Art von Wiedervergeltung, wenn das schriftliche Verfahren, das durch die Einführung eines fremden Rechtes den deutschen Gerichten aufgedrungen wurde, durch die Aufnahme eines andern fremden Rechtes wieder aus den deutschen Gerichten verdrängt würde.

händler gelehrter und verwickelter wurden. In den Criminal-Gerichten wurde der Untersuchungsproceß das Grab des mündlichen Verfahrens. Es versteht sich übrigens von selbst, daß die Veränderung nicht auf einmal, und nicht überall zu derselben Zeit geschah. Von Hessen bemerkt KOPP, a. a. O. daß das älteste gerichtliche Protocoll in einer Civilsache, dessen in den Urkunden Erwähnung geschehe, aus der Mitte des 15. Jahrhunderts sey.

*) Z. B. Die Audienzen des Reichskammergerichts, das Sächsische Verfahren vom Mund aus in die Feder, das öffentliche Halsgericht, das noch jetzt vor der Hinrichtung in einigen deutschen Staaten gehegt wird.

Jedoch Zeugnisse können nicht über eine Frage entscheiden, die in das Gebiet der Wissenschaft gehört. Die Frage: Welche von beyden Verhandlungsarten den Vorzug verdiene? ist nach rechtlichen und politischen Grundsätzen, theils im Allgemeinen, theils, in dem vorliegenden Fall, in Beziehung auf die deutschen Staaten, zu erörtern. — Den einen und den andern Gesichtspunct weiter zu verfolgen, ist der Zweck der vorliegenden Abhandlung. Die Untersuchung gilt eben so wohl dem Criminal- als dem Civilproceß. Freylich muß ich in Beziehung auf den erstern voraussetzen, daß der Anklageproceß an die Stelle des in Deutschland üblichen Untersuchungsprocesses treten könnte oder sollte; denn das öffentliche und mündliche Verfahren ist mit der erstern Proceßform allein oder doch am besten vereinbar. Aber sollte es wohl nöthig seyn, dem Anklageproceß, so wie er in Frankreich besteht, noch erst das Wort zu reden?

Bevor ich jedoch zu der angekündigten Untersuchung fortgehe, muß ich folgende

Bemerkung vorausschicken: Wenn in der Folge von der mündlichen Verhandlung der Rechtssachen die Rede ist, so meine ich damit nicht etwa eine Verhandlung, die das schriftliche Verfahren schlechthin ausschließt. Ueber die Verwerflichkeit eines Rechtsganges von dieser Art kann nur eine Stimme seyn. Sondern es wird hier durch jenen Ausdruck nur die Proceßform bezeichnet, nach welcher zwar eine schriftliche Verhandlung der Sache — also z. B. in Civilsachen ein Schriftwechsel, unter den Partheyen, und in Criminalsachen die Vernehmung des Angeschuldigten und das Verhör der Zeugen ad protocollum — vorausgeht, jedoch die richterliche Entscheidung erst dann erfolgt, wenn die Sache nochmals in einer öffentlichen Gerichtssitzung ihrem ganzen Umfange nach mündlich verhandelt worden ist. Mit einem Wort, ich habe hier im Allgemeinen den französischen Civil- und Criminalproceß vor Augen.

Im Allgemeinen lassen sich nun für das schlechthin schriftliche Verfahren hauptsächlich folgende Gründe anführen: 1) daß

es den Sachwalter und Vertheidiger, oder die Parthey in den Stand setzt, die Sache bedächtlicher und gemüthlicher auszuführen, Mängel, die erst bey der wiederholten Prüfung einer Schrift entdeckt werden, zu ergänzen, Fehler, die sich eingeschlichen haben, zu verbessern; 2) daß es eben so sehr dem Richter die genaue Prüfung der Sache erleichtert, indem er, wenn die ganze Sache in Schriften vor ihm liegt, dem Gedächtniß jederzeit durch die Augen zu Hülfe kommen kann; 3) daß es dem nachtheiligen Einflusse vorbeugt, den die Künste einer falschen Beredsamkeit auf das richterliche Urtheil haben können; 4) daß es die Sachwalter und die Richter gegen die Herrschaft sichert, die sonst eine irrige Volksmeinung über sie auf Kosten des Rechts ausüben könnte. Einen fünften Grund — daß die Gerechtigkeit sich in ein heiliges Dunkel hüllen müsse, um ihre Würde zu behaupten — will ich nur als ein Vorurtheil anführen. Denn in der That verdient er keine ernstliche Widerlegung.

Prüft man jene Gründe ihrem relativen Gewichte nach, so sind die beyden ersten offenbar die erheblichsten, da sie unmittelbar aus dem Wesen des schriftlichen und mündlichen Verfahrens hervorgehen. Der dritte Grund verdient auch, abgesehen von den Talenten der heutigen Redner, nur in so fern eine besondere Aufmerksamkeit, als in Criminalfällen die That- sache durch Geschworne beurtheilt wird. Denn was die von dem Staate bestellten Richter betrifft, so verstatten die heutigen Gesetze der richterlichen Willkür keinesweges einen so grossen Spielraum, daß die oben angedeutete Gefahr von Bedeutung seyn könnte; auch dürfte die Stimmung dieser Richter nicht eben Empfänglichkeit für Täuschungen der Redekunst seyn. Anders ist der Fall mit den Geschwornen. In dieser Beziehung läßt sich auf jenen Einwurf nur das antworten, daß der öffentliche Ankläger und der Richter auf mehr als eine Weise dem Eindruck entgegenwirken können, den die beredte Vertheidigung einer schlechten Sache auf die Geschwornen

machen könnte. — Der vierte Grund kann in ausserordentlichen Fällen allerdings von Gewicht seyn. Allein in der Regel darf man, wie weiter unten gezeigt werden soll, von dem Einflusse der öffentlichen Meinung auf die Gerechtigkeitspflege eher vortheilhafte, als nachtheilige Folgen erwarten.

Was nun den ersten und zweyten, für das schriftliche Verfahren, oben aufgestellten Grund betrifft, so würde es Partheylichkeit verrathen, wenn man diese Gründe gänzlich entkräften zu können glaubte. Dem schlechthin schriftlichen Verfahren wird allemal der Vorzug vor einem jeden andern bleiben, daß es die vollkommenste Ausführung und Prüfung einer Rechtssache möglich macht. Aber eben so gewiß ist es, daß diese Vortheile fast ganz gerettet werden können, wenn man das mündliche Verfahren mit dem schriftlichen auf eine geschickte Weise verbindet *); daß unter dieser

*) Der französische Code de procédure civile enthält mehrere, sehr zweckmässige Vorschriften über diesen Gegenstand, z. B. die, (Art. 95.)

Voraussetzung dem mündlichen Verfahren mehrere sehr bedeutende Gründe zur Seite stehen, die das, was man durch die Aufhebung des schlechthin schriftlichen Verfahrens noch immer verlieren könnte, mehr als vergüten.

Ich will mich zu diesem Ende nicht darauf berufen, daß die öffentliche Gerechtigkeitspflege schon an sich mit dem Wesen des Rechts und der Gerechtigkeit am besten übereinstimmt, da dieses (negativ) auf der Tauglichkeit einer Maxime oder Handlungsweise zur Publicität beruht. Man mögte diesen Grund zu metaphysisch finden, obwohl auch das Gemeinste am Ende mit dem Höchsten zusammenhängt; sondern ich berufe mich 1) auf die Vortheile, die die

daß das Gericht eine Sache schlechthin zur schriftlichen Verhandlung aussetzen kann. — Aus dem Code d'instruction criminelle v. J. 1808. will ich hier nur den Art. 341. anführen, nach welchem den Geschwornen, wenn sie sich in das Berathschlagungszimmer entfernen, die sämtlichen Acten (mit Ausschluss der Zeugenverhöre) mitzugeben sind.

öffentliche Verhandlung der Rechtssachen für die gewissenhafte Verwaltung des richterlichen Amtes zu haben verspricht. Denn erinnert sie nicht den Richter unmittelbar an das eigentliche Princip seiner Pflichten, daß er als Organ des Gesetzes, nicht nach seinen Privatmeinungen, Recht sprechen soll? Wäre er auch gewissenlos genug, seinem Privatvorteile die Pflicht der Unpartheylichkeit aufzuopfern, muß er nicht, wenn die Sache öffentlich verhandelt wird, das Urtheil des Publicums fürchten? Allerdings kann er sich, wenn er bloß nach den Acten urtheilt, von der Lage der Sache vollständig unterrichten. Allein sind denn die Fälle so selten, daß der Fleiß oder die Aufmerksamkeit der Richter über dieser, oft nichts weniger als angenehmen Lectüre ermüdet? Und kann wohl selbst das fleissigste Studium der Acten, oder ein noch so guter Bericht, den ein Mitglied des Gerichtes den übrigen von dem Inhalte der Acten abstattet, die Vortheile ganz ersetzen, die die mündliche Darstellung der Sache aus dem Gesichtspuncte der einen und der andern

Parthey, und die unmittelbare Aufeinanderfolge der beyderseitigen Vorträge für die vollständige Uebersicht der Sache gewähren müssen? 2) Dafs ein Sachwalter, der öffentlich und mündlich die Sache seines Clienten vertheidiget, durch die Triebfeder der Ehre mächtiger gespornt werde, seines Berufes gewissenhaft zu warten, als der, dessen Verdienste oder Sünden in seinen Schriften begraben sind, dafs ein Sachwalter, der auf Abwege geräth, in dem erstern Falle leichter und wirksamer, als in dem letztern, von dem Richter an die ihm obliegenden Pflichten erinnert werden könne, versteht sich von selbst. Aber die Bemerkung verdient hier besonders herausgehoben zu werden, dafs nichts so sehr und so gewifs den ganzen an sich so ehrwürdigen Stand der Sachwalter heben und ihm zu derjenigen Achtung, die er verdient oder verdienen kann, verhelfen wird, als die Einführung des mündlichen Verfahrens in den Gerichten. Es ist eine höchst traurige Erscheinung, dafs der Advocaten-Stand in mehreren deutschen Staaten bey weitem

nicht das ist, was er seyn könnte und sollte; daß er, berufen, die Rechte der Einzelnen gegen die Macht oder den Uebermuth Anderer, und selbst gegen die Eingriffe des Staates zu vertheidigen, und so ein Paladium der bürgerlichen Freyheit zu seyn, aufgefordert durch die politische Unabhängigkeit, in welcher er lebt, zu denken und zu handeln, wie es freyen Männern ziemt*), dennoch weder der Erhabenheit jenes Berufs, noch dem Geiste dieser Aufforderung entspricht; daß er daher in mehreren deutschen Staaten die öffentliche Meinung gegen sich hat, und diese Meinung wiederum, theils auf die Beschaffenheit des Standes, theils auf die ihn betreffende Gesetzgebung nachtheilig zurückwirkt.

*) Wenn die Partheyen in einem Processe (den die alte deutsche Rechtssprache den Krieg Rechtens nennt,) mit kriegführenden Mächten verglichen werden können, so sind die Sachwalter die Krieger dieser Mächte. So wie die Ehre der Abgott der Soldaten ist, so sollte sie auch dem Sachwalter über alles theuer seyn.

Nun hat zwar das Uebel mehr, als einen Grund; aber ein Hauptgrund liegt gewiss darin, daß die Berufsthätigkeit des Sachwalters, wenn die Rechtssachen bloß schriftlich verhandelt werden, theils weniger Vorbereitung und Anstrengung erfordert, theils weniger zur unmittelbaren Kunde des Publicums kommt, und mithin in der einen und in der andern Hinsicht weniger ehrenvoll ist; — eine Behauptung, die durch die Geschichte derjenigen Staaten, in welchen das gerichtliche Verfahren mündlich und öffentlich ist, vollkommen unterstützt wird. — Ja man kann noch weiter gehen. Das ganze juristische Studium würde in Deutschland einen neuen und höhern Schwung erhalten, wenn das öffentliche und mündliche Verfahren in den deutschen Gerichten eingeführt würde. Das Studium der Rhetorik würde dann den Juristen Bedürfnis seyn, und dieses Studium ist nicht bloß an sich von einem sehr grossen Umfange, sondern führt auch zu so manchen andern wissenschaftlichen Beschäftigungen, und gerade zu solchen, die den Rechtsbeflissenen

in den allgemeinen Kreis der philosophischen und philologischen Wissenschaften ziehen. Denn wer dürfte z. B. hoffen, in der Beredsamkeit Fortschritte zu machen, wenn er mit den Griechischen und Römischen Rednern, diesen ewigen Mustern des guten Geschmacks, unbekannt wäre *)? —

3) Das öffentliche und mündliche Verfahren kann und muß auch den Nutzen haben, daß es, durch Furcht vor öffentlicher Schande, in Criminalsachen, theils den Vergehungen selbst, theils ungerechten Anschuldigungen (Denunciationen) vorbeugt, in Civilsachen, von der Anstellung solcher Klagen, die entweder ungerecht, oder doch mit den Gesetzen der Moral unvereinbar sind, abhält, und in beyden die Zeugen zu einer gewissenhaften Aussage anhält. Merk-

*) Ich habe diesen Winter den Anfang gemacht, auf der hiesigen Universität Vorlesungen über die gerichtliche Beredsamkeit zu halten, und diese mit Uebungen in der Redekunst zu verbinden. Zugleich mit der vorliegenden Schrift erscheint von mir eine Anleitung zur gerichtlichen Beredsamkeit.

würdig ist es, daß dieser Nutzen des öffentlichen und mündlichen Verfahrens sogar Veranlassung geworden ist, daß die französischen Gesetze einige Klagen, die schon ihrer Natur nach ein öffentliches Aerger-
nifs geben, oder doch zu ärgernden Verhandlungen führen könnten, schlechthin für unzulässig erklären, so sehr auch diese Klagen an sich mit den Grundsätzen des Rechts in Uebereinstimmung stehen. Denn das Gesetz, daß der Vater eines unehelichen Kindes nicht angehalten werden kann, dieses Kind anzuerkennen, ferner der Grundsatz, daß das männliche Unvermögen nicht zu den Ursachen gehört, aus welchen eine Ehe als nichtig angefochten werden kann, wurde wenigstens zum Theil durch die Beschaffenheit des gerichtlichen Verfahrens in Frankreich veranlaßt oder empfohlen. Endlich 4) kann man sich von dem mündlichen und öffentlichen Verfahren auch den Vortheil versprechen, daß es das Volk über die Gesetze und über sein rechtliches Interesse aufklären, und in ihm den Sinn für Recht und Unrecht schärfen wird. Wer

Zeuge von der Theilnahme gewesen ist, mit welcher in Frankreich die Sitzungen der Gerichte, besonders der Criminal- und Polizeygerichte, und gerade von den untersten Volksklassen, besucht werden, wird gewiß jene Erwartung nicht für eine blosse Hoffnung, oder für einen Traum der Speculation erklären.

Es ist jetzt noch die Frage zu untersuchen, ob und in wie fern, was die deutschen Gerichte betrifft, besondere Gründe der Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens entweder im Wege stehen, oder das Wort reden?

Nun will ich gern zugeben, daß die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens in die deutschen Gerichte mit großen Schwierigkeiten verbunden seyn würde, daß die Verfassung dieser Gerichte die Macht des Herkommens, die Bildung und Stimmung der Richter und Sachwalter, dieser Neuerung sehr bedeutende Hindernisse in den Weg legen würden. Jedoch alle diese Einwendungen treffen nicht die Sache selbst und ihren Werth, sondern nur

die Ausführbarkeit derselben. Alle diese Einwendungen sind in einem Zeitalter, das, wie das unsrige, von Tage zu Tage mehr allen alten Formen den Krieg ankündigt, eher Gründe, die Maafsregel zu empfehlen, als davon abzuschrecken. Eben so wenig kann man ihr den Geist unserer Verfassungen, in wie fern sie insgesamt erbliche Monarchien sind, entgegen setzen; denn das Beispiel so vieler monarchischen Staaten, in welchen das gerichtliche Verfahren öffentlich und mündlich ist, beweist schon hinlänglich, daß dieses Verfahren nichts weniger, als unvereinbar mit dem Interesse der Monarchie sey. Vielmehr ist es gerade diese Verfassung, in welcher eine solche Einrichtung bestehen kann, ohne daß man zu befürchten hätte, es werde dadurch die Stimmung oder Gunst des Volkes einen bedenklichen Einfluß auf die Gerechtigkeitspflege erlangen. Es ist gerade diese Verfassung, in welcher die Publicität der gerichtlichen Verhandlungen, als ein Damm gegen die Eingriffe der Regierung in die Selbstständigkeit der Gerechtigkeits-

pflege ganz vorzüglich nothwendig ist. Gegen die erste Gefahr schützt in der Monarchie die Kraft der Regierung. Die letztere kann nur auf diesem Weg abgewendert oder vermindert werden.

Ich erwähne diesen Nutzen der öffentlichen und mündlichen Verhandlung gerichtlicher Angelegenheiten erst hier, weil er gerade für Deutschland von besonderer Wichtigkeit ist. Mit Recht erhebt sich die Stimme aller rechtlichen Männer gegen die Cabinets-Justiz. Mit Recht fürchtet man, daß dieses Ungeheuer in den kleineren — jetzt souveränen — deutschen Staaten über kurz oder über lang das Haupt emporheben könne. Denn von der Gegenwart darf man nicht auf die Zukunft schliessen. Das Warten der Dinge, die da kommen sollen, der Geist der Rechtlichkeit, der ein Vermächtniß der deutschen Reichsverfassung ist, wachen jetzt noch für die Selbstständigkeit der Gerechtigkeitspflege. Aber jener Zustand kann aufhören, dieser Geist den Stürmen der Zeit erliegen. Wenn es dann keine äussere Gewährleistung für die Selbststän-

digkeit der Gerechtigkeitspflege in jenen Staaten giebt, — und es ist wenigstens noch sehr ungewiss, ob man der Aufstellung eines Bundesgerichts, oder der Ausführung einer ähnlichen Maafsregel *) entgegen sehen darf — so dürfte das öffentliche und mündliche Verfahren in Gerichtshändeln noch das einzige — wenn auch nicht ganz zureichende — Mittel seyn, die Selbstständigkeit der Gerichte gegen den Mißbrauch der Herrschergewalt zu sichern.

*) Wenn z. B. den Unterthanen der kleinern Staaten verstattet würde, die Berufung oder Nichtigkeitsbeschwerde an ein königliches oder großherzogliches Obergericht zu richten.

IV.

Ueber die auswärtigen rechtlichen Verhältnisse des Rheinischen Bundes.

Wenn ich für diese Abhandlung die auswärtigen rechtlichen Verhältnisse des Rheinischen Bundes zum Gegenstande der Untersuchung gewählt habe, (die auswärtigen Verhältnisse dieses Bundes von Seiten der Politik zu erörtern, bleibt, bey dem unaufhörlichen Wechsel der Begebenheiten, billig den politischen Zeitschriften überlassen,) so ist gleichwohl das Verhältniß des Rheinischen Bundes zu Frankreich von dieser Untersuchung ausgeschlossen, da der Kayser der Franzosen zwar in der einen Beziehung Protector, aber in einer andern zu

gleich Mitglied des Bundes ist. (Rheinische Bundesacte, Artikel 35.)

Betrachtet man nach Grundsätzen des philosophischen Völkerrechts das Verhältniß, in welchem ein Staatenbund zu denjenigen Staaten steht, die nicht Mitglieder des Bundes sind, so kann der Bund in diesem Verhältnisse keinesweges auf die Rechte einer Gemeinheit, sondern nur auf die Rechte Anspruch machen, die den einzelnen Gliedern des Bundes für sich zukommen. Denn die gesellschaftliche Verfassung, die sich der Bund gegeben hat, und der Bund selbst, ist für einen jeden Dritten eine *Res inter alios acta*. Es kann also z. B. der Bund zwar einen Gesandten an die nicht zum Bunde gehörigen Staaten abschicken; aber dieser kann nur in so fern im Namen des ganzen Bundes unterhandeln, als seine Vollmacht (sein Creditiv) von allen einzelnen Mitgliedern des Bundes ausgestellt worden ist *). Anders ist der Fall, wenn

*) Eben so ist, dem bürgerlichen Rechte nach, eine Gesellschaft in Beziehung auf einen jeden Dritten, nicht als eine moralische Per-

der Bund, als solcher, von einem dritten Staat ausdrücklich oder stillschweigend anerkannt worden ist. Alsdann ist dieser Staat verpflichtet, dem Bunde die Rechte einer moralischen Person (einer Gemeinheit) einzuräumen, und z. B. mit denjenigen, die nach der Verfassung des Bundes die Gesamtheit repräsentiren, in dieser Eigenschaft in Unterhandlungen zu treten. Jedoch wird bey dieser Ausnahme von der Regel vorausgesetzt, daß der Bund an sich eine Verfassung hat, die geeignet ist, das Merkmal der Einheit auf ihn anzuwenden. Wenn also nicht z. B. die Gültigkeit der mehreren Stimmen durch die Verfassung des Bundes festgesetzt, oder ein gewisses Subject für den Repräsentanten des Bundes erklärt worden ist, so kann jene Anerkennung doch immer nur auf die Rechte der

son, sondern nur als ein Aggregat von Individuen zu betrachten, in so fern ihr nicht der Staat die Eigenschaft einer moralischen Person — einer Gemeinheit — beygelegt hat. Nur der Staat ist von Rechts wegen eine moralische Person.

einzelnen Bundesglieder (z. B. auf die Rechte, die sie durch die Verbindung selbst erworben haben, oder auf die Rechtmässigkeit des Zwecks der Vereinigung,) bezogen werden.

Soll also in dem vorliegenden Falle von den auswärtigen rechtlichen Verhältnissen des Rheinischen Bundes, als eines rechtlichen Ganzen, — und nicht bloß von den rechtlichen Verhältnissen der einzelnen Bundesstaaten zu denjenigen Staaten, die nicht Mitglieder des Bundes sind — die Rede seyn können, so muß vor allen Dingen untersucht werden: 1) Ob und in wie fern der Rheinische Bund eine Verfassung hat, wodurch ihm wenigstens in Beziehung auf das auswärtige Verhältniß die Eigenschaft der Einheit gesichert wird; und 2) ob und in wie fern er von auswärtigen Staaten in dieser Eigenschaft anerkannt worden ist. (Dieses Anerkenntniß ist keinesweges eine blosse Förmlichkeit.)

Beantwortung der ersten Frage:
Die Rheinische Bundesacte ist, was die innere Verfassung des Bundes betrifft, in dem

Grade unvollständig, daß man es, wenn man bloß bey den Worten derselben stehen bleibt, geradezu unentschieden lassen muß, ob dem Rheinischen Bunde die Eigenschaft eines rechtlichen Ganzen beygelegt werden könne oder nicht? Denn sie beantwortet nicht einmal die Frage, ob (der-einst) auf dem Bundestage die Mehrheit der Stimmen entscheiden soll*), und eben so wenig erklärt sie den Protector des Rheinischen Bundes ausdrücklich für den Repräsentanten der Gesammtheit in Beziehung auf deren auswärtige Verhältnisse. Es ist jedoch dieser Zweifel, so weit er uns hier angeht, durch das Herkommen so vollständig beseitiget worden, daß ich der Mühe überhoben bin, die Einheit des Rheinischen Bundes aus dem Geiste der Rheinischen

*) Daß jedoch dieses allerdings die Absicht der Verbündeten war, läßt sich unter andern auch daraus schliessen, daß die Fürsten von REUSS nur 2 Stimmen (nicht so viel Stimmen, als es Linien in dieser Familie giebt,) führen sollen. Vgl. Accessionsvertrag v. 18. April 1807. Art. 7. Rhein. Bund. XIII, S. 138.

Bundesacte zu erweisen. Denn dem Herkommen nach ist der Kayser der Franzosen, als Protector des Rheinischen Bundes, der Repräsentant der Gesammtheit, in Beziehung auf ihre auswärtigen Verhältnisse, und, in dieser Eigenschaft, der Mittelpunkt, von welchem alle Einleitungen zum Krieg ausgehen, der oberste Anführer der Bundes- truppen, der alleinige Unterhändler und Wiederhersteller des Friedens im Namen des Bundes*). Durch diese repräsentative Gewalt des Protectors, und nur durch diese, existirte bisher der Rheinische Bund als ein rechtliches Ganze in Beziehung auf das auswärtige Verhältniß.

*) Die Art, wie der Protector die zu diesem Ende erforderlichen Eröffnungen und Mittheilungen den verbündeten Souveränen macht, ist in der Regel die: Den Königen geschehen sie unmittelbar, den Großherzogen durch den Fürsten Primas, den Mitgliedern des Fürstenrathes durch den Herzog von Nassau. Die Correspondenz wird von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten geführt. (Jedoch kommen auch Abweichungen von dieser Regel vor.)

Man könnte — beyläufig zu erinnern — dieses Herkommen hart und nicht wohl vereinbar mit der Souveränität der Rheinischen Bundesfürsten finden; man könnte sich dabey der guten alten Zeit erinnern, als noch eine Reichsdeputation ausrücken mußte, ehe ein gültiger Reichsfriede geschlossen werden konnte, als sich der Kayser schon im voraus verbindlich gemacht hatte, siegreich zu seyn*). Aber was haben denn alle diese Clauseln und Vorschriften am Ende gefruchtet? Wie oft mußte der deutsche Kayser der Noth seine Pflicht zum

*) Kays. Wahlcap. IV, 12. „Wir sollen und wollen auch bei erfolgendem Frieden ernstlich daran seyn, damit das von dem Feinde im Reich okkupirte, oder in Ecclesiasticis und Politicis geänderte, zu der bedrückten Stände und deren Unterthanen Konsolation, in der alten, den Reichsfundamentalgesetzen und Friedensschlüssen (worunter doch die augsburgischen Konfessionsverwandte den riswickischen Frieden nicht verstanden haben wollen, die Katholischen aber sothane Reservation an ihren Ort gestellt seyn lassen,) gemäßen Stand restituirt werde.“

Opfer bringen, und Frieden ohne Zuziehung des Reichs schliessen? Wollte man die ehemalige Reichskriegsverfassung wieder aus dem Grab hervorrufen, sie würde, gleich den Siebenschläfern, in einer ganz veränderten Welt, nicht an ihrem Platze seyn. Jetzt gilt es Schnelligkeit im Feld, und im Cabinet; und dieser Zweck ist nur dann erreichbar, wenn ein Einziger im Namen des Bundes handelt. Mit einem Worte, man braucht die Geschichte des deutschen Reiches, und den Geist der neuern Kriegskunst und Diplomatie auch nur oberflächlich zu kennen, um sich von der Nothwendigkeit jenes Grundsatzes zu überzeugen.

Es wird daher die Vermuthung nicht zu gewagt scheinen, daß jenes Herkommen auch in die endliche Organisation des Bundes übergehen werde. Ja, mehrere amtliche Aeusserungen erheben diese Vermuthung beynahe zur Gewissheit. Denn so legte z. B. der Fürst Primas, in einer Circularnote, vom 13. September 1806, den Bundesfürsten die Frage zur Berathung vor: Ob

es nicht der Würde unabhängiger Souveräne angemessen sey, daß ihre Stellvertreter bey dem Bundestage zu Frankfurt, dessen Geschäft darin bestehe, die innere Ruhe zu befestigen, keine fremden Gesandten annehmen, und keine Gesandten an fremde Höfe abschickten *)? —

Beantwortung der zweyten Frage: Man muß, wenn von den auswärtigen Verhältnissen des Rheinischen Bundes — in rechtlicher oder in politischer Rücksicht — die Rede ist, die sämmtlichen Europäischen Staaten in zwey Hauptklassen eintheilen **), in Staaten, die Glieder des grossen Europäischen Staatenvereines sind, an dessen Spitze der Kayser der Franzosen, theils als verlagsmässiger Protector des Bundes, theils als Haupt der kayserlichen Familie steht, und in Staaten, die nicht zu diesem Vereine getreten sind. Unter den erstern, zu

*) Vgl. Rhein. Bund. I. S. 148.

**) Auch die Rheinische Bundesacte berührt im 7. und 31. Art. diese Eintheilung. Ein Mehreres über diesen Gegenstand weiter unten.

welchen Spanien, die Italienischen Staaten, das Königreich Holland, die Schweiz, das Herzogthum Warschau und die Rheinischen Bundesstaaten selbst gehören, besteht unmittelbar oder mittelbar (d. h. durch Frankreich) ein allgemeines gegenseitiges Schutz- und Trutzbündniss. Die letztern sind wiederum entweder Alliirte, (Rußland) oder Freunde, (Oesterreich, Preussen, Dänemark) oder Feinde des Bundes. (England mit seinen Bundesgenossen.) Die Alliirten unterscheiden sich von den Mitgliedern des Bundes dadurch, daß sie nur mit gewissen Einschränkungen, und ohne Frankreichs Schutz- und Schirmherrschaft anzuerkennen, eine Verbindung mit Frankreich eingegangen sind.

Es ist dieser Bund des südwestlichen Europa's, man mag nun auf die Vorzeit oder auf die Zukunft, auf das rechtliche oder politische Interesse unseres Welttheils, und insbesondere auf die innern oder äussern Verhältnisse des Rheinischen Bundes Rücksicht nehmen, eine Erscheinung, die in dem ganzen Gebiete der Europäischen Po-

litik Epoche macht. Man kann die Geschichte von Europa, als ein Ganzes betrachtet, seit dem Anfange der christlichen Zeitrechnung, an die Geschichte der drey Hauptvölker reihen, die damals, von einander unabhängig, Europa bewohnten, der Römer, der Deutschen und der Slaven, und die Geschichte dieser drey Völker dadurch zu einem Ganzen vereinigen, daß man sie als eine Geschichte der Versuche behandelt, die von diesen Völkerschaften gemacht worden sind, einen dauerhaften Friedenszustand in Europa zu begründen. Die Römer sind, der Zeit nach, die ersten, die in dieser Hinsicht unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Der Plan dieses Volkes, ganz Europa seiner Herrschaft zu unterwerfen, — ein Plan, der seiner Ausführung sehr nahe war — scheiterte an der Kraft und Freyheitsliebe der Deutschen, und an den Feldherrntalenten des deutschen ARMINIUS. Liberator haud dubie Germaniae, et qui non primordia populi Romani, sicut alii reges ducesque, sed florentissimum imperium laccessierit; proeliis ambiguas, bello non victus! (TAC. Ann.

III, 88.) Späterhin wird das Römische Reich von den Deutschen zertrümmert. Neue Staaten bilden sich in den ehemaligen Provinzen dieses Reiches, und in den ursprünglichen Wohnsitzen der Eroberer. Einen Theil von diesen Wohnsitzen nehmen Slavische Völkerschaften ein. Es folgt ein Zeitraum von einigen Jahrhunderten, der in das Ganze nur als eine Periode der Gestaltung und Vorbereitung eingreift. Aber eben in dieser Periode hatte sich eine Macht gebildet, in welcher die Römische Welt-herrschaft in einer anderen Gestalt und mit verjüngter Kraft aus dem Grab erstand, — die Macht des Römischen Bischofs. Die Vereinigung, die die Römisch-katholische Kirche unter den Europäischen Staaten stiftete, war eben so wohl eine politische, als eine kirchliche Verbindung. Die Kirche ist ein Staat Gottes, und Einheit gehört zum Wesen dieses Staates; die weltlichen Regenten sind nur Beamten der Kirche, und ihre Vereinigung zu einem politischen Ganzen, (zu einem Völkerstaat) ist eben so nothwendig, als die Einheit der Kirche selbst,

— das waren die Hauptprincipien eines Systemes, das durch die Macht religiöser Meinungen den Friedenszustand von Europa sichern sollte. Man kann diesen Völkerstaat, dessen Stiftung der katholischen Kirche wenigstens in einem gewissen Grade gelang, noch aus einem andern Gesichtspuncte betrachten. Er war zugleich ein Verein der sämmtlichen Germanischen Völkerherrschaften, unter einem geistlichen und weltlichen Oberherrn, dem Papst und dem deutschen Kayser, dem letzteren, in wie fern er Schutz- und Schirmherr der Christenheit und des päpstlichen Stuhles war. Denn zufällig beschränkte sich die Ausbreitung der katholischen Kirche fast nur auf Völker von deutscher Abkunft. Man muß sogar den einen und den andern Gesichtspunct verfolgen, wenn man sich die Eigenthümlichkeiten in der Verfassung jenes Vereines, die wunderbare Verschmelzung römischer und deutscher Einrichtungen der Hierarchie und des Lehnswesens, erklären will. — Die Reformation vollendete den Sturz dieses Systemes, das schon durch frühere Begeben-

heiten erschüttert worden war. Ein Kampf beginnt, in welchen fast alle Europäischen Staaten verwickelt werden. Es war ein Kampf, bey welchem es im Grunde der Frage galt, auf welcher Basis der Friedenszustand von Europa in Zukunft beruhen sollte. Denn theils war die Reformation ein unmittelbarer Angriff auf die politischen Verhältnisse, die bisher in und unter den Europäischen Staaten bestanden hatten, theils ereigneten oder entwickelten sich, gleichzeitig mit der Reformation, aber von ihr unabhängig, mehrere Begebenheiten, die schon für sich hingereicht haben würden, den politischen Zustand von Europa umzugestalten, und nun der Reformation einen noch ausgebreiteteren und mächtignern politischen Einfluß theils verliehen, theils verdankten. (z. B. das Steigen des Hauses Oesterreich, die Eifersucht zwischen Oesterreich und Frankreich, die Entdeckung von Amerika, u. s. w.) Auch diesmal waren es, bis zum Anfange des 18ten Jahrhunderts, fast nur die Europäischen Staaten deutschen Ursprungs, die auf dem Kampf-

platz erschienen. Der Slavische Völkerstamm konnte sich lange nicht von den Niederlagen erholen, die er theils im Mittelalter von den Deutschen, theils von den kriegerischen Völkern des Orients erlitten hatte, bis sich endlich im 18ten Jahrhunderte das Russische Reich drohend dem Germanischen Völkerbunde gegenüber stellte. — Das Resultat jenes Kampfes war das System des polititichen Gleichgewichts von Europa, ein System, das gerade das Gegentheil von dem hierarchischen war. Anstatt, daß das letztere die politische Welt den Gesetzen einer übersinnlichen Welt zu unterwerfen gesucht hatte, wurde jetzt das Gesetz der Ruhe in der Körperwelt auf das gegenseitige Verhältniß unter den Europäischen Staaten angewendet. Jedoch dieses System, das sich vielleicht am meisten durch Gemeinverständlichkeit in der Theorie, und durch Künstlichkeit in der Praxis empfahl, konnte von dem Augenblick an nicht weiter gerettet werden, als das Gleichgewicht, das bisher unter den Europäischen Staaten angeblich oder wirklich bestanden hatte, durch

die französische Revolution und ihre Folgen in seinen Grundfesten erschüttert wurde. Jetzt begann ein neuer Kampf in Europa, ähnlich demjenigen, den die Reformation herbeygeführt hatte. Aber der Widerstand, den das System des politischen Gleichgewichts der neuen Ordnung der Dinge entgegenstellte, scheint weder an Kraft noch an Dauer mit dem Widerstande verglichen werden zu können, den einst das politische System der Hierarchie geleistet hatte. Schon hat sich aus den Trümmern der Zerstörung ein Völkerbund erhoben, der fast das ganze südwestliche Europa umfaßt; ein Bund, für dessen Einheit und Fortdauer eben so sehr das wahre Interesse der einzelnen Bundesglieder, als Frankreichs Macht bürgt; ein Bund, dessen Wesen und Werth nur dann gehörig gewürdigt werden kann, wenn man ihn theils mit der Idee, die ihm zum Grunde liegt, theils mit ähnlichen Versuchen der Vorzeit vergleicht; endlich ein Bund, den man den germanischen nennen sollte, um das Band der Vereinigung unter den verbündeten Völkern durch die

Erinnerung an gemeinschaftliche Abstammung, fester und freundlicher zu machen *).

Schon was die Anerkennung des Rheinischen Bundes von Seiten anderer Staaten betrifft, ist die oben aufgestellte Eintheilung der Europäischen Staaten überhaupt von entscheidender Wichtigkeit. Von Seiten derjenigen Staaten, die unter Frankreichs Schutze stehen, bedurfte es überall nicht einer Anerkennung des Bundes. Denn dem Kayser der Franzosen bleibt, als Schutz- und Schirmherrn des Germanischen Völkervereines, die Aufnahme neuer Mitglie-

*) Einige französische Schriftsteller nennen diesen Bund: L'empire Français, und unterscheiden dieses von dem französischen Staatsgebiete — la France — in der engern Bedeutung. Dieser Sprachgebrauch scheint selbst in folgender Stelle der Darstellung der Lage Frankreichs, die im Jahr 1809 der gesetzgebenden Versammlung vorgelegt wurde, vorzukommen: Il eut sans doute été facile à la France, d'étendre ses limites au delà du Rhin; mais cette fleuve est la borne invariable des états immédiats de son Empire.“

der in diesen Verein billig überlassen, besonders so lange der Verein noch in der Periode seiner Bildung ist. Diesem Grundsatz gemäß ist keiner von diesen Staaten durch Frankreich aufgefordert worden, sich über die Anerkennung des Rheinischen Bundes besonders zu erklären; und eben so wenig haben es diese Staaten ihren Verhältnissen angemessen gefunden, aus eigener Bewegung eine ausdrückliche Erklärung über diesen Gegenstand zu thun. Wenn sie in den kaiserlich-französischen Titel den Zusatz: Protecteur de la Confédération du Rhin, aufnahmen, so war das nicht eine Handlung der Willkür, sondern eine rechtlich-nothwendige Folge von der Verbindung, in welcher sie mit Frankreich stehen.

In einem andern Verhältnisse stand und steht noch jetzt der Rheinische Bund zu den Staaten der zweyten Classe. In Ansehung dieser blieb es durchgängig bey der oben aufgestellten Regel des allgemeinen Völkerrechts. Von diesen Staaten mußte daher Frankreich die Anerkennung des Bundes zu erhalten suchen, wenn sie verpflicht-

tet seyn sollten, dem Bunde die Rechte einer
Gemeinheit und dem Kayser der Franzosen
den Titel und die Rechte eines Protector des
Bundes zuzugestehen. Von diesem Gesichts-
punct ist auch die französische Regierung
wirklich ausgegangen, indem sie z. B. in
dem Tilsiter Frieden mit Rußland und
Preussen die Anerkennung des Bundes durch
einen besondern Artikel in dem einen und
in dem andern Friedensvertrage bewirkt
hat *). Auch das ist in dieser Rücksicht
bemerkenswerth, daß der Kayser der Fran-
zosen den Titel eines Protector des Rhei-
nischen Bundes nicht eher unter seine übr-
igen Titel aufnahm, als bis die Schlacht bey
Jena die Existenz des Bundes gesichert
hatte **). Jedoch das rechtliche Verhältniß

*) Weiter unten wird von diesem Gegenstand aus-
führlicher gehandelt werden.

*) Die erste Urkunde, in welcher der Kayser
der Franzosen diesen Titel förmlich annahm,
war, meines Wissens, der Friedensvertrag
zwischen Frankreich und Preussen, vom 11.
Decbr. 1806.

des Bundes zu andern Staaten blieb nicht lange unentschieden. Gegenwärtig ist er von allen Europäischen Staaten der zweyten Classe, in so fern sie nicht mit Frankreich in Krieg verwickelt sind, theils förmlich, (von Rußland und Preussen,) theils durch die That, d. h. indem sie dem Kayser der Franzosen den Titel: Protector des Rheinischen Bundes, gaben, oder mit ihm in dieser Eigenschaft unterhandelten, (von Oesterreich und Dännemark*), und Schweden,) und zwar als eine unter Frankreichs Schutze bestehende Gesammtheit, anerkannt worden.

Der Zweck der Untersuchung, die bisher geführt worden ist, war der, die rechtliche Möglichkeit eines auswärtigen Bundesrechtes zu begründen. Das Resultat dieser Untersuchung ist, daß es ein solches

*) Ein förmlicher Vertrag über diesen Gegenstand ist zwischen Frankreich und Dännemark nicht geschlossen worden.

Recht gebe, da der Rheinische Bund, theils an sich in Beziehung auf das auswärtige Verhältniß als ein Ganzes existirt, theils in dieser Eigenschaft von den übrigen Europäischen Staaten, entweder zu Folge der Verbindung, in welcher sie mit Frankreich stehen, oder zu Folge besonderer Erklärungen, anerkannt wird. Die Aufgabe ist jetzt die, das auswärtige Recht des Rheinischen Bundes selbst darzustellen.

Um diese Aufgabe wissenschaftlich und ihrem ganzen Umfange nach zu beantworten, würde es nothwendig seyn, eine allgemeine Untersuchung über die auswärtigen Verhältnisse eines Staatenbundes überhaupt vorzuschicken, und sodann die einzelnen rechtlichen Verhältnisse des Rheinischen Bundes zu andern Staaten, dem Resultat jener Untersuchung gemäß, zu classificiren. Jedoch theils gehört diese Art, die Aufgabe zu behandeln, mehr für ein Handbuch über das Rheinische Bundesrecht, theils fehlt es noch zu sehr an positiven Bestimmungen, um ein jedes Fach der Wissenschaft auszufüllen. Ich werde daher nur zuörderst die Haupt-

resultate der erstern Untersuchung angeben, und sodann die auswärtigen rechtlichen Verhältnisse des Rheinischen Bundes, in so fern sie positiv bestimmt sind, nicht in einer wissenschaftlichen Ordnung, sondern nach der Verschiedenheit der Staaten, mit welchen jene Verhältnisse bestehen, aufzählen und zu erläutern suchen.

I. Ueber die auswärtigen rechtlichen Verhältnisse eines Staatenbundes im Allgemeinen.

Angenommen, dafs ein Staatenbund theils an sich, theils im Verhältnisse zu andern Staaten, vermöge eines mit denselben ausdrücklich oder stillschweigend geschlossenen Vertrages, als eine Gesamtheit (universitas) zu betrachten ist, so kann das Rechtsprincip, nach welchem das äussere Verhältnifs des Bundes im Allgemeinen beurtheilt werden mufs, so ausgedrückt werden: Ein Staatenbund hat in Beziehung auf andere Staaten dieselben Rechte

und Pflichten, die eine Person überhaupt gegen andere Personen hat, jedoch so, daß seine Rechte und Pflichten, ihrem Gegenstande nach, durch den Zweck des Bundes bestimmt werden. Denn dieses Princip ist das Princip des äussern Gemeinheitsrechtes überhaupt.

Es kann daher ein Staatenbund, unter jener Voraussetzung, mit andern Staaten auf die unter freyen Völkern übliche Weise — durch Gesandte, die der Bund oder dessen Repräsentant abschickt oder annimmt — in Verkehr und Verbindung treten. Er kann Achtung für die Verfassung, die er sich gegeben hat, Achtung für den Willen der Gesammtheit, in so fern diesem alle an sich rechtmässigen Mittel zur Erreichung des Zwecks der Verbindung zu Gebote stehen, von jenen Staaten fordern. Die Verträge, die der Bund mit andern Staaten schließt, sind durchgängig nach den Grundsätzen, die von Verträgen unter freyen Völkern überhaupt gelten, zu beurtheilen. Wenn der Bund den einzelnen Mitgliedern — allen oder einigen — gewisse Rechte

einräumt, so ist zu unterscheiden, ob sich diese Rechte nur auf die gegenseitigen Verhältnisse unter den Bundesgliedern, oder zugleich auf das Verhältniß der Verbündeten zu andern Staaten (wie z. B. Ehrennamen) beziehen. Im erstern Falle versteht es sich von selbst, daß es zur Gültigkeit dieser Rechte keiner besondern Anerkennung von Seiten anderer Staaten bedarf. Im zweyten Fall hingegen kann die allgemeine Anerkennung des Bundes nur in so fern auch auf die durch den Bundesvertrag den einzelnen Mitgliedern beygelegten Rechte erstreckt werden, als diese Rechte eine schlechthin nothwendige Folge von dem Zweck oder der Verfassung des Bundes sind. Ausserdem aber und im Zweifel ist eine unmittelbare und ausdrückliche Bewilligung dieser Rechte die Bedingung, unter welcher sie allein gegen einen Dritten geltend gemacht werden können.

Auf der andern Seite hat ein Staatenbund gegen alle andere Staaten, die nicht Mitglieder des Bundes sind, dieselben Pflichten zu beobachten, die ein freyes Volk

gegen das andere auf sich hat. Ist aber ein gegenseitiges Schutz- und Trutzbündniß und die Vertragung der unter den Bundesgliedern entstehenden Streitigkeiten der Zweck des Bundes, so wird ihm noch insbesondere die Verbindlichkeit obliegen, zur Aufnahme neuer Mitglieder die Hand zu bieten*), in so fern er nicht fürchten muß, durch diese Aufnahme die Erreichbarkeit seines Zweckes zu gefährden. Er darf, mit andern Worten, nicht die Beziehung vergessen, in welcher sein Zweck und das Ideal eines allgemeinen Friedenszustandes unter den Völkern des Erdbodens steht.

II. Ueber die auswärtigen rechtlichen Verhältnisse des Rheinischen Bundes, in so fern sie positiv bestimmt sind.

1. Zu den übrigen Staaten des Germanischen Völkervereins.

So unbestimmt auch gegenwärtig noch die Verfassung des Völkervereines ist, den

*) Vgl. die Rheinische Bundesacte, Art. 39.

ich den Germanischen zu nennen gewagt habe, so läßt sich doch über das Verhältniß, in welchem der Rheinische Bund zu diesem Verein, als ein Theil des Ganzen, steht, schon jetzt der Grundsatz aufstellen: Das Schutz- und Trutzbündniß, das zwischen Frankreich und dem Rheinischen Bunde besteht, erstreckt sich mittelbar auch auf die übrigen unter Frankreichs Schutze vereinigten Staaten. Denn da die Rheinischen Bundesstaaten und die übrigen Mitglieder jenes Vereines, ein jeder Theil für sich, mit Frankreich zur Vertheidigung und zum Angriffe verbunden sind, so sind sie es auch unter sich.

Die Folgen, die sich aus diesem Grundsatz ergeben, will ich hier nicht der Reihe nach anführen. Indem die Rheinische Bundesacte die gegenseitigen Pflichten der Verbündeten bestimmt, bestimmt sie zugleich mittelbar die Pflichten des Bundes gegen die übrigen unter Frankreichs Schutze vereinigten Staaten. Die Pflichten hingegen, die den letztern gegen den Rheinischen Bund

obliegen, sind keine andere, als welche sie gegen Frankreich auf sich haben. Die Quellen, aus welchen diese Pflichten abzuleiten sind: Das kayserlich-französische Familienstatut, die Constitutionen der einzelnen Staaten, die Bündnisse zwischen ihnen (z. B. der Schweiz) und zwischen Frankreich, die Friedensverträge, die Frankreich im Namen dieser Staaten geschlossen hat, (die Tilsiter Friedensverträge und der Wiener Friede vom Jahr 1809.) — sind mittelbar auch Quellen des auswärtigen Rheinischen Bundesrechtes. Jedoch ich will hier um so weniger den Versuch machen, die Verhältnisse jener Staaten zu Frankreich aus diesen Urkunden zu entwickeln; da sie doch nur Bruchstücke und Andeutungen enthalten, deren Ergänzung und Auslegung von der — vielleicht nahen — Zukunft zu erwarten ist.

Die practische Wichtigkeit des obigen Grundsatzes haben besonders die neuesten Ereignisse in Spanien ins Licht gesetzt. Kaum hatte der Kayser der Franzosen seinen Bruder, den bisherigen König von Neapel,

zum Könige von Spanien erklärt, und so dieses Reich mit dem unter Frankreichs Leitung stehenden Staaten-Vereine fester und genauer verbunden, als ein Aufstand, der unerwartet in Spanien ausbrach, den neuen König nöthigte, seine Krone durch die Gewalt der Waffen zu vertheidigen. Die Mitglieder des Rheinischen Bundes wurden jetzt, in Gemäfsheit jenes Grundsatzes, von Frankreich aufgefordert, ihre Truppen zu den französischen Heeren stossen zu lassen, und zur Unterdrückung des Aufstandes, der sich bald über ganz Spanien verbreitete, mitzuwirken. Betrachtet man diese Aufforderung blofs aus dem Gesichtspuncte des Rechts — und nur dieser Gesichtspunct gehört für die vorliegende Abhandlung — so kann man gegen die Anwendbarkeit des mehrerwähnten Grundsatzes auf den vorliegenden Fall einen doppelten Zweifel aufwerfen: 1) Ob der casus foederis auch dann eintrete, wenn ein Souverän durch einen Aufstand seiner Unterthanen genöthigt wird, die Waffen gegen sie zu ergreifen? und da, wenn man diese

Frage verneinend beantworten wollte, in dem vorliegenden Fall ein Englisches Heer den Spanischen Insurgenten zur Hülfe gekommen war, und mithin der bundesmässige Beystand auch aus diesem Grunde von Frankreich verlangt werden konnte; ob 2) die Stelle der Rheinischen Bundesnote: *Il y aura entre l'Empire Français et les Etats confédérés du Rhin, collectivement et séparément, une alliance, en vertu de laquelle toute guerre continentale, que l'une des parties contractantes aurait à soutenir, deviendra immédiatement commune à toutes les autres; (Artikel 36.)* — auch von dem Falle zu verstehen sey, wenn eine Seemacht (wie, in dem vorliegenden Fall, England,) auf dem festen Lande von Europa, in Frankreich oder in einem mit Frankreich verbündeten Staat eine Landung unternimmt oder ausführt? — Man sieht leicht, dafs die eine und die andere Frage auch für das innere Bundesrecht, — für das wechselseitige Verhältnifs der verbündeten Souveräne, — von der grössten Wichtigkeit ist. Denn die erstere Frage läfst

sich in dieser Beziehung auch so ausdrücken: Ist der Rheinische Bund zugleich eine wechselseitige Garantie für die Verfassung der verbündeten Staaten gegen innere Feinde? Der Fall aber, auf welchen sich die zweyte Frage bezieht, kann auch auf dem französischen Staatsgebiet und auch innerhalb der Gränzen des Rheinischen Bundes eintreten, da beyde, Frankreich und Deutschland, an die See gränzen, und den Flotten Englands so viele Landungsplätze darbieten. Und in der That hat er sich schon mehr als einmal ereignet. — Die Beantwortung der ersten Frage hat allerdings ihre Schwierigkeiten. Auf der einen Seite läßt sich anführen, daß sich der Zweck des Rheinischen Bundes, so wie dieser Zweck in der Rheinischen Bundesacte ausgedrückt ist, nur auf die auswärtigen Verhältnisse der verbündeten Staaten bezieht, ein Vertrag aber, wodurch für die Verfassung eines Staates Gewähr geleistet wird, als unvereinbar mit der Selbstständigkeit des Staates, im Zweifel nicht vermuthet werden kann. Auf der andern Seite

kann man sich auf den genauen Zusammenhang berufen, der jederzeit zwischen den innern und äussern Verhältnissen eines Staates eintritt. Ohne mir ein entscheidendes Urtheil über diese Streitfrage anzumassen, will ich nur noch an den Aufstand in Tyrol erinnern, der zur Erläuterung der vorliegenden Aufgabe auf mehr als eine Weise benutzt werden kann *). — Die zweyte Frage scheint, schon den Worten des 36. Art. der Rheinischen Bundesacte nach, bejahend beantwortet werden zu müssen. Denn dieser Artikel unterscheidet nicht zwischen einem Kriege, der mit einer Land- und der mit einer Seemacht, sondern zwischen einem Kriege, der zu Land und der zur See geführt wird.

Jedoch diese und andere Fragen, die man noch über die äussern Verhältnisse des Rheinischen Bundes, als eines Theiles von dem unter Frankreichs Schutze stehenden Völkerverein, aufwerfen kann, werden dereinst durch die allgemeinen Bundesgesetze ihre Erledigung erhalten, die der

*) Vgl. den Wiener Friedensschluss, Art. 10.

Stifter dieses Vereines selbst feyerlich angekündigt hat. In einem Schreiben vom 12. Januar 1806, das Napoléon wegen der Adoption des Viceköniges von Italien an den Senat erliefs, kommt über diesen Gegenstand folgende denkwürdige Stelle vor: „Wir behalten Uns vor, durch weitere Verfügungen die Bande zu bestimmen, die Unserem Willen gemäß, nach Uns alle Föderativ-Staaten des französischen Reichs umschlingen sollen. Da die verschiedenen Theile, unter einander unabhängig, ein gemeinschaftliches Interesse haben, so muß sie auch ein gemeinschaftliches Band vereinigen.“ Erst dann, wenn diese Verheissung in Erfüllung geht, dürfte auch der Rheinische Bund seine endliche Organisa-

*) Vielleicht auch ganz, als ein besonderer Bund zu existiren aufhören. — In einer nahen Verbindung mit der endlichen Organisation des französischen Föderativsystemes scheint das Senatusconsult, v. 17. Febr. 1810, zu stehen, durch welches festgesetzt wird, daß der Kayser der Franzosen, nachdem er als solcher die Krone auf sein Haupt gesetzt hat, auch in Rom gekrönt worden, und der Thron-

tion erhalten *). Erst dann dürften so manche Wünsche und Hoffnungen in Erfüllung gehen denen man sich um so lieber hingiebt, je grösser die Schuld ist, die die Zukunft der Gegenwart zu bezahlen hat.

2. Zu den übrigen Europäischen Staaten.

Von Seiten Oesterreichs wurde der Rheinische Bund bereits in der Erklärung vom 6. August 1806 anerkannt, durch welche der bisherige Kayser von Deutschland, FRANZ II. auf diese Kayserkrone Verzicht leistete *). Jedoch der Krieg, der im Jahr

folger den Titel eines Römischen Königes (Roi de Rome,) führen soll. (Der Titel, den der Kayser vermöge dieser Krönung führen wird, ist in dem Senatusconsult nicht genannt.) Auch gehören hieher die Artikel dieses Senatusconsultes, wodurch die Verhältnisse des Papstes näher bestimmt werden.

*) Ein förmlicher Vertrag scheint zwischen Frankreich und Oesterreich über diesen Gegenstand nicht geschlossen worden zu seyn. — Wenigstens geschah in den amtlichen Schriften, die

1809 zwischen Frankreich und Oesterreich ausbrach, galt auch der Existenz des Rheinischen Bundes*). Die Ereignisse und Resultate dieses Krieges sind uns allen noch in frischem Andenken. Der Wiener Friede vom 14. October 1809 enthält nicht nur, da er von dem Kayser der Franzosen auch in der Eigenschaft eines Protector des Rheinischen Bundes, und im Namen der Mitglieder dieses Bundes geschlossen wurde, (Art. I. II.) eine Erneuerung jenes Anerkennnisses**), sondern auch mehrere besondere

von beyden Mächten, beym Ausbruche des Krieges. im Jahr 1809, bekannt gemacht wurden, nirgends Erwähnung von einem solchen Vertrage.

*) Vgl. das Oesterreichische Kriegs-Manifest. „Das Schicksal der Umgebungen Oesterreichs, besonders aber Deutschlands und Italiens, kann und darf die Oesterreichische Regierung nicht in sorgloser Gleichgültigkeit betrachten.“
U. s. w.

**) Jedoch ist es bemerkenswerth, dafs der Friedensschluß keinen Artikel enthält, der dieses Anerkennniß förmlich bestätigte, ungeachtet

Bestimmungen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die Pflichten und Rechte der verbündeten Souveräne beziehen.

Zu diesen Bestimmungen gehört: 1) die Abtretung mehrerer Theile des Oesterreichischen Gebiets zum Vortheile des Rheinischen Bundes oder einzelner Mitglieder desselben. — In dem dritten Artikel des Friedensschlusses §. 1. überläßt der Kayser von Oesterreich die Länder Salzburg und Berchtoldsgaden, das Innviertel und einen Theil von Oesterreich ob der Ens dem Kayser der Franzosen, „pour faire partie de la Confédération du Rhin et en être disposé en faveur des souverains de la Confédération.“ — In demselben Artikel §. 3. tritt der Kayser von Oesterreich einige zu Böhmen gehörige und von dem Sächsischen Gebiet eingeschlossene Ortschaften an den König von Sachsen ab. — Endlich

es im 15. Art. so lautet: „S. M. l'Empereur d'Autriche reconnaît tous les changemens survenus, ou qui pourraient survenir en Espagne, en Portugal et en Italie.

im 4. Artikel leistet der Kayser von Oesterreich im Namen des Erzherzogs ANTON auf das Großmeisterthum des deutschen Ordens Verzicht, und erkennt die Verfügungen an, die durch ein kayserlich-französisches Decret, vom 24. April 1809, über die Besitzungen dieses Ordens getroffen worden waren*).

Der Wiener Friede enthält 2) mehrere Stipulationen, wodurch die Folgen und Bedingungen jener Abtretungen genauer bestimmt werden. Diese Stipulationen sind wieder von doppelter Art. a) Einige beziehen sich auf alle und jede in dem Frieden geschehene Abtretungen. Dahin gehört der Grundsatz, den der 3. Artikel im Eingang aufstellt, daß eine jede Abtretung eines Landes oder Theiles der Oesterreichischen Monarchie ohne allen Vorbehalt geschehe; ferner das, was der 5. Artikel über die Schulden, die auf den abgetretenen Ländern haften**), der 8te über die Urkun-

*) Vgl. die Zeitschrift: Der Rheinische Bund, im 33. und 37. Hefte.

**) „Les dettes hypothéquées sur le sol des pro-

den, Charten und Plane, die sich auf diese

vinces cédées et consenties, par les Etats de ces provinces, ou résultant des dépenses faites pour leur administration, suivront seule le sort de ces provinces.“ — Der 10. Art. des Friedens von Campo-Formio sagt: „Les pays cédés, acquis ou échangés par le présent traité porteront à ceux, auxquels ils demeureront, les dettes hypothéqués sur leur sol;“ (Vgl. Art. 4. desselben Frieden;) und der 8. Art. des Lüneviller Friedens: „Attendu les difficultés, qui sont survenues à cet égard, sur l'interprétation des articles IV. et X. du traité de Campo-Formio, il est expressément entendu, que la République Française ne prend à sa charge que les dettes résultantes d'emprunts formellement consentis par les états des pays cédés ou des dépenses faites pour l'administration effective des dits pays.“ So wie der leztere Artikel schon für sich den 5. Art. des Wiener Friedens in so fern erläutert, als er genauer bestimmt, was unter hypothekarischen Schulden zu verstehen sey, so können auch die Rastadter Friedensunterhandlungen und die Protocolle der Reichsdeputation, die zu Folge des Lüneviller Friedens bestellt wurden, zur Erläuterung jenes Artikels benutzt werden.

Länder beziehen, der 10te über das Recht der Auswanderung, das den Einwohnern der abgetretenen Länder ausdrücklich zugesichert wird *), und der 11te über die Bestimmung der Grenzen dieser Länder festsetzt. b) Andere beziehen sich ausschliessend auf diejenigen Abtretungen, die in dem Frieden zu Gunsten des Rheinischen

— In dem Tilsiter Frieden zwischen Frankreich und Preussen ist dieser Gegenstand auf eine andere Weise bestimmt worden. Vgl. Art. 24. dieses Friedens.

*) Dieser Art. ist in so fern merkwürdig, als er in keinem andern Friedensvertrage, den Frankreich in neuern Zeiten geschlossen hat, vorkommt. Aehnliche Stipulationen enthält jedoch der Friede von Campo-Formio, Art. 16. der Tilsiter Friede mit Preussen, Art. 22. 23. der Tilsiter Friede mit Russland, Art. 10. Man kann mit dem 10. Art. des Wiener Friedens dasjenige vergleichen, was der Westphälische Friede, Art. V. §. 36. 37. 39. über das Auswanderungsrecht der Unterthanen festsetzt; — eine Vergleichung, die die Verschiedenheit des damaligen Zeitgeistes von dem gegenwärtigen (oder die Aehnlichkeit zwischen damals und jetzt?) in einem recht auffallenden Beispiele zeigt.

Bundes oder einzelner Mitglieder desselben geschehen sind. Dahin gehört der Vorbehalt, daß dem Kayser von Oesterreich in dem von ihm abgetretenen Theile des Landes ob der Enns das Cameraleigenthum über die in der Herrschaft Mondsee gelegenen Waldungen verbleiben soll *). Art. III §. I. Ferner der Satz im IV. Artikel, daß die Beamten des deutschen Ordens Pensionen erhalten sollen: „Il sera accordé des pensions aux employés de l'Ordre **).“ Da

*) Zum Behufe der Oesterreichischen Salinen. Vgl. Statistische Bemerkungen über den Wiener Friedensschluss, von CROME. In der Zeitschrift: Germania. III. B. 2. H. S. 356.

*) Der Mitglieder des Ordens gedenkt der Friedensvertrag nicht. Das kaiserliche Decret, vom 24. April 1809, wodurch der deutsche Orden aufgehoben wurde, setzt im 3. Art folgendes fest: „Les princes, ou domaine desquels lesdits biens auront été réunis accorderont des pensions à ceux de leurs sujets, qui en jouissaient en qualité de membres des l'ordre. Sont spécialement exceptés de la présente disposition ceux desdits sujets, membres de l'ordre, qui auront porté les armes pendant la guerre actuelle

sich der Artikel nicht darüber erklärt, von wem diese Pensionen entrichtet werden sollen, so wird das Subject der Verbindlichkeit nach dem allgemeinen Grundsatz zu bestimmen seyn, der auch in der Rheinischen Bundesacte (Art. 32.) in einem ganz ähnlichen Falle befolgt worden ist, daß der Souverän, dem die Besitzungen zufallen, für die Beamten und Diener, die zur Ver-

soit contre nous, soit contre les états de la Confédération, ou qui seront restés en Autriche depuis la déclaration de guerre.“ (Vgl. Art. 33. der Rheinischen Bundesacte.) Der erste Satz scheint die in Frage stehende Verbindlichkeit der Souveräne des Rheinischen Bundes auf die Unterthanen eines jeden einzelnen Souveränes einzuschränken. Gleichwohl dürfte der Satz von allen und jedem Ordensgliedern zu verstehen seyn, die nicht unter die im 2ten Satz enthaltene Ausnahme gehören. Denn der 2te Satz nennt die in Oesterreichischen Diensten stehenden Ordensglieder ebenfalls Unterthanen der verbündeten Souveräne, obwohl beyde Eigenschaften in der Regel unvereinbar sind. Auch der 33. Art. der Rheinischen Bundesacte, der ganz allgemein gefaßt ist, kann für diese Meinung angeführt werden.

waltung dieser Besitzungen angestellt sind, verhältnißmässig zu sorgen hat. Freylich können bey der Anwendung dieses Grundsatzes auf den vorliegenden Fall um deswillen Schwierigkeiten eintreten, weil z. B. die Geschäfte der Ordensregierung zu Mergentheim sich nicht bloß auf das Fürstenthum Mergentheim beschränkten, sondern über sämtliche Ordensgüter erstreckten, die nicht zu jenem Fürstenthume gehörigen Ordensgüter aber ihrer Lage nach verschiedenen Souveränen anheim gefallen sind. Jedoch ist von der Gemüthsbilligkeit der betheiligten Souveräne zu erwarten, daß sie diese Schwierigkeiten entweder umgehen, oder durch eine gütliche Uebereinkunft baldigst beseitigen werden.

Endlich 3) im 14. Artikel des Friedens, garantirt der Kayser der Franzosen dem Kayser von Oesterreich die Integrität des Oesterreichischen Staatsgebietes; und diese Garantie ist um so mehr auch als von dem Rheinischen Bunde geleistet zu betrachten, da der Kayser der Franzosen diese Verbindlichkeit ausdrücklich als Protector des Rhei-

nischen Bundes eingegangen ist. Die Worte des Artikels sind: „S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération du Rhin, garantit l'intégrité des possessions de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi d'Hongrie et de Bohême, dans l'état où elles se trouvent d'après le présent traité.“

Von Seiten Rußlands wurde der Rheinische Bund zuerst in dem Tilsiter Frieden (unterzeichnet den 7. ratificirt den 9. July 1809) und zwar durch mehrere auf diesen Zweck ausdrücklich gerichtete Stipulationen anerkannt. Die Hauptstelle ist der 15. Artikel *): „S. M. l'Empereur de toutes les Russies reconnaît pareillement la Con-

*) Mit diesem Art. ist noch der 18. (den König von Westphalen betr.) der 19. und 20. Art. (die Verfügung über die von Preussen abgetretenen Länder betr.) zu verbinden,

fédération du Rhin, l'état actuel de possession de chacun des souverains qui la composent, et les titres donnés à plusieurs d'entr'eux, soit par l'acte de Confédération, soit par les traités d'accession subséquens. Sa dite Majesté promet de reconnaître, sur les notifications qui lui seront faites de la part de S. M. l'Empereur NAPOLEON *), les souverains qui deviendront ultérieurement membres de la Confédération, en la qualité qui leur sera donnée par les actes qui les y feront entrer.“ Dieses Anerkenntniss des Bundes von Seiten Russlands ist in rechtlicher Rücksicht hauptsächlich in so fern merkwürdig, als es nicht bloß allgemein gefaßt, sondern zugleich auf einige besonders namhaft gemachte Punkte gerichtet ist. Diese besondere Stipulationen beziehen sich auf solche Einrichtungen, deren

*) Die Worte: sur les notif. bis: NAPOLEON — kommen in dem 4. Art. des Friedensvertrages mit Preussen, welcher Art. übrigens mit dem 15. Art. des Russischen Friedens durchgängig übereinstimmt, nicht vor.

Genehmigung aus einer allgemeinen Anerkennung des Bundes, zu Folge des oben aufgestellten Grundsatzes, nicht gefolgert werden konnte.

Der Tilsiter Friede zwischen Frankreich und Rußland wurde zugleich in einem andern Artikel (dem 17.) ausdrücklich auf die Staaten des Rheinischen Bundes, als die Aliirten Frankreichs, ausgedehnt; eine Ausdehnung, die er schon dadurch von Rechts wegen erhielt, daß er, wie der kaiserlich-französische Titel im Eingange des Friedens zeigt, von dem Kayser der Franzosen auch in der Eigenschaft eines Protector des Rheinischen Bundes geschlossen wurde *).

Endlich greift jener Friede noch in so fern in die auswärtigen rechtlichen Ver-

*) Aus den beyden Tilsiter Friedensschlüssen, aus dem Wiener Frieden, und aus dem Friedensvertrage zwischen Frankreich und Schweden ergiebt sich jedoch das Gewohnheitsrecht, daß der Rheinische Bund durch eine förmliche Stipulation in die Friedensverträge, die Frankreich unterzeichnet, eingeschlossen wird.

hältnisse des Rheinischen Bundes ein, als in demselben Frankreich und Rußland einander gegenseitig die Integrität ihres Staatsgebietes und der Besitzungen ihrer in den Friedensvertrag eingeschlossenen Bundesgenossen garantiren. (Art. 25. *)) Denn unter die Bundesgenossen, die von französischer Seite in den Frieden eingeschlossen wurden, sind auch die Staaten des Rheinischen Bundes. — Man wird sich bey dieser Garantie einer andern erinnern, die Rußland für die Verfassung des deutschen Reiches geleistet hatte, oder doch geleistet zu haben behauptete **). Jedoch die Garantie, die der

*) In dem Preussischen Frieden kommt diese Stipulation nicht vor. Eben so bemerkenswerth ist der Unterschied, der zwischen dieser Garantie und der im Wiener Frieden enthaltenen eintritt.

**) Die Behauptung Rußlands gründete sich darauf, daß es den Teschener Frieden garantirt hatte, in diesem aber der Westphälische Friede ausdrücklich bestätigt worden war. Vgl. LEISTS Lehrbuch des deutschen Staatsrechts. §. 19. —

Tilsiter Friede enthält, ist von jener ältern darin wesentlich verschieden, daß sie nicht die Verfassung des Rheinischen Bundes oder der einzelnen verbündeten Staaten, sondern nur die Integrität des Gebietes dieser Staaten zum Gegenstand hat. Man hat in den neuesten Zeiten von Seiten Frankreichs zwar oft die Garantie des Gebietes, aber nie die Garantie der Verfassung, in einem Friedensvertrage bewilliget, oder gegenseitig bedungen. Garantien der letztern Art sind eben so wenig mit den Grundsätzen des Rechts, als, wie schon die Geschichte des deutschen Reiches satksam bewährt, mit der Politik vereinbar.

Preussen hatte den Rheinischen Bund, bald nach der Epoche seiner Entstehung,

Bey den Verhandlungen und Veränderungen, die zu Folge des Lüneviller Friedens im deutschen Reiche statt hatten, trat Rußland nur als eine vermittelnde Macht auf. —

zwar nicht durch einen förmlichen Vertrag, wohl aber durch mehrere amtliche Erklärungen, und durch die That anerkannt *). Jedoch in dem Preussischen Kriegsmanifest, vom Jahr 1806, wurde der französischen Regierung auch die Auflösung der deutschen Reichsverfassung und die Stiftung des Rheinischen Bundes als eine völkerrechtswidrige Handlung vorgehalten, [ungeachtet Preussen selbst eingestanden, den Plan zu Errichtung eines Norddeutschen Bundes betrieben zu haben, einen Plan, dessen Keime schon in der durch den Baseler Frieden gezogenen Demarcationslinie lagen. Das Waffenglück entschied schnell und unwi-

*) Vgl. die bey dem Ausbruche des Krieges zwischen Frankreich und Preussen, im Jahr 1806, erschienenen Staatsschriften: den Bericht des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, vom 3. October 1806, die Note des Preussischen Gesandten am französischen Hofe, vom 1. Oct. 1806, und das Preussische Kriegsmanifest. (Man findet diese Schriften unter andern in der Zeitschrift: Der Rheinische Bund, II. Heft.)

derruflich gegen Preussen. Nur der Verbindung mit Rußland verdankte die Monarchie ihre Fortdauer; zu der Höhe, auf welcher sie vor dem Kriege gestanden hatte, konnte sie sich nicht wieder erheben. So wurde der Tilsiter Friede zwischen Frankreich und Preussen geschlossen. (Unterzeichnet den 9. ratificirt den 12. July.)

Dieser Friede, die Basis der rechtlichen Verhältnisse, zwischen Preussen und dem Rheinischen Bund, enthält zuvörderst eine förmliche Anerkennung dieses Bundes. Artikel 4. *). Zugleich wurde der Friede ausdrücklich auf die Souveräne des Rheinischen Bundes, als die Alliirten Frankreichs, ausgedehnt. Art. 5. Der Kayser der Franzosen, der den Frieden im Namen dieser Souveräne unterhandelt und geschlossen hatte, führt auch in diesem Friedensinstrument den Titel: Protector des Rheinischen Bundes.

*) Vgl. oben S. 162. — Der 6. 8. und 9. Art. stimmen mit dem 18. 19. und 20. Art. des Russischen Friedens (ausgenommen was die Notificationen betrifft) überein.

Preussen tritt in dem 7. Artikel des Friedens alle Länder, die es vor dem Kriege zwischen der Elbe und dem Rheine besessen hatte, an Frankreich ab, und genehmiget im Voraus die Verfügungen, die der Kayser der Franzosen über diese Länder zu treffen für gut finden werde. Art. 8. 9. Diese Cession, deren Bedingungen durch den 24. 25. und 26. Artikel genauer bestimmt werden, ist zwar nicht ausdrücklich so gefasst, daß sie zu Gunsten des Rheinischen Bundes geschehe; jedoch ist es aus andern Gründen nicht zweifelhaft, daß man sie in diesem Sinne zu verstehen habe. — Von den übrigen Cessionen, die Preussen in dem Tilsiter Frieden machte, ist hier nur noch die Abtretung von Kotbus und Pritz an den König von Sachsen zu erwähnen. Art. 12. *).

Eine andere, für das auswärtige Verhältniß der Rheinischen Bundesstaaten höchst wichtige Bedingung enthält der 10. Artikel des Friedens: „S. M. le Roi de

*) Vgl. Posener Friede zwischen Frankreich und Sachsen. Rhein. Bund, III. H. S. 468.

Prusse, pour lui, ses héritiers et successeurs, renonce à tout droit actuel ou éventuel qu'il pourrait avoir ou prétendre: 1^o. Sur tous les territoires sans exception situés entre le Rhin et l'Elbe, et autres que ceux désignés en l'article VII*); 2^o. Sur celles des possessions de S. M. le Roi de Saxe et de la maison d'Anhalt qui se trouvent à la droite de l'Elbe. Réciproquement tout droit actuel ou éventuel et toute prétention des Etats compris entre l'Elbe et le Rhin sur les possessions de S. M. le Roi de Prusse, telles qu'elles seront en conséquence du présent traité, sont et demeureront éteints

*) Im Rheinischen Bunde, H. IX. S. 421. wird die Stelle unrichtig so übersetzt: „Auf alle Gebiete ohne Ausnahme, die zwischen dem Rheine und der Elbe liegen und auf alle andere, die nicht im 7. Art. angeführt sind.“ Der Sinn ist vielmehr: Der K. v. P. leistet Verzicht auf alle und jede Länder zwischen dem Rhein und der Elbe, wenn sie auch nicht zu denjenigen gehören, die er an Frankreich im 7. Art. des Friedens abgetreten hatte.

à perpétuité.“ Die Rheinische Bundesacte enthält im 34. Artikel eine ähnliche Stelle: „Les Rois, Grand-Ducs, Ducs et Princes confédérés renoncent, chacun d'eux pour soi, ses heritiers et successeurs, à tout droit actuel qu'ils pourraient avoir ou prétendre sur les possessions des autres membres de la confédération*), telles qu'elles sont et telles qu'elles doivent être en conséquence du présent traité; les droits éventuels de succession demeurant seuls réservés“ etc. Jedoch unterscheiden sich beyde Stellen von einander darin, daß die Verzichtleistung, die der Tilsiter Friede enthält, auf alle und jede Rechte, sie mögen schon gegenwärtig oder erst in Zukunft ausgeübt werden können, gerichtet ist, anstatt daß die Rheinische Bundesacte die eventuellen Successions-

*) In der von WINKOPP besorgten Ausgabe der Rheinischen Bundesacte (Erkf. a. M. 1808) kommt hier ein bedeutender Druckfehler vor. Denn die obige Stelle lautet in jener Ausgabe so: à tout droit actuel qu'il pourrait avoir ou prétendre sur les membres de la confédération, telles etc.

rechte von der Verzichtleistung ausnimmt *). — Bekanntlich hat man über den wahren Sinn des 34. Artikels der Rheinischen Bundesacte mehr als eine Streitfrage aufgeworfen; und die Untersuchungen, die deshalb angestellt worden sind, können allerdings auch bey der Erläuterung des 10. Artikels des Tilsiter Friedens benutzt werden. Mir scheint jedoch der Sinn der einen und der andern Verzichtleistung nicht zweifelhaft zu seyn, sobald man nur den Zweck derselben — einer jeden Veranlassung zu einem Kriege vorzubeugen, und der Souveränität die ihr gebührende Selbstständigkeit zu sichern, — fest ins Auge faßt. Diesem Princip gemäß, kann man aus den angeführten Artikeln der Rheinischen Bundesacte und

*) Die Rheinische Bundesacte sagt keinesweges: Alle eventuelle Rechte sind von der Verzichtleistung ausgenommen; sondern: Die eventuellen Successionsrechte bleiben von verbündeten Fürsten allein gegenseitig vorbehalten. Die übrigen eventuellen Rechte sind also ebenfalls als unter dem Verzichte begriffen zu betrachten,

des Tilsiter Friedens folgende Grundsätze ableiten: 1) Ein jeder Anspruch, den der eine verzichtleistende Theil auf den Besitz des Staatsgebietes seines Mitpaciscenten oder auf die Ausübung eines Hoheitsrechtes in diesem Gebiete, jetzt oder in Zukunft, machen könnte, wird durch jenen Verzicht schlechthin und in dem Grade für ungültig erklärt, daß er selbst nicht durch einen neuen Vertrag wiederhergestellt werden kann. (Nur, was die in der Rheinischen Bundesacte enthaltene Verzichtleistung betrifft, leidet diese Regel eine zweyfache Ausnahme. Vgl. Art. 34. und 8. dieser Acte.) 2) Dieser Grundsatz ist auf die Ansprüche der einen und der andern Art auch in so fern anwendbar, als sie einem Unterthan des einen oder des andern Souveränes zustehen. 3) Wenn der Souverän, der den Verzicht geleistet hat, oder wenn ein Unterthan eines solchen Souveränes in dem Gebiet eines andern Souveränes, zu dessen Gunsten der Verzicht geleistet worden ist, gewisse Privatrechte erworben hat, (oder in Zukunft erwerben sollte,) so sind zwar

diese Rechte mit jenem Verzicht nicht schlechthin unvereinbar; jedoch sind beyde, der Souverän und dessen Unterthanen, in so fern schlechthin der Souveränität desjenigen Fürsten unterworfen, in dessen Gebiete sich der Gegenstand dieser Rechte befindet, so, daß der Souverän, der den Verzicht geleistet hat, selbst dann, wenn jene Rechte geschmälert oder ganz aufgehoben werden sollten, nicht in der Eigenschaft eines Souveränes darüber Beschwerde führen, d. h. nicht eine Ursache zu Feindseligkeiten daher entlehnen kann*).

Eine mit dem Inhalte des 10. Artikels des Tilsiter Friedens sehr nahe verwandte

*) Als der Prinz MURAT zum Könige von Neapel ernannt wurde, kaufte ihm der Kayser die Güter ab, die der Prinz bisher in Frankreich besessen hatte; weil es bedenklich sey, wenn ein auswärtiger Souverän Grundstücke in Frankreich besitze. — Uebrigens versteht es sich von selbst, daß der im Text aufgestellte Satz nicht auf die Güter auszudehnen ist, die der Souverän in einem von ihm abgetretenen Lande besaß.

Stipulation enthält der 11. Artikel desselben Vertrages: „Tous pactes, conventions ou traités d'alliance patens ou secrets, qui auraient pu être conclus entre la Prusse et aucun des Etats situés à la gauche de l'Elbe, et que la guerre présente n'aurait point rompus, demeureront sans effet et seront réputés nuls et non avenus.“ Es stellt also der Artikel zwey Hauptsätze auf: 1) Alle und jede Verträge, (tous pactes, conventions,) und 2) insbesondere die Bündnisse zum Angriffe oder zur Vertheidigung, (traités d'alliance,) die vor dem Kriege zwischen den in dem Artikel bezeichneten Mächten bestanden, sollen weder für den einen, noch für den andern Theil in Zukunft verpflichtend seyn*).

*) Man könnte einwenden, daß der Beysatz: d'alliance, auch auf die ersten beyden Worte — pactes, conventions, — zu beziehen sey. Allein 1) man sagt im Französischen nicht: un pacte d'alliance etc. sondern nur: un traité d'alliance; 2) werden in dem Art. die traités d'alliance durch die Partikel: ou, von den pactes et conventions unterschieden.

Der zweyte Satz ist seinem Grund und seinem Inhalte nach schon für sich verständlich *). Hingegen der erste Satz kann auf eine doppelte Weise ausgelegt werden. Man kann ihn a) mit dem 10. Artikel in Verbindung setzen, so dafs man ihn auf diejenigen Verträge beschränkt, wodurch das eine oder das andere von den, in diesem Artikel erwähnten Rechten bestellt oder bestätigt worden ist. Unter dieser Voraussetzung wird der Sinn des Satzes der seyn: Die Rechte, die der 10. Artikel — schlechthin oder bedingt — für ungültig erklärt, können auch nicht aus dem Grund in Anspruch genommen werden, dafs sie auf einem Staatsvertrage beruhen **). Hingegen

*) Dem Geiste der Rheinischen Bundesacte nach ist es sogar mehr als zweifelhaft, ob neben dem allgemeinen Off- und Defensivbündnisse, das diese Acte enthält, noch besondere Bündnisse dieser Art selbst unter den Mitgliedern des Bundes bestehen oder geschlossen werden können.

**) Es ist also z. B. die Erbverbrüderung zwischen Sachsen, Hessen und Brandenburg schlechthin für aufgehoben zu halten.

werden alle andere Verträge, die weder zu der nurgedachten Gattung, noch zu den Allianzverträgen gehören, noch sonst mit den Stipulationen des Rheinischen Bundes (wie z. B. Verträge, wodurch fremden Truppen der Durchmarsch durchs Land gestattet würde) unvereinbar sind, es werden also namentlich Verträge, die die gegenseitige Abzugsfreiheit der Unterthanen, die Auslieferung der Verbrecher oder die Rechtskraft der im Auslande gesprochenen Urtheile zum Gegenstande haben, zufolge jener Auslegung nach wie vor bestehen. — Oder man kann b) die Worte: *tous pactes, conventions etc. demeureront sans effet*, schlechthin von allen und jeden Verträgen verstehen, die vor dem Kriege zwischen den im Artikel benannten Partheyen eingegangen worden waren, so dafs es, wenn auch diese Verträge, mit den Bedingungen und dem Geiste des Rheinischen Bundes vereinbar sind, dennoch einer ausdrücklichen Erneuerung derselben bedarf, wenn sie in Zukunft zur Regel für die gegenseitigen Verhältnisse dieser Staaten dienen sollen. — So sehr

nun auch für die erstere Meinung, theils die Reihenfolge der Artikel, theils das eigene Interesse der Rheinischen Bundesstaaten zu sprechen scheint, so würde ich mich dennoch für die zweyte Meinung erklären. Zuvörderst lauten die Worte des 11ten Artikels ganz allgemein. Sodann aber — und dieser Grund scheint mir entscheidend zu seyn — müßte die Frage, von welcher die fernere Gültigkeit der, unter den im 11. Art. benannten Partheyen, geschlossenen Verträge nach der erstern Meinung abhängt, die Frage also, ob der Vertrag unter die Gattung von Verträgen gehöre, die die erstere Meinung noch ferner bestehn läßt, zu Erörterungen und Streitigkeiten führen, denen eben der 10. und 11. Art. des Tilsiter Friedens vorbeugen wollte.

Man kann über den 10. und 11. Art. noch folgende Fragen aufwerfen: Ist der eine oder der andere Artikel auch auf diejenigen Deutschen Fürsten anwendbar, die erst seit dem Tilsiter Frieden dem Rheinischen Bunde beygetreten sind, wenn ihr Gebiet ganz auf dem rechten Elbufer liegt?

(Also auf die Herzoge von Mecklenburg?)
 Ferner kann der 10. Artikel auch auf diejenigen Länder bezogen werden, die der König von Westphalen neuerlich auf dem rechten Ufer der Elbe erworben hat *)?
 — Ich antworte: nach dem Buchstaben des Friedens sind diese Fragen zu verneinen, seinem Geiste nach aber zu bejahen.

Der Friede, der den 6. Januar 1810 zwischen Frankreich und Schweden zu Paris unterzeichnet worden ist, enthält in sofern eine ausdrückliche (wenn auch nicht förmliche d. h. in einem eigenen Artikel gefasste) Anerkennung des Rheinischen

*) In der Zeitschrift: der Rheinische Bund, 18 Hft. S. 422 wird noch folgender Zweifel aufgeworfen: Ob der Artikel 11. auch auf Sachsen und Anhalt, da beyde zum Theil auf dem rechten Elbufer liegen, ausgedehnt werden könne, ist nicht bestimmt. — Allein der Artikel ist keinesweges so gefasst, daß er nur auf die Staaten beschränkt werden müßte, die ganz auf dem linken Ufer der Elbe liegen.

Bundes von Seiten Schwedens, als dieser Friede theils von dem Kayser der Franzosen auch in der Eigenschaft eines Protectors des Rheinischen Bundes geschlossen, theils in dem 2ten Artikel ausdrücklich auf die Staaten dieses Bundes ausgedehnt worden ist. Abgesehn von diesem Artikel kommt darin keine weitere Stipulation vor, die unmittelbar in das auswärtige Recht des Rheinischen Bundes gehörte, Namentlich fehlen in diesem Vertrage die Verzichtleistungen, die in dem Tilsiter Frieden zwischen Frankreich und Preussen enthalten sind. Jedoch ist hier noch der 7te Artikel jenes Friedensschlusses zu erwähnen, in welchem Frankreich für die Integrität des Schwedischen Staatsgebiets Gewähr leistet.

V.

Ueber die französischen Majorate in
Deutschland, zur Erläuterung des
K. K. Decretes vom 28ten Octo-
ber 1808.

Dieses Decret, das bisher der Aufmerk-
samkeit der deutschen Publicisten entgan-
gen zu seyn scheint, lautet in der Ueber-
setzung so :

Artikel 1.

Die in Deutschland gelegenen Domä-
nengüter, die Uns durch verschiedene Ver-
träge abgetreten worden sind, und über die
es Uns zu Gunsten des einen oder des an-

dern von Unseren Unterthanen, zur Dotation eines Majorates, zu verfügen gefallen hat, können weder verpfändet, noch mit Arrest belegt, noch mit Hypotheken beschwert werden.

Artikel 2.

Besagte Güter können nur in der, durch den 4ten Titel Unseres zweyten Statuts *) vom 1sten des leztvergangenen Monats März, vorgeschriebenen Form, und nur unter den darin enthaltenen Bedingungen, veräussert oder vertauscht werden.

Artikel 3.

Unser Vetter der Prinz Erzkanzler des Reichs, hat eine von ihm beglaubigte Abschrift des gegenwärtigen Decretes an Unsere Minister bey den Höfen, in deren Gebiet jene Güter liegen, zu übersenden, und Unsere Minister sind verbunden, die Voll-

*) Den 1. März 1808. erlies der Kayser zwei Decrete (Statute), das eine über die erblichen Titel, das andere über die mit diesen Titeln zu verbindenden Majorate.

ziehung dieses Decretes durch alle Mittel, die in ihrer Gewalt stehen, zu sichern.

Es soll in das Gesetzbülletin eingerückt werden.

Ich will zuvörderst über die Geschichte dieses für die Rheinischen Bundesstaaten höchst wichtigen Decretes folgendes bemerken: Der Kayser der Franzosen, eingedenk der Verdienste, die sich die französischen Heere um Ihn und um Frankreich erworben haben, hat, in mehreren von ihm eroberten Ländern und neugeschaffenen Staaten, einen Theil der Staatsgüter (Domainen) zur Belohnung ausgezeichneten Officiere und Soldaten bestimmt, und zum Theil bereits wirklich verwendet. Diese Mafsregel ist von Ihm späterhin in eine unmittelbare Verbindung mit der Stiftung eines neuen französischen Erbadels gesetzt worden. Denn da dem neuen französischen Adelsrechte nach, ein Titel (der Adel) nur in sofern auf die Nachkommen vererbt werden kann, als er

auf einem Grundeigenthum *) haftet **), (das, weil der Titel nur nach dem Rechte der Erstgeburt verfällt wird, den Namen Majorat führt,) so sind jene Güter seit der Wiederherstellung des Erbadels in Frankreich größtentheils zur Ausstattung (Dotatation) erblicher Titel angewendet, d. h. an Adliche, und mit der Bedingung verliehen worden, daß sie als Majorate besessen und vererbt werden sollen. Diese Maxime hat der Kayser nicht nur in mehreren Staaten und Provinzen ausserhalb Deutschland, namentlich im Königreich Italien, im Königreiche Neapel, im Herzogthume Warschau, und fast in allen Theilen von Italien befolgt, sondern auch in denjenigen deutschen Ländern, die ihm

*) D. h. auf einem Grundstück oder auf Einkünften, die den Immobilien gleich gesetzt sind.

**) Dieser Satz hat durch das (zweyte) Kayserl. Decret v. 3. März 1810 die Einschränkung erhalten, daß auch die nachgebornen Söhne der Herzoge, Grafen und Barone den Titel Chevaliers führen.

der Sieg unterworfen hatte, in Anwendung gebracht. Denn als Er aus einem Theile der Länder, die der Tilsiter Friede seiner Verfügung überlassen hatte, das Königreich Westphalen bildete, behielt Er sich die Hälfte der in dem Staatsgebiete dieses Königreichs gelegenen Domainen vor, um damit verdiente Officiere und Soldaten zu belohnen *). Eben so hat er in den übrigen deutschen Provinzen, die unter französicher Verwaltung bisher gestanden haben oder noch stehen, z. B. in Hannover und Schwedisch-Pommern, mehrere Domainen zu jenem Zwecke verschenkt. Endlich während

*) Vgl. Constit. des K. Westphalen, Artikel 3.
 „Nous nous réservons la moitié des domaines allodiaux des Princes, pour être employés aux récompenses, que Nous avons promises aux Officiers de Nos armées, qui Nous ont rendu le plus de service dans la présente guerre.“ —
 (Es ist über diesen Gegenstand ein besonderer Artikel in dem, zwischen dem Kayser und dem Könige von Westphalen zu Berlin den 22. April 1808 geschlossenen Vertrag enthalten. Vgl. d. K. Westph. Decret v. 24. Febr. 1809. Bulletin. des lois royaume de Westphalie, N. 10.)

des Feldzuges gegen Oesterreich im J. 1809 setzte ein kayserliches Decret v. 24. April 1809 fest, daß die Güter der ehemaligen Reichsfürsten, Grafen und Ritter, die, dem 7. und 31. Artikel der Rheinischen Bundesacte zuwider, Militär- oder Civilstellen in den Staaten des Kayzers von Oesterreich bekleideten, confiscirt und zu der einen Hälfte, theils zur Entschädigung Frankreichs für die gehaltenen Kriegskosten, theils zur Belohnung verdienter Officiere und Soldaten verwendet werden sollten; — eine Anordnung, die weder durch den Wiener Frieden v. 14. Oct. 1809 noch bis jetzt durch ein neueres Decret widerrufen worden ist. — Uebrigens gehören alle diese von dem Kaiser geschenkte Güter und Einkünfte zu dem ausserordentlichen Schatze der kayserlichen Krone *).

*) Vgl. das Senatusconsult v. 20. Jan. 1810. De la dotation de la couronne. (Monit. 1810. N. 33.) Es unterscheidet, 1) den ordentlichen Kronschatz, (le domaine ordinaire oder le domaine de la couronne schlechthin) die Kostbarkeiten, Sammlungen und Güter, die der Kayser, als Kayser, und mit der Eigenschaft der Unveräußerlichkeit

Indem ich jetzt zur Erläuterung des Decretes vom 28. Oct. 1808. fortgehe, muß ich vor allen Dingen die rechtliche Natur der französischen Majorate überhaupt genauer characterisiren. Im allgemeinen sind diese Majorate Güter, mit deren Besitz ein erblicher Titel verbunden ist, so daß der Titel nur auf den Erben des Majorats und das Majorat nur auf den Erben des Titels fortgeht. Die zur Stiftung des Majorates bestimmten Güter können, entweder von dem Majoratsherrn selbst, oder (*feuda sunt vel data vel oblata*) von einer kaiserlichen Schenkung herrühren. Im letztern Falle (der hier

besitzt; 2) den ausserordentlichen Kronschatz, (*le domaine extraordinaire*) il se compose des domaines et biens mobiliers et immobiliers, que l'Empereur, exerçant le droit de paix et de guerre, acquiest par des conquêtes ou des traités, soit patens ou secrets; 3) le domaine privé de l'Empereur, die Chatoullgüter. (Für das domaine extraordinaire ist ein Intendant général in der Person des Herrn DEFERMON, und ein trésorier général, Herr BOUILLERIE, bestellt worden. Monit. v. 6. Febr. 1810.)

allein für uns gehört,) wird der kayserliche Schenkungsbrief an den Reichserzkanzler gerichtet, der die Ausfertigung desselben, auf Ansuchen des Betheiligten bewerkstelliget. (Kays. Statut v. 1. März 1808. Tit. 1. Abschn. 1.) — Ein jedes Majorat wird nur auf die eheleibliche und männliche Nachkommenschaft des ersten Erwerbers, und zwar nach dem Rechte der Erstgeburt, verfällt. Adoptivkinder können nur, vermöge einer besondern kayserlichen Ermächtigung, in das Majorat folgen. Der erste Erwerber eines Majorates hat in Monatsfrist, ein jeder Majoratserbe aber in Zeit dreier Monate von Zeit des Anfalles an gerechnet, dem Kayser folgenden Eid zu leisten: „Ich schwöre, dem Kayser und seiner Dynastie treu zu seyn, den Constitutionen, Gesetzen und Ordnungen des Reichs (réglemens, d. h. den kayserlichen Decreten von einem allgemeinen Inhalte) zu gehorchen, Sr. Maj. als ein guter rechtlicher und treuer Unterthan zu dienen, meine Kinder in den nämlichen Gesinnungen der Treue und des Gehorsams zu erziehen, und, so oft das Gebiet des

Staates bedroht wird, oder Sr. Maj. zur Armee gehn, zur Vertheidigung des Vaterlandes die Waffen zu ergreifen.“ (Ebend. Tit. 3. Abschn. 1.) Ueber die geschehene Belehnung wird ein Lehnsbrief ausgefertigt, dem ein genaues Verzeichniß der zum Majorate gehörenden Güter beyzufügen ist *). — Der jedesmalige Inhaber des Majorates ist nur als Nutzniesser zu betrachten. (Artikel 50.) Er kann daher a) das Gut nicht veräußern oder vertauschen; jedoch hat er das Recht, das Majorat, mit Genehmigung des Kayzers, von einem Gut auf das andere, und namentlich von einem ausserhalb Frankreich gelegenen Gut auf ein in Frankreich gelegenes Gut überzutragen **). Art. 55. Er kann b) das Gut nicht verpfänden,

*) Diese Vorschrift ist in einem neueren kayserlichen Decrete v. 3. März 1810. (Monit. N. 64.) enthalten.

**) Ueber das in diesem Falle zu beobachtende Verfahren vergl. d. n. Statut, Tit. 4. Abschn. 1. 2. und das kayserl. Decret v. 3. März 1810 Tit. II.

oder mit einer Hypothek beschweren *); Art. 40. 45. sondern er hat in dieser Beziehung nur das Recht, die Zahlungen, von welchen im 2001. Artikel und in der 4. und 5. Numer des 2103. Artikels des Code Napoléon die Rede ist, unter den im 25. Artikel des Statutes enthaltenen Bedingungen, auf die Einkünfte des Majorates anzuweisen **). 2) Dieses Recht des Niefsbrauches unterscheidet sich von einem jeden andern Niefsbrauche dadurch, daß das Majorat auch von allen gesetzlichen und gerichtlichen Un-

*) Man kann, nach dem Grunde des Gesetzes (argumento legis,) hinzufügen: oder eine Dienstbarkeit daran zu bestellen.

**) Art. 52. „Les revenus des majorats ne pourront être délégués que pour les dettes privilégiées indiquées par l'article 2101. du Code Napoléon et par les numéros 4. et 5. de l'article 2103; mais la délégation ne sera permise, pour cette dernière cause qu'autant que les réparations n'excéderont pas celles qui sont à la charge des usufruitiers. Dans l'un ni dans l'autre cas, la délégation ne pourra avoir lieu que jusqu'à concurrence de la moitié du revenu.“
Vergl. auch Art. 53.

terpfändern (in der Sprache des französischen Rechts: von allen Privilegien, gesetzlichen und gerichtlichen Hypotheken) frey ist, auch in keinem Falle mit Arrest belegt werden kann. Art. 40. 41. 45. *) 3) Das Successionsrecht des Erstgeborenen beruht schlechthin auf dem Gesetz, und ist mithin von der Willkür und von der Rechtspflichtigkeit der vorigen Besitzer unabhängig. (*Succedit jure proprio, non beneficio ultimi vasalli.*) Es können daher a) die (Allodial-) Erben oder

*) Ich mache hierbey schon vorläufig darauf aufmerksam, daß das Statut, ungeachtet es die Majorate für steuerbar erklärt, dennoch nirgends das Unterpfandsrecht erwähnt, das der Staat wegen der öffentlichen Abgaben hat, mithin auch dieses jener Regel stillschweigend zu unterwerfen scheint. Die Loi v. 12. Novemb. 1808. (Vergl. Monit. N. 318.) über das Privilegium des öffentlichen Schatzes wegen der directen Abgaben enthält keine ausdrückliche Verfügung über diesen Gegenstand. Allein eben deswegen, weil dieses Gesetz keine Ausnahme von der Regel macht, ist es auch auf die in Frankreich gelegenen Majorate zu beziehen.

Anverwandten des leztern Besitzers schlechterdings keinen Anspruch irgend einer Art an den Majoratsfolger, als solchen, machen, sollte er auch zugleich (Allodial-) Erbe des verstorbenen Majoratsbesitzers seyn, und die Erbschaft ohne Inventarium angetreten haben. Diese Regel leidet jedoch eine doppelte Ausnahme. Denn erstens können die Töchter und nachgebornen Söhne des verstorbenen Majoratsherrn, wenn dieser das Majorat aus seinem eigenen Vermögen gestiftet hat, die Ergänzung des Pflichttheiles von dem Majoratsfolger fordern; Art. 40. *) auch ist dieser zweytens unter gewissen Bedingungen verpflichtet, der Wittwe des vorigen Besitzers ein Wittthum auszuzahlen. Art 48. 49. Es können c) die Erbschaftsgläubiger den Majoratsfolger, als solchen nicht belangen, ausgenommen diejenigen,

*) Meines Wissens sind dieser und der 75. Artikel die einzigen Stellen in welchen das Wort: *légitime*, (Pflichttheil) vorkommt. — So sehr hatte man bey der Ausarbeitung des Statuts das ehemalige französische Lehnrecht vor Augen.

die von dem vorigen Besitzer, zu Folge des 52. Artik. auf das Lehen angewiesen worden sind, oder die eine von den im 2101. Art. des Code Napoléon erwähnten Forderungen von wegen der Eltern des Majoratsfolgers zu machen haben. Artikel 50. N. 4. 5. *). — Das Majorat erlischt, sobald diejenigen aussterben, denen es verliehen worden ist. Es fällt alsdann an die nächsten Erben des letzten Besitzers, in so fern es nicht von französischen Staatsgütern, und unter der Bedingung des Heimfalles, bestellt worden ist **). Artikel 75. 76. (Das Statut gedenkt nicht des Falles, daß ein Majorat durch Verletzung der Lehenspflichten — per feloniam — verwirkt wird.) — Endlich enthält noch das Statut über das Verhältniß der Majorate und der Majoratsbesitzer folgende Stelle, die ich hier wörtlich einrücke, da sie, ungeachtet darin offenbar nur von den

*) Die angeführten Stellen enthalten noch einige nähere Bestimmungen dieser Lehensschulden.

**) Diese Bedingung soll jederzeit der Schenkung beygefügt werden. Vgl. das Dert. v. 20. Jan. 1810. Tit. II. Art. 29.

innerhalb Frankreich gelegenen Majoraten die Rede ist, dennoch auch für die vorliegende Untersuchung mittelbar von grosser Wichtigkeit seyn dürfte: „Conformément à l'article 6. du Sénatus-consulte du 14. Août 1806, les propriétés possidées en majorat, n'auront et conféreront à ceux en faveur desquels ils sont érigés aucun privilège, relativement à nos autres sujets et à leurs propriétés. En conséquence, les titulaires demeureront soumis aux lois civiles et criminelles, et à toutes les lois qui régissent nos Etats, en tant qu'il n'y est point dérogé par ces présentes; ils supporteront les contributions personnelles, mobilières et immobilières, directes et indirectes, dans la même proportion que les autres citoyens.“ Art 74.

So gewiss nun auch dieses Statut über die Majorate mehr einen Entwurf, als eine vollständige Ausführung des Majoratsrechtes enthält, und ungeachtet auch die später über diesen Gegenstand erschienenen Gesetze *)

*) Dahin gehören zwey kayserliche Decrete vom

noch eine bedeutende Anzahl Rechtsfragen unentschieden lassen, so kann man doch schon jetzt den Character der neuen Stiftung dahin bestimmen, daß in den Majoraten alle wesentlichen Merkmale eines Lehens enthalten sind, daß mithin die französische Majoratsverfassung eine Lehensverfassung, das französische Majoratsrecht eine Art von Lehensrecht ist. Denn ein Majorat ist ganz so, wie das Lehen, ein Gut, das bloß zur Benutzung unter der Verbindlichkeit, Kriegsdienste zu leisten, und mit Vorbehalt des Obereigenthums, verliehen wird; der Lehenseid, die Erneuerung der Belehnung, das ausschliessende Lehensfolgerecht des Mannsstammes, das Verbot der Veräußerung, und mehrere andere gesetzliche Eigenschaften der Lehen sind diesen mit den Majoraten gemein. Gleichwohl enthält das französische Majoratsrecht auch andere Bestimmungen, theils über das Wesen, theils über die Natur der Majorate, wodurch sich

24. Juny 1808, das Decr. v. 20. Jan. 1810.

Tit. II. und zwey kayserliche Decrete vom
3. März 1810. (Monit. N. 63. und 64.)

diese, als eine eigenthümliche Art Lehen, von dem Gattungsbegriff unterscheiden. Zu den wesentlichen Eigenschaften, durch welche sich die Majorate von andern Lehen auszeichnen, gehört, daß theils der Lehens-
 eid mit einem Unterthaneneide, theils das Majorat mit einem erblichen Titel verbunden ist. In der erstern Beziehung kann die französische Majoratsverfassung mit der Verfassung derjenigen deutschen Staaten verglichen werden, in welchen der sogenannte volle Landsassiat besteht. Mit der zweyten Eigenthümlichkeit der Majorate kann man die deutschen Amtslehen — *feuda officii et ambachtae* — und die ausschliessende Lehensfähigkeit des Adels nach dem alten deutschen Lehenrecht in eine, obwohl nur entfernte Verbindung bringen.) Die natürlichen Eigenschaften, die ausschliessend den Majoraten zukommen, sind hauptsächlich die Majoratsfolge nach dem Erstgeburtsrecht, und das einem jeden einzelnen Besitzer, als Nutzniesser, ertheilte Privilegium, kraft dessen auch der Niefsbrauch eines jeden einzelnen Vasallen auf keine Weise

geschmälert werden kann *). Alle diese Eigenthümlichkeiten aber lassen sich vollkommen aus dem Princip erklären, das dem französischen Majoratsrechte durchgängig zum Grunde liegt, dem Princip, daß die Erhaltung der Monarchie durch die Stiftung eines begüterten Erbadels der Zweck der Majorate seyn sollte **).

Das, was bisher über die französischen Majorate überhaupt gesagt worden ist, gewährt uns wenigstens den Vortheil, daß wir das rechtliche Verhältniß, in welchem

*) Besonders durch die letztere Eigenthümlichkeit unterscheidet sich das französische Lehenrecht auf eine sehr bemerkenswerthe Art von dem deutschen. Denn dieses geht von dem Grundsatz aus, daß der Nießbrauch des Vasallen für sich betrachtet als ein Theil des Allodialvermögens zu beurtheilen sey.

**) Die Majorate sind daher bloß als eine politische Institution — nicht nach den Grundsätzen des Privatrechtes — zu beurtheilen. In Deutschland ist diese Beziehung der Lehen, und mit ihr der ganze Geist und Werth der Lehensverfassung schon längst grösstentheils verloren gegangen.

die französischen Majorate in Deutschland zu der französischen Regierung auf der einen, und zu dem Souverän, in dessen Staatsgebiete sie liegen, auf der andern Seite stehen, auf schon bekannte Rechtsbegriffe zurückführen können. Diese Majorate sind nämlich nichts anders, als die schon ehemals in Deutschland so häufigen feuda extra curtem, feuda in territorio alieno sita. Aus mehreren Stellen des kayserlichen Statuts vom 1. März 1808, und selbst aus dem Decret vom 28. October 1808 ergibt sich, daß der Sinn und Zweck jener Schenkungen und Belehnungen nicht der war, die Güter, mit welchen der Kayser einen erblichen Titel ausstattete, von den Ländern, in welchen sie liegen, zu trennen und dem französischen Reich einzuverleiben; sondern nur der, unbeschadet der Einheit des Staatsgebietes, in welchem diese Güter liegen, auswärtige Lehne zu bestellen. So viel liegt also am Tage, daß diese Güter in einem zweyfachen Verhältnisse stehen, daß sie theils als Lehen dem französischen Kayser, theils als landsässige Güter dem Souverän,

in dessen Gebiet sie liegen, unterworfen sind.

Mit diesem Resultat ist jedoch nur wenig gewonnen. Denn da wohl Niemandem beyfallen wird, die Grundsätze des ehemaligen deutschen Rechts *) über die in dem Gebiet eines andern Landesherrn gelegenen deutschen Landeslehen — Grundsätze, die ohnehin größtentheils nicht auf ausdrücklichen Gesetzen, sondern nur auf den Meinungen der Rechtsgelehrten beruheten, und nichts weniger als unbestritten waren **) — so schlechthin auf die fran-

*) Ich sage: Des ehemaligen. Denn fast in allen Bundesstaaten ist ein jeder auswärtige Lehensnexus für aufgehoben erklärt worden. (Vgl. die Rheinische Bundesacte, Art. 34.) Ausdrücklich ist eine Ausnahme von dieser Regel in dem Staatsvertrage zwischen dem Fürsten Primas und dem Großherzoge von Hessen, v. 26. Sept. 1807 (Rheinischer Bund. 3. H. N. 30.) gemacht worden.

**) Man erinnere sich nur der Streitigkeiten, die über die Hauptfrage: Ob ein auswärtiges Lehen nach dem jure curiae, oder nach dem jure

zösischen Majorate in Deutschland, anzuwenden, so ergiebt sich aus jenem Resultat nur so viel, daß bey der vorliegenden Untersuchung die vorläufige Frage die seyn müsse: Ob sich über das rechtliche Verhältniß zwischen lehnsherrlichen und Souveränitätsrechten in Beziehung auf Staatslehen, die in dem Staatsgebiet eines von dem Lehensherrn verschiedenen Souveräns gelegen sind, etwas im Allgemeinen festsetzen lasse? Ich nenne diese Frage die vorläufige. Denn ob mir wohl nicht unbekannt ist, daß die Wirklichkeit weit hinter der Idee zurückbleibt, daß die Politik des Augenblicks *) oft vor einer jeden andern den Vorzug verdient, daß namentlich in dem vorliegenden Falle politische Verhältnisse und Rücksichten einen entscheidenden Einfluß auf die Praxis haben dürften, so weiß ich doch eben so wohl, daß es selbst in feudi siti zu beurtheilen sey? — bis auf die neuesten Zeiten geführt worden sind.

*) Das: Expecta paulisper! und das: Utendum est occasione, quae benignius responsum praebet!

politischer Hinsicht von der größten Wichtigkeit ist, die rechtliche Seite eines jeden Verhältnisses hell und richtig zu beurtheilen.

Wir betrachten zuvörderst die Glieder des hier zu bestimmenden Verhältnisses, ein jedes für sich, nicht um eine vollständige Theorie von der Souveränität und Lehensherrlichkeit zu geben, sondern ganz allein in Beziehung auf die oben aufgestellte Frage. Ueber den ersteren Begriff brauche ich daher nur so viel zu bemerken, daß die Souveränität das unbedingte Zwangsrecht einer Person, und mithin wesentlich einfach sey. Der zweyte Begriff ist wohl im Allgemeinen, d. h. abgesehen von den positiven Gesetzen, überall nicht seinem Wesen nach bestimmbar. Man kann zwar sagen, daß die Lehensherrlichkeit der Inbegriff von Rechten sey, die sich der Herr einer Sache, wenn er sie auf einen andern überträgt, an dieser Sache vorbehält. Aber diese Begriffsbestimmung giebt schlechterdings keinen Aufschluß über das Wesen dieser Rechte. (Sie ist eine blosse Nomi-

naldefinition.) Indessen kann man doch schon im Allgemeinen über diesen Begriff so viel festsetzen, daß die lehensherrlichen Rechte entweder bloß in einem Theile des Eigenthumsrechtes an einer Sache, und mithin bloß in gewissen Privatbefugnissen bestehen, oder noch überdiß gewisse Rechte der Staatsgewalt, z. B. die Gerichtsbarkeit über das Lehen, das Recht, Kriegsdienste zu fordern, enthalten können; daß die Lehensherrlichkeit entweder einem Souverän oder einer Privatperson zustehe, und das Lehen, im erstern Fall, entweder in dem Staatsgebiete des Souveräns, der das Lehen verleiht, oder ausserhalb dieses Staatsgebietes gelegen seyn kann*); daß, wenn ein Souverän in dem Lande des andern ein Lehen verleiht, der Rechtsgrund dieser Lehensherrlichkeit in Beziehung auf den Souverän, in dessen Gebiete das Lehen liegt, entweder das Gesetz oder ein Privi-

*) Bekanntlich kann ein auswärtiges Staatslehen wiederum entweder selbst im Staatsgebiet, oder nur eine auswärtige Privatbesitzung seyn.

legium oder ein Vertrag seyn muß. Und diese Unterscheidung der verschiedenen möglichen Eintheilungen und Beziehungen der lehensherrlichen Rechte ist für die vorliegende Untersuchung vollkommen hinreichend.

Wir können jetzt die oben aufgeworfene Frage, mit Rücksicht auf den Endzweck der vorliegenden Abhandlung, so stellen: In welchem Verhältnisse steht der Souverän, der ein Lehen in dem Staatsgebiet eines andern Souveränes verleiht, als Lehensherr zu den Souveränitätsrechten des letztern, in so fern die ihm zustehende Lehensherrlichkeit theils auf einem Staatsvertrage beruht, theils auch gewisse Rechte der Staatsgewalt über das Lehen und dessen Inhaber unter sich begreift? Denn daß der Fall, auf welchen so die obige Frage eingeschränkt wird, hier wirklich eintritt, daß namentlich die lehensherrlichen Rechte des französischen Kayzers über die in den deutschen Staaten gelegenen Majorate als Vertragsrechte zu betrachten sind, ergiebt sich sattsam theils aus der Geschichte und Be-

schaffenheit dieser Majorate, theils aus den Worten des Decretes vom 28. October 1808; wobey es sich jedoch von selbst versteht, daß das so eben namentlich angeführte Merkmal auf diejenigen Majorate, die in den jetzt noch unter französischer Verwaltung stehenden deutschen Ländern gelegen sind, erst dann anwendbar seyn wird, wenn der Kayser der Franzosen über diese Länder anderweit verfügt hat. Hingegen können die übrigen Beziehungen, in welchen das gegenseitige Verhältniß zwischen lehensherrlichen und Souveränitätsrechten betrachtet werden kann, hier füglich unerörtert bleiben, da sie mit der Beantwortung der Frage, die aus dem Hauptzwecke der vorliegenden Untersuchung hervorgeht, in keiner wesentlichen Verbindung stehen.

Vorausgesetzt nun, daß die lehensherrlichen Rechte, die ein Souverän in dem Staatsgebiete des andern ausübt, theils auf einem Vertrage zwischen beyden Souveränen, als solchen, beruht, theils gewisse Rechte der Staatsgewalt unter sich begreifen, so liegt freylich so fort am Tage, daß

die Grundsätze, die von der Form, d. h. von der verbindenden Kraft der unter freyen Völkern geschlossenen Verträge überhaupt gelten, auch auf dieses Verhältniß anwendbar seyn werden, ferner, daß die Hoheitsrechte des Lehensherrn als Staatsdienstbarkeiten zu beurtheilen sind, d. h. beziehungsweise als Beschränkungen der Souveränität, die, so unvereinbar sie auch an sich mit dem Wesen der Souveränität seyn mögen, dennoch als Friedensbedingungen zu Recht beständig sind. Jedoch diese und ähnliche Sätze geben schlechterdings keinen Aufschluß über den Gegenstand und Umfang der Rechte, die aus einem solchen Vertrag entstehen. Um auch für diese uns hier vorzugsweise interessirende Aufgabe ein Princip der Beurtheilung zu erhalten, muß man die Regel aufsuchen, nach welcher ein Staatsvertrag, wodurch ein Souverän dem andern eine Staatsdienstbarkeit, und mithin, in dem vorliegenden Fall, eine mit gewissen Hoheitsrechten verbundene Lehensherrlichkeit einräumt, auszulegen ist.

Wenn man nun bloß den Gattungsbegriff dieser Verträge vor Augen hat, so kann die Auslegungsregel, die hier gesucht wird, nur die seyn: Ein jeder Vertrag, wodurch ein Souverän dem andern eine Staatsdienstbarkeit bestellt, ist durch die Auslegung möglichst zu beschränken, so daß der Souverän, dem die Dienstbarkeit bestellt worden ist, nur diejenigen Rechte in Anspruch nehmen kann, die ihm durch den Vertrag, entweder ausdrücklich oder stillschweigend, d. h. als Bedingungen, von welchen die Ausübung der ausdrücklich zugestandenen Rechte abhängt, eingeräumt worden sind. Denn diese Regel ergibt sich theils aus dem Wesen der Souveränität, theils aus der allgemeinen rechtlichen Maxime: *Quicquid adstringendae obligationis est, id nisi palam verbis exprimitur, omissum intelligendum est* *). — Es wird jedoch von dieser Regel der Fall auszunehmen seyn, wenn ein Vertrag dieser Art als eine von dem Sieger vorgeschriebene Friedensbedingung, oder die Herrscherge-

*) L. 99. pr. D. de V. O.

walt selbst als ein Geschenk des Souveränes, dem die Dienstbarkeit zusteht, zu betrachten ist. Alsdann ist der Vertrag nach dem Zweck auszulegen, den der berechtigte Theil bey der Schliessung des Vertrages hatte. Denn so sehr man auch geneigt seyn dürfte, diesen Satz mehr für eine Maxime der Politik, als für eine Regel der juridischen Auslegung zu halten, und die Gültigkeit des Schlusses a majori ad minus, auf welchem er beruht, zu bezweifeln, so ist doch in dem Verhältniß, in welchem freye Völker zu einander stehen, (im Stande der Natur,) das Gesetz der Selbsterhaltung und mithin die Maxime, im Geiste dieses Gesetzes zu handeln, allerdings als ein rechtlicher Verpflichtungsgrund zu betrachten.

Wendet man jetzt die Resultate der bisher geführten Untersuchung auf den vorliegenden Fall an, so kann es nicht einen Augenblick zweifelhaft seyn, nach welcher von beyden Maximen die hier in Frage stehenden Verträge auszulegen sind. Denn ist nicht der Vertrag, auf welchem die Majorate im Königreiche Westphalen beruhen,

derselbe, durch welchen dieser Staat selbst sein Daseyn erhielt? Und wenn in der Folge der Kayser der Franzosen über diejenigen deutschen Provinzen, die jetzt noch unter französischer Verwaltung stehen, zum Besten eines deutschen Souveränes verfügt, oder aus diesen Provinzen neue Staaten bildet, wird dann nicht ebenfalls, was die darin liegenden französischen Majorate betrifft, der Grund eintreten, auf welchem die zweyte obengedachte Maxime beruhte? Nur das dürfte zweifelhaft seyn, ob auch diejenigen Majorate, die zu Folge des kayserlichen Decrets vom 24. April 1809 *) bestellt werden könnten, nach der zweyten Maxime zu beurtheilen seyn würden. Jedoch man kann der baldigen Aufhebung dieses Decretes mit so vieler Wahrscheinlichkeit entgensehen, daß ich bey diesem Zweifel nicht verweilen will.

Man kann jene Maxime in Beziehung auf den vorliegenden Fall näher dahin bestimmen, daß sich die lehensherrlichen Rechte, die der Kayser der

*) S. oben S. 190.

Franzosen über die in den deutschen Staaten gelegenen Majorate hat, in so fern diese Rechte nicht durch ausdrückliche Verträge näher bestimmt worden sind *), so

*) In dem Friedensschlusse zwischen Frankreich und Schweden, vom 6. Jan. 1810, durch welchen letzteres Reich seine bisherigen deutschen Provinzen zurückerhielt, kommt über diesen Gegenstand folgender Artikel (der fünfte) vor: S. M. le Roi de Suède reconnaît les donations faites par S. M. l'Empereur et Roi en domaines ou revenus des pays restitués par l'article précédent, et s'oblige à maintenir les donataires dans la pleine et paisible possession des biens droits et revenus à eux donnés; de sorte qu'ils en puissent librement jouir et disposer, en percevoir et exporter le produit et avec l'autorisation de S. M. I. et R., les vendre et aliéner, en exporter pareillement la valeur, le tout sans trouble ni empêchement, et sans être assujettis à aucun droit de vente, mutation, détraction ou autre semblable, sous quelque nom qu'il puisse exister.“ (Dieser Artikel wird wahrscheinlich in alle andere Abtretungsverträge, die in Beziehung auf die französischen Eroberungen in Deutschland,

weit erstrecken, als es der politische Zweck der französischen Majorate fordert, so wie dieser Zweck durch die französischen Majoratsgesetze bestimmt wird. In so fern diese Majorate in Frankreich von dem gemeinen Recht ausgenommen sind, in so fern sind sie in Deutschland der Souveränität der Fürsten, in deren Gebiete sie liegen, nicht unterworfen. In so fern sie in Frankreich nach dem gemeinen Rechte zu beurtheilen sind, in so fern sind sie auch in Deutschland nach denselben staats- und privatrechtlichen Grundsätzen, wie andere Güter, zu beurtheilen. Offenbar liegt diese Maxime dem kayserlichen Decrete, vom 28. October 1808. zum Grunde. Sie ist eben so wichtig für die Maafsregeln, die die deutschen Regierungen in dieser Beziehung zu befolgen haben, als der Standpunct, von welchem sie nachhermal zu erwarten stehen, eingerückt werden.)

Recht und Billigkeit ausgehen können, als für die Verwaltung der gerichtlichen Gewalt, in so fern ein Majoratsbesitzer gerichtlich belangt werden sollte. Diesen juristisch-practischen Werth hat 'sie auch in denjenigen deutschen Provinzen, die noch unter französischer Verwaltung stehen. Das französische Majorats- (oder Lehen-) Recht ist eine Wissenschaft, die keinem deutschen Rechtsgelehrten fremd seyn sollte.

Ich versuche es jetzt, die gefundene Maxime auf die einzelnen Fälle anzuwenden, in welchen das rechtliche Verhältniß zwischen lehensherrlichen und Souveränitätsrechten bey den in Deutschland gelegenen Majoraten vornehmlich zur Sprache kommen kann. — Ich fühle ganz das Bedenkliche dieses Unternehmens. Die französischen Majoratsgesetze sind nichts weniger als vollständig; die Stiftung selbst ist zu neu, als daß ich von dem Gerichtsgebrauch Gewinn ziehen könnte. Jedoch die Aufgabe selbst hat ein zu grosses Zeitinteresse, als daß diese Schwierigkeiten schlecht-

hin von der Untersuchung abschrecken dürften *).

1) Ungeachtet der Eyd, den der Majoratsherr dem Kayser der Franzosen zu leisten hat, nicht bloß ein Lehenseyd, sondern zugleich ein Unterthaneneyd ist, so kann doch der Majoratsherr, als solcher, auch von dem Souverän, in dessen Gebiete das Majorat liegt, zur Leistung eines Huldigungseydes allerdings angehalten werden. Ich sage: dem Rechte nach; — denn die Sache aus dem Gesichtspunkte der Politik betrachtet, dürfte es rathsam seyn, auf einen solchen Eyd um so weniger zu bestehen, da die Souveränitätsrechte über das Lehen

*) Das neue französische Lehenrecht ist von dem ehemaligen zu sehr verschieden, als daß dieses bey der vorliegenden Untersuchung benutzt werden könnte. (Auch habe ich in den Schriften über die ehemalige französische Lehenverfassung vergeblich ein Verhältniß aufgesucht, das mit dem hier in Frage stehenden verglichen werden könnte.) — In Frankreich ist bis jetzt, meines Wissens, nur eine einzige Abhandlung über die Majorate erschienen: *Traité des majorats*. Paris. 1808.

von der Huldigung des Vasallen keineswegs abhängen *). Schon dem Rechte nach aber würde sich ein solcher Eyd nicht auf die Person, sondern nur auf das Gut, nicht auf eine persönliche, sondern nur auf eine dingliche Unterthänigkeit beziehen dürfen. Denn ob schon in einigen deutschen Staaten alle und jede Grundeigenthümer, wenn sie sich auch ausserhalb Landes aufhalten, zur Leistung des Unterthaneneydes schlechthin verbunden sind, so ist doch der Rechtsgrund, auf welchem ein solches Gesetz beruht, — daß der Souverän berechtigt ist, die Bedingungen zu bestimmen, unter welchen ein Grundeigenthum erworben werden kann — in dem vorliegenden Falle nicht anwendbar. Sollte hingegen der Majoratsherr sich in dem deutschen Land aufhalten, in welchem er das Majorat besitzt,

*) In Frankreich kommen zwar Dienst- und Amts-eyde vor; aber der Huldigungseyd ist nicht üblich. In der That scheint die Huldigungsfeyerlichkeit mit der Idee, daß der Fürst von Rechts wegen herrscht, nicht wohl vereinbar zu seyn.

so wird er durch einen solchen Aufenthalt, es mag dieser bloß vorübergehend oder immerwährend seyn, so wie ein jeder andere Fremde, auch für seine Person ein Unterthan des Souveränes, in dessen Gebiet er sich befindet. Nur darf dieser Unterthänigkeit nicht eine, den lehensherrlichen Rechten widersprechende Ausdehnung gegeben werden. Einzelne Folgerungen, die sich aus diesem Satz ergeben, werden weiter unten vorkommen *).

*) Noch ist kein Fall officiell bekannt geworden, daß ein Majorat einem gebornen Unterthan eines deutschen Fürsten verliehen worden wäre. Das Statut vom 1. März 1808 schließt die Möglichkeit eines solchen Falles nirgends aus; so wenig es auch seiner ausdrücklich erwähnt. Sollte er, — mit Zustimmung des Souveränes, dessen Unterthan der Beliehene ist und bleibt — wirklich eintreten, so dürften besondere Verfügungen oder Verträge über dieses Verhältniß, z. B. in Betreff des Lehens-eydes nothwendig seyn. (Bekanntlich sind dem königlich bayerischen Generale Freyherrn von WREDE von dem Kayser der Franzosen Güter in Deutschland geschenkt worden. Aber so

e) Die Majorate bleiben den Civilgesetzen des Staates unterworfen, in dessen Gebiete sie liegen, in so fern sie nicht in Frankreich von der Herrschaft des Civilrechtes, zu Folge des Statutes vom 1. März 1808, oder zu Folge späterer Lehensgesetze, ausgenommen sind. (Statut. Art. 74.) Wenn also von dem Rechte, der Ordnung und der Art der Lehensfolge, von den Rechten der Allodialerben in Beziehung auf das Lehen *), von der Veräußerung oder Verpfändung der Majorate, von den Lehensschulden, oder von der Bestellung einer Dienstbarkeit am Lehen die Rede ist, so sind alle diese Gegenstände nach den Grundsätzen des französischen Majoratsrechtes zu beurtheilen. Hingegen diejenigen Rechte, die schon vor der Stiftung des Majorates an dem Gut,

weit die öffentlichen Nachrichten gehen, nicht in der Eigenschaft eines Majorates.)

*) Das Statut enthält über diesen Gegenstand nur wenige Sätze. Vgl. Art. 40. 48. 53. Gleichwohl könnte die französische Lehensverfassung nicht bestehen, wenn der princeps feudisiti jene Rechte einseitig bestimmen könnte.

oder von dem Eigenthümer des Gutes erworben worden sind, (z. B. Dienstbarkeiten *) ferner alle diejenigen rechtlichen Verhältnisse des Majoratsherrn, die weder in den französischen Majoratsgesetzen ausdrücklich bestimmt sind, noch mit dem Zwecke der französischen Majoratsverfassung in einer unmittelbaren Verbindung stehen, richten sich, nach wie vor, nach den allgemeinen oder besondern Gesetzen des Staates, in welchem das Majorat liegt. Zum Beyspiel also die Frage, ob und in wie fern der Majoratsherr eine gewisse Dienstbarkeit auszuüben berechtigt ist, nach welchen

*) Der Fall, daß ein Unterpfandsrecht auf dem Gut haftete, kann deswegen nicht leicht vorkommen, weil die Majorate in Deutschland von Staatsgütern gestiftet worden sind. Sonst würde von dem Belieben das Ansinnen an den Staat gemacht werden können, daß dieser das Gut von dem Unterpfandsrechte zu befreien habe. Vgl. Statut. Art. 13. — Uebrigens beruht der im Text aufgestellte Hauptsatz auf dem 2. Art. des Code Napoléon: „La loi ne dispose que pour l'avenir, elle n'a point d'effet rétroactif.“

Grundsätzen die Frohnen und Zinsen, die zu dem Majorate gehören, oder die Verträge, die der Inhaber des Majorates, als solcher, oder dessen Bevollmächtigter geschlossen hat, zu beurtheilen sind, — ist nach dem gemeinen Civilrechte zu entscheiden. Freylich kann es nicht fehlen, daß in einzelnen Fällen darüber Zweifel entstehen werden, ob eine Sache in die eine oder in die andere Classe gehöre. Z. B. nach welchen Rechten die Vormundschaft über den unmündigen Vasallen oder die Erbfolgeordnung der Allodialerben nach Erlöschung des Mannsstammes (Art. 75.) zu beurtheilen sey? Freylich ist die Folgerung, die aus dem Obigen gezogen werden kann, — daß die Anwendbarkeit der Civilgesetze auf die Majorate in Deutschland von der Ausdehnung, die die Majoratsgesetze in Frankreich erhalten, abhängt, — in einem hohen Grade bedenklich. Aber disse Schwierigkeiten dürften in der Sache selbst und nicht in den darüber aufgestellten Regeln zu suchen seyn.

3) Bey weitem die schwierigste Frage ist wohl die: Ob und in wie fern die Majoratsherren, als solche, der Gerichtsbarkeit der deutschen Civilgerichte unterworfen sind? Zwar kann darüber kein gegründeter Zweifel obwalten: a) dafs der Majoratsherr, als Kläger, die Unterthanen eines deutschen Staates vor den einheimischen Gerichten zu belangen hat *), und dafs in diesem Fall auch das Majorat für die Kosten haftet, in deren Bezahlung der Kläger verurtheilt wird; (Statut, Art. 51. 52. Code Napoléon, Art. 16. und 2101.) b) dafs die deutschen Gerichte wegen einer Lehensschuld in denselben Fällen zu verfahren berechtigt sind, in welchen den französischen Gerichten — in Beziehung auf die in Frankreich gelegenen Lehen — dieses Recht ausdrücklich vorbehalten worden ist; (Statut, Art. 41. 51. und 52.) c) dafs hingegen in allen andern Fällen, in welchen eine Sache

*) Denn der 14. Artikel des Code Napoléon ist für die deutschen Staaten nicht in dem Sinn ein Gesetz, dafs sie die Erkenntnisse französischer Gerichte zu vollziehen verbunden wären.

nach den französischen Majoratsgesetzen zu beurtheilen ist, den deutschen Gerichten eine Gerichtsbarkeit über die französischen Majorate nicht zusteht. (Die französische Behörde, durch welche diese Lehensgerichtsbarkeit ausgeübt wird, ist: le conseil du sceau des titres. Die Beschlüsse dieses Rathes haben jedoch nur in so fern verbindende Kraft, als sie von dem Kayser, dem sie durch den Reichserzkanzler vorgelegt werden, bestätigt worden sind. Man sieht also, daß der bey den Majoraten überhaupt vorherrschende Gesichtspunct — daß sie eine bloß politische Stiftung sind, — auch bey der Organisation der Gerechtigkeitspflege befolgt worden ist.) Desto zweifelhafter aber ist die Frage: Ob die Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte in allen den Fällen für begründet zu halten sey, in welchen die Sache nach den einheimischen Civilgesetzen beurtheilt werden muß? Denn auf der einen Seite ist es zwar wahr, daß sich die Gültigkeit der Civilgesetze und die Competenz der Civilgerichte, in der Regel wie Grund und Folge, zu einander verhal-

ten; aber auf der andern Seite setzt das mehrerwähnte Statut, vom 1. März 1808, ausdrücklich fest, daß die Majorate, den Fall einer Lehensschuld ausgenommen, nicht mit Arrest oder mit einer gerichtlichen Hypothek belegt werden können, so daß es den deutschen Gerichten an einem Mittel fehlen würde, ihre Urtheile geltend zu machen. Gleichwohl dürfte diese Vorschrift des Statutes, in dem vorliegenden Falle der Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte um so weniger mit Bestande Rechts entgegengesetzt werden können, weil das Statut offenbar den Fall voraussetzt, daß der Beliehene in Frankreich seinen Wohnsitz hat. Auch kann man, was die vor der Stiftung des Majorates an dem Gut erworbenen Rechte betrifft, aus dem 13. u. 46. Artikel, die von den auf den Majoraten haftenden älteren Hypotheken handeln, einen directen Grund für die Gerichtsbarkeit der ordentlichen Gerichte entlehnen. Hingegen ist so viel gewiß, daß den deutschen Gerichten nicht das Recht zusteht, den Majoratsherrn bey Verlust des Lehens

vorzuladen, oder die Einkünfte des Lehens wegen einer Forderung, die mit der Eigenschaft des Beklagten, als Majoratsherrn, in keiner Verbindung steht, mit Arrest zu belegen. Auch wird ein Gericht billig Anstand nehmen, auf eine Klage von der hier in Frage stehenden Art gegen den Majoratsherrn auszufertigen, ehe es die Regierung (den Justizminister) davon benachrichtiget hat *).

*) Vgl. das Statut vom 1. März 1808. Art. 41. 42. und das Decret vom 28. October 1808. Art. 3. — Der bedenklichste Fall ist wohl der, wenn das Majorat selbst, ganz oder zum Theil, aus einem Rechtstitel, der älter, als die Stiftung des Majorates ist, in Anspruch genommen wird. Sollte nicht in diesem Falle der Ausweg der beste seyn, daß die Regierung selbst den Majoratsherrn vertrete? — Was das Königreich Westphalen betrifft, so ist über diesen Gegenstand das königlich Westphälische Decret, vom 24. Februar 1809, zu vergleichen. Bullet. vom Jahr 1809. No. 10. Dieses Decret kann auch in andern Staaten zur gesetzlichen Entscheidung der hier einschlagenden Rechtsfragen benutzt werden. Dieses allgemeinen Interesses wegen habe ich es dieser Abhandlung beydrucken lassen.

4) Wenn sich der Majoratsherr im Land aufhält, so steht er eben so, wie ein jeder andere Unterthan, unter den Criminalgesetzen und Gerichten des Staates. (Code Napoléon, Artikel 3.) Nur kann in keinem Falle das Majorat selbst zur Strafe eingezogen werden. Ja, selbst der Verlust des Nießbrauches am Majorate würde gegen den Inhaber nicht ohne Zustimmung der französischen Regierung verhängen werden können. Wenn hingegen ein französisches Criminalgericht auf die eine oder die andere Strafe erkennen sollte, so wird ein solches Urtheil auch für die auswärtigen Lehen gültig seyn. Das verwirkte Lehen fällt der französischen Regierung anheim. (Polizeystrafen sind ganz nach denselben Grundsätzen zu beurtheilen.)

5) Das Besteuerungsrecht des Souveränes erstreckt sich in gleichem Grad über die in dem Staatsgebiete gelegenen Majorate, wie über andere Güter. Denn das Statut setzt für Frankreich ausdrücklich, und mithin für Deutschland stillschweigend fest, daß das Lehensverhältniß schlechterdings

keinen Einfluß auf die Steuerpflichtigkeit haben soll. Artikel 50. 74. *) Mithin auch angenommen, daß die Majorate bisher, als landesherrliche Kammergüter steuerfrey waren, so kann doch dieses Vorrecht um so weniger zur Vertheidigung der Steuerfreyheit der Majorate benutzt werden, je weniger, theils nach der französischen Verfassung, Domänen und Majorate steuerfrey sind, theils dingliche Privilegien überhaupt in dem Geiste dieser Verfassung liegen **). Zweifelhafter ist es, ob der Souverän berechtigt sey, auch andere Privilegien, die bisher auf diesen Gütern hafteten, zu be-

*) Diese Verfügung wird wiederholt in dem Senatusconsult: De la dotation de la couronne, Tit. II. Art. 22. (Der Art. scheint, den Worten nach, von allen kayserlichen Schenkungen, auch von denen im Auslande, zu handeln. Allein in der Rede, die der Graf REGNAND DE SAINT-JEAN-D'ANGELY im Senat hielt, wird er bloß von den Schenkungen und Majoraten in Frankreich ausgelegt.

**) Einen Hülfgrund kann man noch aus dem 27. Art. der Rheinischen Bundesacte (aus der darin festgesetzten Steuerpflichtigkeit der landesherrlichen Kammergüter) entlehnen.

schränken oder aufzuheben, (z. B. die Patrimonialgerichtsbarkeit, die Frohnpflichtigkeit der Hintersassen u. s. w.) besonders dann, wenn durch eine solche Maafsregel die Einkünfte des Majorates vermindert werden sollten, Gleichwohl würden auch in diesem Falle die nur angegebenen Gründe für den Souverän sprechen. Nur würde auf der andern Seite ein Anspruch auf Entschädigung, der von dem Majoratsherrn an den Souverän des feudi siti gemacht würde, durch nicht weniger erhebliche Gründe vertheidiget werden können. In keinem Fall aber darf das Besteuerungsrecht dazu gemifsbraucht werden, die Majorate höher, als andere Güter von derselben physischen und rechtlichen Beschaffenheit, zu belegen — Noch könnte man jedoch gegen die Steuerpflichtigkeit der französischen Majorate in Deutschland die Zweifel erheben, dafs das oft angeführte Statut nirgends eines gesetzlichen Unterpfandsrechtes Erwähnung thut, das dem Staate wegen der auf dem Gut haftenden Abgaben zustehe, auch überhaupt verbietet, die Ein-

künfte eines Majorates mit Arrest zu bestricken. Allein so wenig jenes Stillschweigen und dieses Verbot in Frankreich der Anwendbarkeit der Grundsätze, die von der Steuerpflichtigkeit der Unterthanen und von den Mitteln, die Abgaben herbeyzutreiben, überhaupt gelten, bey den Majoraten im Wege steht, eben so wenig kann daher ein Schluss gegen die Steuerpflichtigkeit der französischen Majorate in Deutschland entlehnt werden. Es kann also der Souverän, in dessen Gebiete französische Majorate liegen, die allgemeinen Gesetze des Staates, wodurch das richtige Einkommen der Abgaben gesichert wird, auch auf diese Güter unbedenklich anwenden, ausgenommen, daß in keinem Falle das Gut selbst, der rückständigen Abgaben wegen, zur Versteigerung gebracht werden darf. — Uebrigens versteht es sich von selbst, daß dieses Besteuerungsrecht durch Staatsverträge beschränkt, oder aufgehoben werden kann *).

*) In dem oben (S. 209) angeführten 5. Artikel des französisch - schwedischen Friedens hat die Krone Schweden auf das Besteuerungs-

Es ist bis hieher ausschliessend von den kayserlichen Schenkungen die Rede gewesen, die zur Ausstattung eines erblichen Titels bestimmt sind, (mit einem Worte, nur von den Majoraten;) es giebt jedoch in Deutschland und in andern Staaten noch andere kayserliche Schenkungen, die wenigstens bis jetzt noch nicht diese Bestimmung haben. Ueber diese brauche ich, dem Zwecke der vorliegenden Abhandlung gemäß, nur so viel zu bemerken, daß sie durch das (zweyte) kayserliche Decret, v. 3. März 1810, in Beziehung auf die Rechte des Besitzers, (z. B. in Beziehung auf Veräusserung und Verpfändung,) den Majoraten durchgängig gleichgesetzt worden sind. Es ist daher wohl keinem Zweifel unterrecht in Beziehung auf die von dem Kayser verschenkten Güter mittelbar (implicite) Verzicht geleistet, indem sie sich verpflichtet: *à maintenir les donations dans la pleine et paisible possession des biens droits et revenus à eux donnés etc.* — Zu Folge öffentlicher Nachrichten ist eine ähnliche Verzichtleistung in dem Vertrag enthalten, wodurch die Hannöverschen Lande an Westphalen abgetreten worden sind.

worfen, daß das im Eingange dieser Abhandlung genannte Decret, auch auf diese Art von Schenkungen angewendet werden müsse.

Betrachtet man das rechtliche Verhältniß, das durch die französischen Majorate in Deutschland zwischen der Krone Frankreichs und den deutschen Fürsten begründet wird, aus dem Gesichtspunct der Politik, so liegt das Bedenkliche dieses Verhältnisses so sehr am Tage, daß es eine unnöthige Mühe seyn würde, hier jenen Gesichtspunct weiter zu verfolgen.

Desto willkommener muß daher die Vorschrift des (ersten) kayserlichen Decretes, vom 3. März 1810 seyn, die den Besitzern kayserlicher Schenkungen im Auslande die Verbindlichkeit auferlegt, die erhaltenen Güter, sobald als möglich zu verkaufen, (zur Hälfte wenigstens in 20 Jahren, und zur andern Hälfte in den darauf folgenden 20 Jahren,) und das gelöste Kaufgeld in Frankreich zur Erwerbung anderer Güter, die an die Stelle der veräußerten treten, anzuwenden. (Tit. III. Art. 11.)

Sollte sich eine deutsche Regierung entschliessen, diese Schenkungen selbst käuflich an sich zu bringen, — und diese Maasregel dürfte sich vorzüglich in dem Fall in einem hohen Grad empfehlen, wenn die Güter, zu Folge der bestehenden Verträge steuerfrey sind, indem sie mit diesem Vorrecht auch auf den neuen Besitzer übergehen würden, — so scheint das kayserliche Statut, vom 1. März 1808, einen doppelten Weg an die Hand zu geben, auf welchem jener Zweck erreicht werden kann. (Artikel 54. 55.) Den einen, daß die Regierung (wegen der sämmtlichen, in einem deutschen Staate liegenden französischen Majorate und Schenkungen) unmittelbar mit der französischen Regierung in Unterhandlungen tritt, da sich der Kayser das Recht vorbehalten hat, den Verkauf ofterwähnter Güter den Besitzern anzubefehlen; den zweyten, daß die Regierung mit den Besitzern selbst den Kauf abschließt. Für den letztern Fall enthält das (erste) kayserliche Decret, vom 3. März 1810, noch folgende Bestimmung: „Les ventes, le remploi et

le placement provisoire des fonds provenant des ventes, seront autorisé par le conseil établi à cet effet auprès de notre intendant du domaine extraordinaire.“ (Tit. III. Artikel 12.)

Königliches Decret vom 24. Febr.
1809, die Forderungen an den
kayserlichen Domänen betr.

Wir HIERONYMUS NAPOLEON, von Gottes Gnaden und durch die Constitutionen König von Westphalen, französischer Prinz etc. etc.

haben, nach Ansicht des 3^{ten} Artikels des, am 22^{sten} April 1808, zwischen Seiner Majestät dem Kayser, Unserm erhabenen Bruder und Uns zu Berlin geschlossenen Tractats, in welchem bestimmt ist, daß diejenigen Domänen, welche Se. Kayserliche Majestät sich vorbehalten hat, von allen Lasten, Substitutionen, Eigenthumsansprüchen, Nutzniessungen, Privilegien und Renten, fortdauernde oder lebenslängliche, in-

gleichen von allen Schenkungen, Appanagen, Pensionen und Hypotheken oder andern Schulden jeder Art, frey, los und ledig seyn sollen;

wie auch nach Ansicht des 11. Artikels des gedachten Tractats, welcher festsetzt, daß, in Gemäfsheit des 3. Artikels, die Uns anheim gefallenen Domänen mit allen den oben erwähnten Lasten, Rechten, Prästationen u. s. w., beschwert seyn sollen, in Rücksicht deren entweder an alle, Sr. Majestät dem Kayser in dem gedachten Tractate vorbehaltenen Domänen, oder nur an einen Theil derselben Ansprüche gemacht werden könnten;

endlich nach Ansicht des 3. Artikels Unseres Decrets vom 2. May 1808, nach welchem zu der öffentlichen Schuld auch die auf die Domänen hypothecirten Lasten und Abgaben gehören, weil die Uebernahme derselben wirklich eine der Bedingungen gewesen, unter welchen die Hälfte der Domänen dem Staate belassen worden ist;

und in Erwägung, daß es wesentlich nothwendig ist, die Gerechtsame, Prästa-

tionen und Schuldforderungen, die eine Verminderung der reinen Ertragssumme, wofür Se. Majestät der Kayser und König eine jede Domäne angenommen hat, bewirken würden, von denjenigen abzusondern, welche bey Ausmittlung dieser Ertragssumme nicht mit in Anschlag gebracht sind, sondern den Pächtern ausser dem zu entrichtenden Pachtgeld obliegen, und die Wir für Rechnung des Staats nicht mit übernommen haben;

dafs die, wegen der vom Staat übernommenen Schulden und andern Lasten gegen den Kayser und dessen Stellvertreter erhobenen Klagen, und ein darauf eingeleitetes gerichtliches Verfahren nur unnöthige Kosten machen, und für den öffentlichen Scha'z, welcher dafür haften müßte, eine Vermehrung der Ausgaben nach sich ziehen würden;

dafs die Ausmittlung und Anerkennung dieser Schulden und Lasten ein Gegenstand der öffentlichen Schuldenliquidation ist, und mit der General - Finanz - Verwaltung in genauem Zusammenhange steht

folglich die Tribunäle darüber zu erkennen nicht berechtigt sind;

auf den Bericht Unserer Minister der Justiz und der Finanzen;

nach Anhörung Unseres Staatsraths;

verordnet und verordnen, wie folgt:

Art. 1. Alle diejenigen, welche an den Sr. Majestät dem Kayser der Franzosen vorbehaltenen Domänen, Ansprüche oder Forderungen zu haben glauben, sind, falls die Directoren der kayserlichen Domänen, oder deren Besitzer selbige anzuerkennen oder zu erfüllen sich weigern, verbunden, dem Staatsrath und Generalliquidator der öffentlichen Schuld ihre angeblichen Rechte, Forderungen, Lasten, Abgaben oder Prästationen anzuzeigen.

Sie haben sich zu dem Ende binnen einem Jahre mit ihren desfallsigen Gesuchen an den Generalliquidator oder an die besonderen Liquidatoren, welche sodann nach den ihnen zu ertheilenden Instructionen verfahren werden, zu wenden, widrigenfalls sie mit ihren Forderungen auf immer präcludirt werden sollen.

Art. 2. Die Liquidatoren müssen die von Uns übernommenen Lasten, wohin alle diejenigen gehören, welche die reine Ertragssumme, für die Sr. Majestät der Kayser eine jede Domäne angenommen hat, vermindern würden, von denjenigen Lasten sorgfältig unterscheiden, welche den Pächtern ausser der zu entrichtenden Pachtsumme obliegen, und nach wie vor von diesen oder den Eigenthümern getragen werden müssen, weil, wenn sie der Staat trüge, die reine Ertragssumme von 7 Millionen Franken, welche nach den wirklichen Pachtsummen berechnet, und bey dem gedachten Tractat zum Grunde gelegt ist, dadurch erhöht werden würde.

Die bemeldeten Liquidatoren müssen die Natur und Beschaffenheit der in Anspruch genommenen Forderungen, Abgaben, Prästationen und Gerechtsame untersuchen, und bestimmen, ob solche entweder auf die Amortisationskasse, oder auf den öffentlichen Schatz anzuweisen sind; auf erstere nämlich alle Reallasten und Grundgerechtsame, Privilegien und Hypo-

theken, als zur Staatsschuld gehörig, — auf letzteren hingegen die übrigen, als Pensionen und die Verwaltungs - Ausgaben und Lasten.

Art. 3. Die Getraide - und Naturalabgaben sollen mit Gelde bezahlt werden.

Zu dem Ende soll eine Durchschnittsberechnung nach den letzten 30 Jahren angelegt, der auf diese Weise ausgemittelte Betrag mit 5 pro Cent zu Capital angeschlagen, und dieses Capital bis zur Zurückzahlung oder Ablösung desselben mit 4 pro Cent verzinset werden.

Art. 4. Diejenigen, welche an den Sr. Majestät dem Kayser vorbehaltenen Domänen Forderungen und Ansprüche haben, dürfen solche, sie mögen auf die Zuerkennung von Rechten, auf die Berichtigung von Zinsen, Lasten, Abgaben, Prästationen, oder auf die Wiederbezahlung von exigibeln Forderungen gerichtet seyn, gegen die Directoren der kayserlichen Domänen, oder gegen die Besitzer derselben und deren Nachfolger, nicht gerichtlich geltend machen

Den Richtern und Tribunälen wird hiermit untersagt und verboten, über Klagen dieser Art zu erkennen, und aufzugeben, die Partheien an die vorerwähnten Liquidatoren zu verweisen.

Art. 5. Diesem Verbote sind jedoch die Gläubiger und Prätendenten nicht unterworfen, welche Ansprüche und Forderungen haben, deren Erfüllung von den Directoren oder Besitzern der kayserlichen Domänen verweigert wird, wenn gleich selbige die Ertragssumme, so wie solche bey jeder, Sr. Majestät dem Kayser und Könige vorbehaltenen, Domäne geschätzt und angenommen, und wovon im 2^{ten} Artikel Erwähnung geschehen ist, nicht vermindern.

Art. 6. Unsere Minister der Justiz und der Finanzen sind, in so weit es jeden angeht, mit der Vollziehung des gegenwärtigen Decrets beauftragt, welches in das Gesetzbülletin eingerückt werden soll.

Gegeben in Unserm Königlichen Palla-
ste zu Cassel, am 24^{sten} Februar 1809, im
3^{ten} Jahr Unserer Regierung.

Unterschr.: **HIERONYMUS NAPOLEON.**

Auf Befehl des Königs.

Der Minister Staatssecretär,
unterschrieben: **Graf von FÜRSTENSTEIN.**

VI.

Ueber die heutige Anwendbarkeit des
deutschen Privat-Fürsten-Rechts.

Wenn die bisherige Verfassung eines Staates oder mehrerer durch ein gemeinschaftliches Band vereinigter Staaten, ganz oder zum Theil verändert wird, so besteht das Geschäft des Rechtsgelehrten, insbesondere des Publicisten, so lange die neue Ordnung der Dinge noch nicht in allen ihren Folgen durch positive Gesetze bestimmt ist, hauptsächlich darin, die Vergangenheit mit der Gegenwart zu vergleichen, und die Anwendbarkeit oder Nichtanwendbarkeit des bisherigen Rechts auf diejenigen rechtlichen Verhältnisse, die die neue Verfassung be-

stehen liefs, zu untersuchen, um theils das, was einstweilen Rechtens ist, auszumitteln, theils die Regierungen auch auf die entfernteren rechtlichen Beziehungen, in welchen die neue Verfassung steht, aufmerksam zu machen-

Die Staaten des Rheinischen Bundes befinden sich (mit wenigen Ausnahmen) noch immer gerade in einer solchen Periode des Ueberganges zu einer ganz neuen Ordnung der Dinge. Zwar, wenn man erwägt, daß die deutschen Staaten schon damals, als noch die deutsche Reichsverfassung bestand, beynahe ganz unabhängig waren, daß die Auflösung dieser Verfassung und die Stiftung des Rheinischen Bundes unmittelbar nur das auswärtige Verhältniß jener Staaten zum Gegenstand hatte, und daß die Rheinische Bundesacte für das innere Staatsrecht verbündeter Staaten nur das Princip der Souveränität aufstellte, so sollte man glauben, daß die Staassveränderung, durch welche der Rheinische Bund an die Stelle des deutschen Reichsverbandes gesetzt wurde, auf die Verfassung der einzelnen ver-

bündeten Staaten nur einen unbedeutenden Einfluß haben konnte. Aber diese Meinung würde um so irriger seyn, je inniger die Verbindung war, in welcher das deutsche Landesstaatsrecht in der Theorie und in der Praxis mit dem Verfassungs- und Regierungsrechte des deutschen Reiches stand. So würde also schon durch die Auflösung der deutschen Reichsverfassung allein eine Veränderung des öffentlichen Rechts der einzelnen deutschen Staaten Bedürfniß; ein Bedürfniß, das durch die auswärtigen Verhältnisse dieser Staaten, und durch die neue Gestaltung, die andere mit ihnen in einer sehr nahen Verbindung stehende Staaten erhalten hatten, noch fühlbarer gemacht wurde. Gleichwohl ist die neue Schöpfung bis jetzt nichts weniger als vollendet. Während in einigen Staaten des Rheinischen Bundes der politische Bildungstrieb bereits einer ganz neuen Ordnung der Dinge das Daseyn gegeben hat, haben andere deutsche Regierungen, und zwar bey weitem die Mehrzahl derselben, entweder verhindert durch Krieg und andere sorgli-

che Zeitläufte, oder in der Ueberzeugung, daß man zu einer Umgestaltung der Verfassung nur mit der größten Umsicht und Bedächtlichkeit schreiten dürfe, nur solche Veränderungen vorgenommen, die das Bedürfnis des Augenblickes dringend forderte.

Ein Theil des deutschen Rechts, auf welchen der Grundsatz der Rheinischen Bundesacte, daß die Mitglieder des Bundes souveräne Fürsten sind, vorzugsweise einen entscheidenden Einfluß hat, ist das sogenannte deutsche Privat - Fürsten - Recht. (*Jus privatum principum germaniae.*) Diesen — vielleicht noch nicht genugsam beachteten — Einfluß aus dem eben angegebenen Gesichtspunct zu erörtern, ist der Zweck der vorliegenden Abhandlung.

Die erste hier zu erörternde Frage ist die: Was war das deutsche Privatfürstenrecht, als noch die deutsche Reichsverfassung bestand? wie begründete man diese Wissenschaft? wie bestimmte man ihren Gegenstand? aus welchen Quellen wurden die einzelnen Sätze derselben abgeleitet?

Zur Beantwortung dieser Frage stelle ich folgende Sätze auf, die größtentheils aus einer der bekanntesten Schriften über diese Wissenschaft (J. S. PÜTTERI *primae lineae juris privati principum speciatim Germaniae*. Gott. Ed. II. 1779. 8.) entlehnt sind: 1) Die rechtlichen Verhältnisse eines Monarchen sind von doppelter Art, öffentliche und Privat-Verhältnisse. In den erstern kann nur der Fürst, als solcher, in den letztern auch ein jeder Unterthan stehen. 2) Die Rechte und Pflichten, die der Fürst, als solcher, (als eine *persona publica*) hat, sind, ihrem Wesen nach, ein Gegenstand des öffentlichen oder Staatsrechtes. Hingegen ist, was die Privat-Verhältnisse des Fürsten betrifft, ein Unterschied zwischen souveränen und nicht souveränen Fürsten zu machen. Die erstern sind in dieser Beziehung nur in so fern einem positiven Gesetz unterworfen, als die Grundgesetze des Staates gewisse Bestimmungen über diesen Gegenstand enthalten. (Denn die Gesetze, die der Monarch giebt, begründen für ihn selbst keine Rechtsver-

bindlichkeit.) Tritt aber dieser Fall ein, so gehören die Rechtssätze, die in den Staatsgrundgesetzen über die Privatverhältnisse des Monarchen vorkommen, nicht in das Privat- sondern in das öffentliche Recht. Denn ein Gegenstand, der an sich in das Gebiet des Privatrechtes gehört, wird, sobald er durch die Grundgesetze eines Staates bestimmt ist, ein Theil des öffentlichen Rechts. — Die leztern sind Regenten und Unterthanen zugleich, das erstere in Beziehung auf das Staatsgebiet, das sie regieren, das leztere in Beziehung auf das Staatsgebiet, von welchem das erstere nur ein Theil ist. Sie sind daher, was ihre Privat-Verhältnisse betrifft, zwar nicht nach den Privatgesetzen zu beurtheilen, die sie selbst gegeben haben, (in so fern sie sich nicht ausdrücklich und freywillig diesen Gesetzen unterwarfen,) wohl aber nach den Privatgesetzen, die von der Staatsgewalt, unter welcher sie selbst als Unterthanen stehen, sanctionirt worden sind. Vorausgesetzt also, daß mehrere monarchische Staaten wiederum zusammen einen einzigen Staat bil-

den, so wird das Recht, nach welchem die privatrechtlichen Verhältnisse der Regenten der einzelnen Staaten zu beurtheilen sind, seinem Gegenstand und seiner Form, d. h. seinem Inhalt und seinen Quellen nach, ein Theil des Privatrechtes seyn, das, in so fern es Abweichungen von dem allgemeinen positiven Privatrecht enthält, Privatfürstenrecht — *jus privatum principum* — genannt, und nach Befinden als eine besondere Wissenschaft behandelt werden kann. 3) Jene Voraussetzung tritt in Deutschland wirklich ein. Die deutschen Fürsten sind theils Regenten der einzelnen deutschen Reichsländer, theils Unterthanen des deutschen Reiches, dieses als ein Ganzes betrachtet*) Die privatrechtlichen Ver-

*) Die deutschen Reichsfürsten waren theils geistliche, theils weltliche Fürsten. Hier und in dieser ganzen Abhandlung ist nur von den letztern die Rede, obwohl unter den Souveränen des Rheinischen Bundes der eine, der Fürst Primas, (der Großherzog von Frankfurt) auch als ein geistlicher Regent betrachtet werden kann. — Ich habe Bedenken getragen, die allgemeinen Rechtsgrundsätze, die

hältnisse dieser Fürsten sind daher in der Regel, d. h. in so fern nicht Staatsverträge oder die Gesetze der einzelnen Staaten einanderes festsetzen, nach dem gemeinen deutschen Privatrecht (Jus privatum Germ. commune) zu beurtheilen; und da dieses Recht mehrere besondere Bestimmungen über die Privatrechte der deutschen Fürsten enthält, so kann man diese Bestimmungen in einer eigenen Wissenschaft, unter dem Namen des deutschen Privatfürstenrechts, zusammenstellen. 4) Die Quellen dieser Wissenschaft sind: a) Die deutschen Reichsgesetze, in so fern sie besondere Verfügungen über die Privatverhältnisse der deutschen Fürsten enthalten; b) das Reichsherkommen, insbesondere die rechts-

ich weiter unten über das Privatfürstenrecht aufstellen werde, mit den besondern rechtlichen Verhältnissen dieses Souveränes zu vergleichen, da diese Untersuchung in das particuläre Staatsrecht gehört. Sie enthält übrigens mehrere interessante Aufgaben, besonders auch wegen der Verhältnisse, in welchen er zu seinem Regierungsnachfolger (vgl. das kays. franz. Deeret v. 1. März 1810.) steht.

kräftigen Entscheidungen der höchsten Reichsgerichte, 'unter derselben Voraussetzung; c) das Römische Recht, in so fern das, was die Römischen Gesetze über die Privatverhältnisse des Kayzers oder seiner Gemahlin festsetzen *), auch auf die deutschen Fürsten und deren Gemahlinnen angewendet werden kann; d) die rechtlichen Maximen, nach welchen die Hausgesetze, die in den einzelnen deutschen Fürstenhäusern bestehen, überhaupt auszulegen sind. Denn es ist, was insbesondere die letztere Rechtsquelle betrifft, Thatsache, daß alle deutschen Fürstenhäuser von der Freyheit, ihre Privatverhältnisse durch besondere Verfügungen zu bestimmen, (von der ihnen zukommenden *Autonomie*) den vielseitigsten Gebrauch gemacht haben; einer Freyheit, die um so unbeschränkter war, je mehr sie theils durch die Beschaffenheit des gemeinen deutschen Rechts, theils durch die Macht der deutschen Fürsten, theils durch das Interesse ihrer Staaten be-

*) Vgl. z. B. l. 34. pr. C. de donat. l. 8. §. 2.

D. de inoff. testam. l. 3. C. de testam.

günstiget wurde. Nun sind zwar diese Hausgesetze an sich nicht Quellen eines gemeinen deutschen Privatfürstenrechts, sondern ein jedes regierende Haus hat in so fern unmittelbar nur sein eigenes Privatrecht. Gleichwohl ergeben sich aus der Vergleichung dieser Hausgesetze unter sich gewisse allgemeine Principien, die, so wie sie diesen Hausgesetzen als der Zweck der darin enthaltenen Verfügungen in der Regel zum Grunde liegen, eben so zur Auslegung dieser Hausgesetze angewendet werden können. Denn es sind diese Hausgesetze insgesamt darauf berechnet, den Glanz des regierenden Hauses (*den splendor familiae*) zu erhalten und zu vermehren, oder — denn so kann und muß man in der That jenen Satz erklären — die Privatverhältnisse der regierenden Familie auf eine dem Interesse ihrer Staaten angemessene Weise zu bestimmen, und daher insbesondere das alte deutsche Recht, das mit diesem Zwecke grossentheils sehr wohl übereinstimmte, aufrecht zu erhalten*). Und diese Grundsätze

*) Streng genommen war es also nur ein einziges

oder richtiger, diese Regeln der Auslegung können um so mehr als Quellen eines gemeinen deutschen Privatfürstenrechts betrachtet werden, je mehr sie durch allgemeine politische Gründe, — durch den Mangel an andern positiven Entscheidungsquellen auf der einen, und durch die Regenteneigenschaft der deutschen Fürsten auf der andern Seite unterstützt werden. — Freylich kann man dieser Begründung der Wissenschaft (durch die vierte oben angeführte Rechtsquelle) alle die Einwendungen entgegen setzen, die man in den neuern Zeiten gegen die Existenz eines gemeinen deutschen Privatrechtes überhaupt in so fern gemacht hat, als dieses nicht auf ausdrücklichen Gesetzen (den deutschen Reichsgesetzen) beruhte. Allein wenn man auch zugeben muß, daß eine Wissenschaft, deren Grundsätze nicht unbedingt und bis daß eine Ausnahme von der Regel erwie-

Princip, auf welchem das deutsche Privatfürstenrecht, in so fern es nicht durch Gesetze oder durch das Herkommen bestimmt war, beruhte.

sen werden kann, sondern nur unter der Voraussetzung, daß der Grund, auf welchem die Regel beruht, in dem vorliegenden Fall eintritt, in der Erfahrung anwendbar sind, nicht als eine Wissenschaft des gemeinen deutschen Rechts, dieses Wort in seiner eigentlichen und juristischen Bedeutung genommen, betrachtet werden kann, so ist es doch eben so gewiß, daß, was insbesondere das deutsche Privatfürstenrecht betrifft, diese Wissenschaft als ein Inbegriff von historisch und bedingt allgemeinen Regeln der Auslegung mit Recht von dem Privatfürstenrechte der einzelnen deutschen regierenden Häuser getrennt, und in das Gebiet der gemeinen deutschen Rechts w i s s e n s c h a f t aufgenommen wurde.

Weit erheblicher ist eine andere Einwendung, die man gegen die Grundlage, auf welcher das deutsche Privatfürstenrecht ruhte, machen konnte. Man betrachtete dieses Recht, wie schon der Name desselben zeigt, als einen Theil des Privatrechtes und begründete diesen Character der Wissen

schaft durch den Unterschied, den man zwischen den öffentlichen und Privatverhältnissen der deutschen Fürsten machte. Allein versucht man eine scharfe Gränzlinie zwischen beyden Arten der Verhältnisse zu ziehen, so dürfte man bald das Unzureichende jenes Unterschiedes entdecken. Zwar wurde oben das Wesen der Privatverhältnisse eines Fürsten so bestimmt, daß sie dem Fürsten mit den Unterthanen gemein sind. Wendet man aber diesen Satz zur Beurtheilung einzelner Fälle an, so entsteht sofort die Frage, ob damit bloß die Form, oder auch das Materielle des Verhältnisses gemeint sey? In dem erstern Falle gehörte z. B. die ganze Lehre von der Succession in Land und Leuten in das Privatfürstenrecht; in dem zweyten Falle gehörte diese Lehre in das deutsche Territorialstaatsrecht. — Gab man also der erstern Meinung den Vorzug, so mußte das deutsche Privatfürstenrecht eine grosse Anzahl Lehren enthalten, auf welche offenbar das deutsche Staatsrecht einen eben so gegründeten Anspruch hatte. Trat man der

zweyten Meinung bey, so mußte man fürchten, den ganzen Inhalt der Wissenschaft an das Staatsrecht zu verlieren, da ein Fürst nicht leicht in einem rechtlichen Verhältnisse stehen kann, das nicht in einer nähern oder entfernten Beziehung auf die Regenteneigenschaft des Fürsten stände *). — Es ist hier der Ort nicht, diese Einwendung, in so fern sie das ehemalige deutsche Privatfürstenrecht trifft, weiter zu verfolgen, oder zu beseitigen. In so fern sie aber bey der neuen Ordnung der Dinge

*) Die hier gerügte Schwierigkeit hatte unter andern die Folge: daß die Lehre von der Succession in Land und Leuten von einigen Schriftstellern im Staatsrechte, von andern im Privatfürstenrechte vorgetragen wurde. — PÜTTER erklärt sich nirgends bestimmt darüber, was er unter den *negotiis privatis principum* verstehe. Weit richtiger wurde die Streitfrage in folgenden beyden Schriften ins Auge gefaßt: POSSE über die Sonderung reichsständischer Staats- und Privatverlassenschaft. Gött. 1790. 8. v. KAMPTZ Erörterung der Verbindlichkeit des weltlichen Reichsfürsten aus den Handlungen seines Vorfahren. 1800. 8.

die seit der Auflösung des deutschen Reichsverbandes eingetreten ist, Berücksichtigung verdient, kann und wird sie erst weiter unten geprüft werden. Nur so viel will ich hier noch bemerken, daß jene Einwendung nicht etwa auf einen blossen Wortstreit, oder auf eine bloß theoretische Frage hinausläuft. Sondern die Frage, die jener Einwendung zum Grunde liegt, ist offenbar die: Ob die rechtlichen Verhältnisse, in welchen ein Monarch steht, schlechthin nach den Grundsätzen des Staatsrechts, oder zum Theil auch nach den Grundsätzen des Privatrechts zu beurtheilen sind? und diese Frage war schon damals, als noch die deutsche Reichsverfassung bestand, wegen der Unvollständigkeit der deutschen Reichsgesetzgebung, von der größten Wichtigkeit.

Wir gehen jetzt zu einer zweyten Frage fort: Ob und in wie fern die Grundsätze des ehemaligen deutschen Privatifürstenrechtes noch jetzt in den Staaten des Rheinischen Bundes anwendbar sind? Diese Frage begreift wiederum zwey andere unter sich: 1) In wie fern sind die Privatrechte

der verbündeten Souveräne und ihrer Familien, und 2) in wie fern sind die Privatrechte der Standesherrn und ihrer Familien noch jetzt nach diesen Grundsätzen zu beurtheilen? Ich werde mich jedoch in der vorliegenden Abhandlung nur auf die Beantwortung der erstern Frage beschränken. Zwar lassen sich über die andere Frage allerdings einige allgemein geltende Grundsätze aufstellen, z. B. daß die Hausgesetze der standesherrlichen Familien nur in so fern zu Recht beständig sind, als sie nach den Gesetzen des Staates, in welchen die Standesherrschaften liegen, zu Recht bestehen können; daß sie, unter dieser Voraussetzung, nach den Regeln, die das ehemalige deutsche Privatfürstenrecht aufstellte, eben so ausgelegt werden können und müssen, wie ein jeder Vertrag oder letzte Wille nach dem zu vermuthenden Willen der Partheyen oder des Erblassers auszulegen ist, u. s. w. Allein, soll die Antwort auf jene Frage vollständig seyn, und einen wahrhaft practischen Nutzen haben, so muß sie nicht nur auf einen jeden Staat, in welchem

es Standesherrn giebt, besonders gerichtet seyn, sondern auch die Hausgesetze der einzelnen standesherrlichen Familien nach der Reihe durchgehen, und in Beziehung auf jene Frage prüfen. Ein solches Unternehmen aber hat, wenigstens vor der Hand, noch unübersteigliche Schwierigkeiten *).

Indem ich jetzt zur Beantwortung der erstern oben aufgestellten Frage fortgehe, darf ich nicht die Einwendung fürchten, daß ein Verhältniß, das sich unmittelbar auf den Souverän beziehe, überall nicht nach Grundsätzen des Rechts beurtheilt werden könne. Ohne mich hier auf eine weitläufige Widerlegung der Irrthümer einzulassen, die einer solchen Einwendung zum Grunde liegen würden, will ich nur soviel

*) Die meisten Souveräne, in deren Gebiet es Standesherrschaften giebt, haben die Gültigkeit der standesherrlichen Hausgesetze von einer ausdrücklichen Bestätigung abhängig gemacht. Noch ist mir kein Beyspiel von der Art bekannt, wie eine solche Bestätigung ertheilt worden ist, das im Druck erschienen wäre.

bemerken, daß das deutsche Privatfürsten-Recht auch in die Rechtsverhältnisse einschlägt, in welchen ein Souverän des Rheinischen Bundes zu andern Souveränen steht, daß es die Richtschnur ist, nach welcher die Civilgerichte in allen den Fällen, in welchen der Fürst vor ihnen Recht zu nehmen gelobt hat, ihre Entscheidungen zu fassen haben, daß keine Monarchie ohne bestimmte Gesetze über die Thronfolge bestehen kann, daß ein gewissenhafter Fürst die Rechtsfrage auch dann vor allen andern untersuchen wird, wenn er gleich kein äußeres Hinderniß der Willkür zu fürchten hätte.

Jedoch die Frage: Ob und in wie fern das ehemalige deutsche Privatfürstenrecht noch jetzt zur Bestimmung der rechtlichen Verhältnisse der verbündeten Souveräne und ihrer Familien angewendet werden könne? hat einen doppelten Sinn. Entweder fragt man: Ob überhaupt die Rechtsquellen, aus welchen bisher das deutsche Privatfürstenrecht abgeleitet wurde, in Beziehung auf die Souveräne des Rheinischen

Bundes noch jetzt als geltende Entscheidungsgründe betrachtet werden können? Oder man fragt: Ob und in wie fern, auch angenommen, daß die verbindende Kraft jenes Rechtes noch jetzt an sich und im Allgemeinen bestehe, dennoch die einzelnen Sätze desselben mit der dermaligen Verfassung der deutschen Staaten, und insbesondere mit der Eigenschaft souveräner Staaten, die sie seit der Auflösung des deutschen Reichsverbandes haben, vereinigt werden können?

Beantwortung der erstern Frage: Zu den Quellen des deutschen Privat-Fürstenrechtes gehörten: 1) die deutschen Reichsgesetze. Daß diese Gesetze, als deutsche Reichsgesetze, seit der Aufhebung des deutschen Reichsverbandes weder in dem vorliegenden Falle, noch sonst noch verbindende Kraft haben, versteht sich von selbst. Jedoch die Rheinische Bundesacte scheint noch weiter zu gehen, sie scheint ihnen in einer jeden Eigenschaft alle Gültigkeit für die Zukunft zu nehmen, wenn sie im 2. Artikel festsetzt: „Toute loi de

l'Empire germanique qui a pu jusqu'à présent concerner et obliger Leurs Majestés etc. leurs sujets et leurs Etats ou partie d'iceux, sera à l'avenir, relativement à Leurs dites Majestés etc. à leurs Etats et sujets nulle et de nul effet; sauf néanmoins les droits acquis à des créanciers et pensionnaires par le recès de 1803. etc. Zwar hat man gegen die Allgemeinheit des Satzes, den dieser Artikel aufstellt, mehrere nicht unbedeutende Bedenklichkeiten erhoben. Aber selbst diejenigen Schriftsteller, die den Sinn dieses Artikels am meisten beschränken, halten die deutschen Reichsgesetze, wenigstens in so fern sie sich auf das Verfassungs- oder Regierungsrecht beziehen, für schlechthin aufgehoben; sie müssen daher auch die fernere Gültigkeit dieser Gesetze in Beziehung auf das deutsche Privatfürstenrecht schlechthin ableugnen, da dieses Recht in einer so genauen Verbindung mit dem Verfassungsrechte steht. Gleichwohl würde ich die deutschen Reichsgesetze noch immer in Beziehung auf die Rechtsverhältnisse, die der Gegenstand

des deutschen Privatfürstenrechtes waren, als eine Art von stillschweigend beybehaltenen Staatsgrundgesetzen betrachten, in so fern sie theils auch unabhängig von der deutschen Reichsverfassung, ihrem Inhalte nach, bestehen können, theils nicht durch neuere Staatsgesetze seit der Auflösung der deutschen Reichsverfassung aufgehoben worden sind. Ich würde z. B. kein Bedenken tragen, die Successionsordnung und die Dauer der Minderjährigkeit des Regenten, wenn von einem ehemaligen Churstaate die Rede wäre, nach der goldenen Bulle zu bestimmen. Denn es ist dem Interesse des Staates und der monarchischen Verfassung weit angemessener, daß man dem Herkommen folgt, als daß man alles dem Zufall überläßt. Ausserdem aber giebt die Rheinische Bundesacte selbst einen Fall an, in welchem das bisherige deutsche Privatfürstenrecht, und die dahin einschlagenden Reichsgesetze, noch ferner ihre volle Gültigkeit behalten. Denn wenn sie im 34. Artikel den verbündeten Fürsten gegenseitig die Successionsrechte vorbehält, die der

eine in Beziehung auf die Länder des andern haben könnte, so versteht es sich von selbst, daß diese Rechte nach den Gesetzen und Verträgen zu beurtheilen sind, vermöge welcher sie erworben wurden. 2) Eben so wenig ist es zweifelhaft, daß das Römische Recht, in so fern es überhaupt in den Staaten des Rheinischen Bundes fortwährend gesetzliche Kraft hat, auch auf die Privat-Verhältnisse der verbündeten Souveräne noch immer angewendet werden kann, da die Eigenschaft der Souveränität, die den verbündeten Fürsten zukommt, sogar als ein neuer Grund für das Ansehen des Römischen Rechts in der vorliegenden Beziehung betrachtet werden kann. Endlich 3) kann auch die fernere Gültigkeit der in den einzelnen deutschen Fürstenthümern bestehenden Gesetze und Gewohnheiten im Allgemeinen schon um deswillen nicht mit Grunde bestritten werden, weil sie nicht der Abhängigkeit der deutschen Fürsten von der Reichsstaatsgewalt, sondern gerade der Selbstständigkeit dieser Fürsten ihr Daseyn verdanken, auch so lange, bis sie durch

andere Staatsgrundgesetze ersetzt worden sind, in allen den Fällen, die das philosophische Recht unbestimmt läßt, dem Zustand eines gänzlich ungewissen Rechts allein vorbeugen können. Freylich aber werden sie nach der dermaligen Verfassung der deutschen Staaten aus einem ganz andern Gesichtspunct, als ehemals, zu beurtheilen seyn. Jedoch davon kann erst weiter unten gehandelt werden.

Die zweyte Frage, zu deren Beantwortung ich jetzt fortgehe, hängt mit einer andern und allgemeineren Untersuchung auf das genaueste zusammen, der Untersuchung nämlich: Ob und in wie fern in einem souveränen Staate, dessen Verfassung monarchisch ist, überhaupt von einem Privatrechte des Monarchen und seiner Familie die Rede seyn kann? Denn der wesentliche Unterschied zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart besteht, in Beziehung auf die vorliegende Aufgabe, gerade darin, daß die deutschen Fürsten, ehemals der Reichsstaatsgewalt unterworfen, jetzt souverän sind.

Ich muß, um mir zu jener Untersuchung den Weg zu bahnen, zu den höchsten Eintheilungsgründen der Rechtswissenschaft überhaupt hinaufsteigen. — Die Rechte, die der Mensch im Stande der Natur, d. h. abgesehen von der Staatsverbindung, hat, sind insgesamt Privatrechte, d. h. Rechte, die der einzelne Mensch gegen einzelne Menschen hat. Im Staat hingegen entsteht ein dreyfaches rechtliches Verhältniß: 1) Das rechtliche Verhältniß zwischen den Mitgliedern des Staates, diese einzeln (als Privatpersonen) betrachtet. Dieses Verhältniß ist der Gegenstand des Privatrechtes. Das Princip dieses Rechtes ist, einem Jedem die Rechte zu gewähren, die ein Mensch gegen den andern im Stande der Natur hat. 2) Das rechtliche Verhältniß, in welchem die Mitglieder eines Staates als Theile eines rechtlichen Ganzen, (als Staatsbürger) zu einander stehen. Die Bestimmung dieses Verhältnisses ist die Aufgabe des Verfassungsrechtes, als eines Rechtes, das die Vereinigung der Menschen zu einem rechtli-

chen Ganzen, das den Namen: Staat führt, zum Gegenstand hat *). Die Idee einer Staatsgewalt zu personificiren und die Persönlichkeit des Staates mit der Persönlichkeit der Mitglieder des Staates in Uebereinstimmung zu setzen, ist das Princip dieses Rechts. 3) Das rechtliche Verhältniß, in welchem die Staatsgewalt, (der Staat als ein Ganzes betrachtet) zu den einzelnen Mitgliedern des Staates, in so fern diese der Staatsgewalt unterworfen sind, (mithin als Unterthanen) steht. Dieses Verhältniß ist der Gegenstand des Regierungsrechtes. Das Princip dieses Rechtes ist, die Rechte der constituirten Staatsgewalt mit den Rechten der Unterthanen in Uebereinstimmung zu setzen.

Angenommen nun 1) daß die Verfassung eines Staates monarchisch ist, d. h. daß die Idee der Staatsgewalt durch einen einzelnen Menschen repräsentirt wird, so fragt sich: Ob und in wie fern die Grundsätze des Privatrechts auch auf den Monarchen anwendbar sind? ob und in wie

*) Eine jede Gemeinheit ist eine Staatsbehörde.

fern mithin der Monarch nicht bloß als Monarch, sondern auch als ein einzelner Mensch nach Rechtsgrundsätzen betrachtet und in dieser Eigenschaft mit andern Privatpersonen, als solchen, in rechtlichen Verhältnissen stehen kann? — Da aber die Eigenschaft, vermöge welcher ein Subject souverain ist, eine jede andere rechtliche Eigenschaft ausschließt, da, mit andern Worten, die Souveränität auf der einen Seite ein jedes mögliche Zwangsrecht unter sich begreift, und auf der andern Seite nur durch die Pflichten, die aus ihrem Wesen — dem Rechtsgesetz, als ihrem Rechtsgrund — hervorgehn, (nicht aber durch die Rechte eines dritten) beschränkt ist, so folgt, daß jene Frage schlechthin verneint werden muß. Mithin A) die Rechte, die der Monarch als Mensch hat, z. B. das Recht, sein Leben und seine Ehre zu vertheidigen, sind nach den Grundgesetzen einer monarchischen Verfassung, als Rechte des Souveränes, als Bedingungen, von welchen die Ausübung der Souveränitätsrechte abhängt, zu beurtheilen. (Daher ist der Re-

gentenmord eine Art des Hochverrathes, eine Injurie gegen den Souverän ein Majestätsverbrechen.) B) Wenn der Souverän mit einzelnen Mitgliedern des Staates in ein rechtliches Verhältniß tritt, das, objectiv betrachtet, weder aus der Unterthanenpflicht, noch aus dem Staatsbürgerrecht abgeleitet werden kann, z. B. wenn er ein Eigenthum an Landgütern erwirbt oder einen Lieferungsvertrag schließt, so ist zwar ein solches Verhältniß in der Regel ganz so zu beurtheilen, als ob es unter Privatpersonen bestände. Allein der Grund dieser Regel liegt nicht darin, daß das Verhältniß an sich ins Privatrecht gehörte, sondern darin, daß es mit den Grundsätzen des öffentlichen Rechtes im Widerspruche stehen würde, wenn der Souverän die Rechte, von welchen hier die Rede ist, nicht mit der bürgerlichen Freyheit der einzelnen Staatsglieder in Uebereinstimmung setzen wollte. Auch leidet jene Regel eine Ausnahme in dem Falle, wenn das Interesse des Staates oder der monarchischen Verfassung davon abzuweichen gebietet. (Da-

her unterliegt z. B. das eheliche Verhältniß des Souveränes besonderen rechtlichen Bestimmungen.) 3) Die Rechte, die der Souverän in dieser Beziehung (N. 2.) hat, sind nicht als Rechte des Individuums, sondern als Rechte des Souveräns zu beurtheilen, und gehen daher insgesamt (z. B. auch die elterliche Gewalt nicht ausgeschlossen) auf den Regierungsnachfolger über, in so fern sie nicht, so viel die nur gezogene Folgerung betrifft, durch die obenerwähnte Regel auf die Person des Monarchen eingeschränkt werden. — Es kann also von einem Privatrechte des Monarchen nur in so fern die Rede seyn, als der Monarch auch mit Privatpersonen, als solchen, in gewissen rechtlichen Verhältnissen stehen kann, nicht aber in dem Sinn, als ob diese rechtlichen Verhältnisse ihrem Wesen nach, d. h. als Rechte einer Privatperson gegen eine andere, nach den Grundsätzen des Privatrechtes beurtheilt werden müßten. Vielmehr gehört die Bestimmung dieser Verhältnisse für das öffentliche Recht; und wenn schon dieses den Grundsatz auf-

stellt, daß Verhältnisse dieser Art in der Regel eben so zu beurtheilen sind, als ob sie von beyden Seiten unter Privatpersonen beständen, so beruht doch dieser Grundsatz nicht auf dem Rechte der Privatpersonen, sondern auf einer Rechtspflicht des Souveränes *) — Daher dürfte es auch der Sache angemessener seyn, die in Frage stehende Wissenschaft in der vorliegenden Beziehung nicht Privatfürstenrecht, sondern das öffentliche Recht in Beziehung auf die Privatverhältnisse des Monarchen zu nennen **).

Angenommen, 2) daß die Verfassung eines Staates eine erbliche Monarchie

*) Man glaube nicht, daß die Sache auf einen Wortstreit hinausläuft. Aus der aufgestellten Deduction allein kann man z. B. folgende Sätze ableiten: Rechtsstreitigkeiten dieser Art gehören nicht nothwendig für die Civilgerichte; die Privatverhältnisse des Souveränes sind zugleich nach politischen Rücksichten — nach Gründen des allgemeinen Besten — zu beurtheilen.

**) Man kann dieses Recht wiederum in Familien-Recht und in das Recht des Fiscus eintheilen.

ist, so stehen die Mitglieder der Familie des Souveränes an sich unter denselben Privatgesetzen, denen die übrigen Mitglieder des Staates unterworfen sind. Denn sie sind, so wie diese, Unterthanen; sie haben eben so wenig, als diese, einen Antheil an der Souveränität. Jedoch a) in demselben Augenblick, in welchem der bisherige Monarch mit Tod abgeht, oder seine Krone niederlegt, tritt der Thronfolger (*ipso jure*) an die Stelle desselben, und ist von nun an, in rechtlicher Rücksicht, als eine und ebendieselbe Person mit dem vorigen Monarchen zu betrachten. (Es war daher ein Grundsatz des ehemaligen französischen Staatsrechts: *Le roi ne meurt pas!*) b) Die Anwendbarkeit des allgemeinen Privatrechtes auf die einzelnen Sprossen des Herrscherstammes leidet theils in so fern eine Ausnahme, als das Interesse der monarchischen Verfassung, und namentlich das Thronfolgerecht, das den Mitgliedern dieser Familie zusteht, besondere rechtliche Bestimmungen nothwendig macht, theils in so fern, als die Privatverhältnisse, die zwi-

schen dem Monarchen auf der einen, und zwischen einzelnen Mitgliedern seines Geschlechts (z. B. der Gemalin und den Kindern des Fürsten) auf der andern Seite eintreten, zu Folge der obigen Untersuchung, nach den Grundsätzen des öffentlichen Rechts zu beurtheilen sind.— Hieraus folgt nun, was die Existenz eines Privatfürstenrechtes in Beziehung auf die Familie des Monarchen betrifft, von selbst, daß das Privatrecht dieser Familie in der Regel mit dem allgemeinen Privatrechte des Staates identisch ist, daß die Ausnahmen von dieser Regel auf den Grundsätzen des öffentlichen Rechts beruhen, und mithin, zu einem wissenschaftlichen Ganzen vereinigt, ein Theil der Staatsrechtswissenschaft sind.

Das Resultat, das aus der ganzen bisher geführten Untersuchung, in Beziehung auf die oben aufgestellte Hauptfrage (ob und in wie fern das ehemalige deutsche Privatfürstenrecht, seinem Inhalte nach, mit der dermaligen Verfassung der deutschen Staaten vereinbar sey?) hervorgeht, ist nun folgendes:

- 1) Von einem deutschen Privatfürstenrechte kann, nach der dermaligen Verfassung, nur in so fern die Rede seyn, als nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen ein solches Recht angenommen werden kann.
- 2) Die allgemeinen Rechtsgrundsätze, die über die Privatverhältnisse eines Monarchen und seines Geschlechts aufgestellt worden sind, werden auch auf die rechtlichen Verhältnisse der zum Rheinischen Bunde gehörenden Souveräne durchgängig anwendbar seyn, in so fern sie nicht seit der Stiftung des Rheinischen Bundes ausdrücklich abgeändert oder aufgehoben worden sind.
- 3) Die Grundsätze des ehemaligen deutschen Privatfürstenrechtes, (des gemeinen und des besondern,) sie mögen aus einer Quelle abgeleitet seyn, aus welcher sie wollen, sind in so fern, als sie mit jenen allgemeinen Rechtsprincipien im Widerspruche stehen, dermal schlechterdings nicht weiter anwendbar. Denn diese Principien sind

unmittelbare Folgerungen aus dem Begriff eines souveränen Staates, dessen Verfassung eine erbliche Monarchie ist. Die Veränderung aber, die mit der Verfassung der deutschen Staaten durch die Stiftung des Rheinischen Bundes vorgegangen ist, besteht wesentlich darin, daß diese Staaten, ehemals der Reichsstaatsgewalt unterworfen, jetzt souverän sind *).

- 4) In so fern das ehemalige deutsche Privatfürstenrecht (das gemeine und das besondere,) seinem Inhalte nach, mit jenen allgemeinen Rechtsprincipien bestehen kann, in so fern es also diese Principien entweder ergänzt oder näher bestimmt **), in so fern ist es

*) Der 2te und 3te Grundsatz wird jedoch in Ansehung der Successionsrechte eine Ausnahme leiden, die der 34. Art. der Rheinischen Bundes-Acte den verbündeten Souveränen vorbehält.

**) Ein Fall, der nicht selten eintritt, da man die Nothwendigkeit, die Privatverhältnisse der deutschen Fürstenhäuser mit dem Staatsinteresse

noch jetzt anwendbar. (Ja, diese Principien enthalten in so fern einen neuen Grund für die fortdauernde Gültigkeit dieses Rechts)

- 5) Die Regeln, die dieses Recht zur Auslegung der in den deutschen Fürstenthümern bestehenden Gesetze und Gewohnheiten anwendete, sind auch jetzt noch zu diesem Zweck in so fern anwendbar, als sie als Folgerungen aus den aufgestellten allgemeinen Rechtsprincipien betrachtet werden können.

Ich will jetzt einige der wichtigsten Lehren des bisherigen deutschen Privatfürstenrechtes durchgehen, und sie mit diesen Resultaten vergleichen.

- 1) Nach dem ehemaligen deutschen Staatsrechte konnte man allerdings den Satz vertheidigen, daß nicht der Landesherr, sondern die regierende Familie das Subject

in Uebereinstimmung zu setzen, keinesweges übersehen hatte. Vgl. oben S. 246.

der Souveränität sey *). Freylich konnte diesem Satz eine sehr weite Ausdehnung gegeben werden; man konnte ihn um so leichter mißdeuten, je weniger die deutschen Reichsgesetze das Verhältniß des regierenden Hauses zu dem Landesherrn, das durch jenen Satz begründet wurde, allen seinen Folgen und Beziehungen nach, bestimmten. Auch fehlt es nicht an Beyspielen, daß die Agnaten eines deutschen Landesherrn, gestützt auf diesen Satz, sogar eine Art von Mitregentschaft oder **Controle**

*) Der Herr Staatsrath Freyherr v. LEIST sagt in seinem Lehrbuche des teutschen Staatsrechtes §. 24. geradezu: „In den weltlichen Staaten befindet sich die Landeshoheit in dem Eigenthume der regierenden Familie.“ — Von andern z. B. von POSSE, a. a. O. S. 13. wurde zwar dieser Satz bestritten. Jedoch galten ihre Einwendungen mehr der Unbestimmtheit des Ausdruckes, als dem Satze selbst. — Man sollte nach dem heutigen Rechte nicht mehr die Worte: regierende Familie oder regierendes Haus, sondern nur folgende gebrauchen: Königliche etc. etc. Familie, Herrscherstamm.

der Regierung in Anspruch nahmen. Aber so viel ist doch allemal gewiss, — und die deutschen Reichsgerichte gingen selbst von diesem Grundsatz aus — daß gewisse Regierungshandlungen entweder gar nicht, oder nicht auf eine für alle Nachfolger in der Regierung verpflichtende Weise unternommen werden konnten, ohne daß die regierende Familie ihre Einwilligung dazu ertheilt hatte. (Von dieser Art waren z. B. die Verfügungen über das Stammgut der Familie.) — Nach der heutigen Verfassung der deutschen Staaten ist nun jener Satz mit allen seinen Folgen als schlechthin aufgehoben zu betrachten. In einem souveränen Staate, der eine monarchische Verfassung hat, ist der Monarch ausschliessend das Subject der Souveränität. Denn eine jede Theilung der Souveränität, oder eine Ableitung dieses Rechtes von dem Recht eines andern ist mit dem Wesen der Souveränität, als einer unmittelbar auf dem Rechtsgesetze beruhenden Gewalt, schlechterdings unvereinbar. Zwar könnte man gegen die Behauptung, daß der oben auf-

gestellte Satz auf die heutige Verfassung weiter nicht anwendbar sey, einwenden, daß gerade dieser Satz, als ein Damm gegen Regentenwillkür, auch jetzt noch aufrecht erhalten zu werden verdiene. Man könnte zur Empfehlung dieser Maxime anführen, daß es bey der Organisation einer monarchischen Verfassung überall nicht auf die strenge Durchführung gewisser abstracter Begriffe, sondern auf die Beförderung des allgemeinen Besten, d. h. auf die Gewährleistung für die Rechte der einzelnen Staatsglieder ankomme. Allein so wenig ich auch geneigt bin, die letztere Behauptung zu bestreiten, so scheint mir doch ein Grundsatz, nach welchem in dem Herrscherstamme selbst ein Rechtsstreit entstehen kann, mit dem Geist und Interesse einer monarchischen Verfassung schlechterdings unvereinbar zu seyn.

Bis zur Auflösung der deutschen Reichsverfassung hatten die Verfügungen, die ein deutscher Landesherr traf, (die Gesetze und andere Regierungshandlungen des Landesherrn,) für den Nachfolger in der Re-

gierung und für die übrigen Mitglieder des regierenden Hauses nur in so fern verbindende Kraft, als sie entweder Gegenstände betrafen, die der Regentengewalt des Landesherrn schlechthin unterworfen waren, oder die Form eines Hausvertrages hatten *).

— Nach der dermaligen Verfassung der deutschen Staaten ist es, die Sache bloß aus dem Gesichtspunct der Theorie betrachtet, a) keinem Zweifel unterworfen, daß die Gesetze, wodurch der Monarch die öffentlichen oder Privatverhältnisse seiner Familie bestimmt, auch ohne die Zustimmung des Nachfolgers in der Regierung und der übrigen Mitglieder der Familie, verpflichtend sind. Allein da der Nachfolger in der Regierung dasselbe Recht hat, das sein Vorgänger hatte, und mithin, kraft der ihm zustehenden Souveränität, befugt ist, die Verordnungen seines Vorgängers, sie mögen einen Namen haben, welchen sie wollen,

*) Jedoch war, was den letztern Fall betrifft, die Frage bestritten: Ob und in wie fern auch die Einwilligung der Kinder des Regenten nothwendig sey?

abzuändern oder aufzuheben, so entsteht, bey der Anwendung jenes Grundsatzes in der Erfahrung, die grosse Schwierigkeit, daß nach dieser Theorie die Aufstellung bleibender Staatsgrundgesetze unmöglich ist. Die Beseitigung dieser Schwierigkeit gehört zwar in das Gebiet der Politik. Ich darf jedoch die Mittel, die man anwenden kann, jene Schwierigkeit zu heben, um so weniger mit Stillschweigen übergehen, je wesentlicher sie in die rechtliche Untersuchung, die hier geführt wird, eingreifen. Das erste Mittel, durch welches jener Zweck erreicht werden kann, besteht nun darin, daß der Souverän die Gesetze, die er zu bleibenden Staatsgrundgesetzen erheben will, von andern Souveränen garantiren läßt. Allein so sehr sich auch diese Maafsregel schon durch die Leichtigkeit, mit welcher sie — namentlich von den Souveränen des Rheinischen Bundes — ausgeführt werden kann, zu empfehlen scheint, so steht sie doch weder mit dem Rechte, (mit der Selbstständigkeit eines souveränen Staates) noch — wie schon die Geschichte

der pragmatischen Sanction KARLS VI. zeigt — mit der Politik in Uebereinstimmung. Ein zweytes Mittel ist, ein Gesetz von den Mitgliedern der Familie des Monarchen, und insbesondere von dem Nachfolger in der Regierung ausdrücklich bestätigen zu lassen. Allein so sehr auch diese Mafsregel besonders in Deutschland das Herkommen für sich hat *), so hat sie doch, auch angenommen, dafs sie, was doch nicht der Fall ist, ihren Zweck vollkommen erreichen könnte, alle die Gründe gegen sich, die oben dem Satze, dafs der Monarch nur als der Repräsentant seiner Familie zur Staatsgewalt berechtigt sey, entgegengestellt wurden **). Endlich drittens kann der

*) Sie wurde noch vor kurzem im Königreiche Preussen befolgt, als der König durch ein Hausgesetz die Domänen für unveräußerlich erklärte.

**) Ich könnte hinzusetzen: Alle Verträge, die ein Souverän mit seinen Unterthanen schliesst, sind nicht als Verträge, sondern als Folgen und Bestimmungen seiner Regentenpflichten, gültig. Jedoch ich kann hier diesen Satz nur andeuten, nicht ausführen.

Souverän ein Gesetz, das er zu einem bleibenden Staatsgrundgesetze erheben will, einer Versammlung von Ständen oder Volksabgeordneten zur Bestätigung vorlegen, um eine Anzahl von bedeutenden Männern oder die Nation für die Unabänderlichkeit des Gesetzes zu interessiren *). Freylich kann man auch dieser Maafsregel mehr als eine Bedenklichkeit entgegensetzen. Aber wenigstens von Seiten des Rechts dürfte sie vor einer jeden andern den Vorzug verdienen. Und, was die politische Ansicht der Sache betrifft, so darf man nie vergessen, daß der Zweck einer Verfassung oder einem Theile derselben den Character der Unveränderlichkeit zu geben, nicht schlechthin, sondern nur in einem gewissen Grad erreichbar ist; daß alle Mittel, die auf diesen Zweck berechnet sind, nur in so fern einen Nutzen haben können, als ihnen der innere Werth der Verfassung, die Zeit und der Geist der Nation zu Hülfe kommen. — b) Die Hausgesetze der deutschen

*) Eine Behörde dieser Art ist in Frankreich der Erhaltungssenat.

Fürstenhäuser, die älter, als die Rheinische Bundesacte sind, bestehen dermalen nur noch als Staatsgesetze, und nur so lange, als sie der Souverän nicht widerruft, sollten sie auch ursprünglich durch einen unter den Mitgliedern der regierenden Familie geschlossenen Vertrag eingeführt worden seyn. Diese Regel, die sich von selbst aus dem oben (N. 1.) aufgestellten Hauptsatz ergibt, leidet jedoch eine Ausnahme in dem Falle, wenn und in wie fern ein Hausgesetz zugleich als ein Vertrag des Souveräns mit einem andern Souverän betrachtet werden kann, und die Rechte, die dieser Souverän daraus erworben hat, zu Folge des 34. Artikels der Rheinischen Bundesacte fortdauernd bestehen. Man setze z. B. den Fall, daß ein Souverän des Rheinischen Bundes vor der Auflösung der deutschen Reichsverfassung eine nach den damals geltenden Gesetzen unstandesmässige Ehe geschlossen und sich durch einen Vertrag gegen die Mitglieder seiner Familie verbindlich gemacht hätte, die Kinder aus dieser Ehe von der Thronfolge auszuschliessen, man setze

ferner, daß sich eine Prinzessin dieses Hauses mit einem andern deutschen oder auswärtigen Souverän vermählt hätte, so wird der Gemahl dieser Prinzessin allerdings befugt seyn, einer jeden Abweichung von jenem Vertrage zu widersprechen.

3) Eine der wichtigsten und verwickeltesten Lehren des deutschen Privatfürstenrechtes war die Lehre von der Succession in Land und Leuten. Ich will hier nur einige der Hauptsätze aus diesem Theile der Wissenschaft ausheben und mit den oben gezogenen Resultaten vergleichen: a) Die Frage: Wer zur Nachfolge in der Regierung berechtigt sey? war besonders in so fern bestritten, als das Folgerecht von der Standesmässigkeit der Ehen fürstlicher Personen abhing. Nach der heutigen Verfassung ist die Entscheidung jener Frage in dieser Beziehung sehr einfach. Die Ehen, die von den Mitgliedern einer fürstlichen Familie geschlossen werden, sind in so fern, und nur in so fern gültig, als sie von dem Souverän verstattet oder anerkannt worden sind. Wenn diese Erlaubnifs oder Billigung

ohne Vorbehalt ertheilt worden ist, so sind die aus einer solchen Ehe erzeugten Kinder successionsfähig, der andere Ehegatte mag zu einem Stande gehören, zu welchem er will. Allerdings aber treten die wichtigsten politischen Gründe ein, dem Souverän, er mag selbst eine Ehe schliessen oder seinen Anverwandten die Erlaubniss zur Schliessung einer Ehe ertheilen, die Berücksichtigung des Standes des andern Theiles dringend zu empfehlen. Ja, er wird sogar Bedenken tragen, eine Verbindung mit einer Familie zu gestatten, die zwar, nach dem ehemaligen deutschen Adelsrechte, zu dem hohen deutschen Adel, aber nicht mehr zu den Regentenfamilien gehört. b) So viel mir bekannt ist, besteht in allen Staaten des Rheinischen Bundes die Thronfolge nach dem Erstgeburtsrechte. Sollte jedoch diese Ordnung der Thronfolge nach dem bisherigen Rechte des einen oder des andern deutschen Fürstenhauses noch bestritten werden können, so dürfte sie durch die dermalige Verfassung der deutschen Staaten eine neue Stütze erhalten haben.

Denn so wie diese Ordnung der Thronfolge mit dem Interesse einer Monarchie am besten übereinstimmt und daher fast in allen europäischen Staaten eingeführt ist, so würde auch eine Abweichung von dieser Ordnung für das Interesse des gesammten Rheinischen Bundes nichts weniger, als gleichgültig seyn. c) Den Betrag der Appanage zu bestimmen, die den nachgeborenen Prinzen und den Prinzessinnen des fürstlichen Hauses gebührt, kommt nach der heutigen Verfassung allein dem Souveräne zu *). Die Gründe, durch welche in vorkommenden Fällen ein Antrag auf Erhöhung der Appanage unterstützt werden kann, sind ganz allein daher zu entlehnen, daß es das eigene Interesse des Monarchen fordert, den Mitgliedern seiner Familie ein standesmässiges Auskommen zu versichern. d) Die Frage: In wie fern die Rechte und Verbindlichkeiten des Monarchen auf den

*) Die Stipulation, die der 24. Art. der Rheinischenbundes-Acte, (gegen das Ende) zu Gunsten des Fürsten von Isenburg-Birstein enthält, war daher schon an sich Rechtens.

Nachfolger in der Regierung übergehen? hatte nach dem deutschen Privatifürstenrechte sehr bedeutende Schwierigkeiten. Die ältern deutschen Rechtsgelehrten unterschieden in dieser Hinsicht zwischen dem Lehenfolger und dem Allodialerben; richtiger die neuern zwischen Staats- und Privatverlassenschaft, zwischen den Regenten- und den Privathandlungen des verstorbenen Monarchen. — Nach dem heutigen Rechte bedarf es aller dieser Unterscheidungen nicht. Die Rechte und Verbindlichkeiten des Regenten gehen insgesamt auf den Nachfolger in der Regierung über, in so fern nicht ein Vertrag oder das Recht eines Dritten eine Ausnahme von dieser Regel begründet. Allerdings gilt noch jetzt der Grundsatz, den die Schriftsteller über das deutsche Privatifürstenrecht aufstellten, daß der Nachfolger in der Regierung die Handlungen seines Vorgängers in so fern widerrufen kann, als dieser die Gränzen seiner Gewalt überschritten, d. h. gegen das Wohl des Staates gehandelt hat. Aber der Grund dieses Satzes ist nur der, daß schon der

vorige Regent verpflichtet und befugt gewesen wäre, Verfügungen dieser Art zu widerrufen. Eben so wird der Nachfolger in der Regierung den letzten Willen seines Vorgängers (dessen Testament) in der Regel aufrecht erhalten. Aber der Rechtsgrund der Gültigkeit eines solchen Testamentes ist nur der, daß der Monarch, nicht ohne die Würde des Thrones in den Augen seiner Unterthanen überhaupt herabzusetzen, den letzten Willen seines Vorgängers unerfüllt lassen kann. Allerdings wird der Nachfolger in der Regierung auch auf die Erbansprüche, die die übrigen Mitglieder der Familie nach dem bisherigen Rechte machen konnten, eine billige Rücksicht nehmen. Aber ein Recht in der eigentlichen Bedeutung können sie weiter nicht aus dieser Quelle ableiten. (Vgl. Rheinische Bundes-Acte, Art. 34.)

4) Die Grundsätze, die das gemeine deutsche Privatfürstenrecht über die Vormundschaften aufstellte, waren schon in Beziehung auf die ehemalige Verfassung der deutschen Staaten im höchsten Grade

mangelhaft; und eben so wenig zeichneten sich die Hausgesetze der einzelnen deutschen Fürstenthümer in dieser Rücksicht durch Vollständigkeit oder Zweckmässigkeit aus. Aber noch dringender ist das Bedürfnis, diesen Gegenstand einer Revision zu unterwerfen, und mit dem Interesse des Staates und der monarchischen Verfassung in eine genauere Verbindung zu setzen, seit der Auflösung der deutschen Reichsverfassung geworden. Die Minderjährigkeit des Monarchen ist für eine jede Monarchie eine höchst gefährliche Krise. Auf der einen Seite fordert es das Interesse des Staates, dem Regierungsverweser die Gewalt des Monarchen in ihrem ganzen Umfange zu überlassen, und auf der andern Seite kann diese Gewalt von dem Regierungsverweser so leicht, selbst zur Ausschliessung des Monarchen von der Thronfolge, gemisbraucht werden. Bisher hatte dieser Missbrauch in der obervormundschaftlichen Gewalt der deutschen Reichsgerichte ein Gegengewicht. Jetzt kann er nur durch weise Gesetze verhütet werden.

5) Nach der bisherigen deutschen Verfassung war das Vermögen des Staates (der öffentliche Schatz) von dem Privatvermögen der regierenden Familie und des Fürsten, dieser als das Oberhaupt der Familie betrachtet, und das eine und das andere Vermögen wiederum von dem Vermögen, das der Fürst für seine Person besaß, zu unterscheiden. Zu dem erstern wurden die Einkünfte von den Steuern, (von den mit Zustimmung der Landstände ausgeschriebenen Abgaben) zu dem zweyten die Kammergüter und die Einkünfte von den Regalien, (den nutzbaren Hoheitsrechten,) zu dem dritten die Chatoullgüter des Fürsten gerechnet. Eine jede von dieser Arten des Vermögens stand in der Regel unten einer besondern Verwaltung, eine jede derselben war nach besondern rechtlichen Grundsätzen zu beurtheilen. — Mit dem Geiste der heutigen Verfassung kann diese Eintheilung weiter nicht bestehen. Nach dem Principe der Souveränität, das der Verfassung der Rheinischen Bundesstaaten zum Grunde gelegt werden muß, sind auf der

einen Seite die Kammergüter als Staatsgüter, (als Domänen,) und auf der andern Seite die Steuern nicht bloß als eine Beyhülfe, die die Stände dem Fürsten zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben bewilligen, zu beurtheilen. Denn da in einer souveränen Monarchie der Staat und der Souverän in rechtlicher Rücksicht als eine und ebendieselbe Person zu betrachten sind, so muß auch in den Staaten des Rheinischen Bundes, da sie unter jenen Gattungsbegriff gehören, das Vermögen des Staates und das Vermögen des Souveränes, seinem Rechtsgrund und seinem Zwecke nach, ein einziges rechtliches Ganze ausmachen *). Die Folgerungen, die sich aus diesem Grund-

*) Auch in einer erblichen Monarchie kann der Monarch ein Privat-Vermögen, d. h. ein Vermögen besitzen, das seiner Verfügung schlechthin überlassen ist, jedoch nur vermöge eines besondern Staatgrundgesetzes. — Für Frankreich ist in dieser Hinsicht das Senatusconsult v. 20. Jan. 1810. de la dotation de la couronne, (Moniteur, n. 33.) das Hauptgesetz.

satz ableiten lassen, sind besonders für diejenigen deutschen Staaten von der entscheidenden Wichtigkeit, in welchen noch jetzt eine landschaftliche Verfassung besteht. Jedoch liegen diese Folgen zu weit jenseits der Gränzen der gegenwärtigen Abhandlung, als daß ich hier bey diesem Gegenstande länger verweilen könnte. Nur das Einzige will ich bemerken, daß man jenen Grundsatz sehr falsch auslegen würde, wenn man daraus einen Grund gegen die Vereinbarkeit der landständischen Verfassung mit der Souveränität der deutschen Fürsten ableiten wollte.

Vorzüglich das wünschte ich durch die vorstehende Abhandlung zu erreichen, daß man sich recht lebendig von der Nothwendigkeit überzeuge, die Hausgesetze der deutschen fürstlichen Familien einer sorgfältigen Revision schleunigst zu unterwerfen, oder, damit ich alles mit einem Worte sage, diese Hausgesetze in Staatsgrundgesetze zu verwandeln. Ich kann es mir wohl

erklären, daß die Rätthe der Fürsten Bedenken tragen, so zarte Verhältnisse, wie die Verhältnisse unter den Mitgliedern fürstlicher Famile sind, zu berühren. Ich will es ferner zugeben, daß sich in den Fällen, in welchen die rechtliche Seite dieser Verhältnisse zur Sprache kommen kann, eine gütliche Ausgleichung der Sache eben so sehr von dem Character der Partheyen, als wegen des gemeinsamen Interesses eines Fürstenhauses, ehrwürdig und mächtig durch Eintracht zu seyn, erwarten läßt. Ich habe endlich oben selbst die Schwierigkeiten bemerklich gemacht, denen das Unternehmen, bleibende Staatsgrundgesetze in einer Monarchie einzuführen, unterworfen ist. Gleichwohl ist schon damit sehr viel gewonnen, wenn man das, was an sich Rechtens oder zweckmässig ist, ausdrücklich als Regel aufstellt, und so theils die Interessenten über ihre Rechte und über ihren wahren Vortheil aufklärt, theils die Bekräftigung dieser Regel durch die Macht der Gewohnheit einleitet.

Ein sehr wichtiges Hülfsmittel, dessen man sich bedienen kann, um jene Haus-

gesetze mit dem Geiste der heutigen Verfassung der deutschen Staaten, und mit dem wahren Interesse der deutschen Souveräne in Uebereinstimmung zu setzen, ist das kaiserlich-französische Familienstatut vom 30. März 1806, ein Gesetz, das die Resultate der Wissenschaft mit den Resultaten der Erfahrung (denn es ist zu einem grossen Theil aus dem ehemaligen französischen Staatsrecht entlehnt,) auf das vollkommenste vereinigt. Für die Deutschen hat dieses Gesetz zugleich ein unmittelbar-practisches Interesse, da es zu den Staatsgrundgesetzen des Königreichs Westphalen gehört. (Vgl. die Constitution dieses Reichs, im II. Titel §. 7.) Auch das schon oben angeführte Senatusconsult, vom 20. Jan. 1810, würde bey einem solchen Unternehmen zu Rathe gezogen werden können.



BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Zachariä von Lingenthal, Karl Salomo,

Das Staatsrecht der Rheinischen Bundesstaaten und das Rheinische
Bundesrecht erläutert in einer Reihe Abhandlungen

Heidelberg 1810

J.publ.g. 897 c

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562470-0